hochschule ost

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

Leipzig September 1993

9/93

2. Jahrgang

Themen:

Sozial- und Geisteswissenschaften Ost: Zwischenbilanzen des Umbaus Teil 2

Aktivitäten politischer Stiftungen an ostdeutschen Hochschulen

Mit Beiträgen von:

Wolfgang Schluchter * Bernhard Muszynski * Wolfgang Nitsche * Rainer Gries * Jörg-Dieter Gauger u.a.

Editorial

Angesichts des Stellenwertes, den politische Bildung sowie analytische Begleitung gesellschaftlicher Prozesse in den Aufgabenbeschreibungen der politischen Stiftungen einnehmen, war zunächst anzunehmen: Sie würden im Zuge ihrer Erschließung des ostdeutschen Siedlungsgebietes die Hochschulen als ideales Betätigungsfeld innerhalb der infrastrukturell reichlich versteppten Landschaft entdecken. Als dann auch gleich die Konrad-Adenauer-Stiftung 1991 ein umfangreiches Gastdozentenprogramm für die der DDR nachgefolgten Länder auflegte, weckte das durchaus - wahlweise - Befürchtungen oder rief Häme hervor: Jetzt sei(en) die führende(n) Partei(en) nicht mehr selbst an der Hochschule, sondern schickte(n) - plump durch deren Unabhängigkeitsbeteuerungen getarnt - ihre Stiftung(en). - Wir haben diejenigen politischen Stiftungen um Selbstdarstellungen ihres Engagements an ostdeutschen Hochschulen gebeten, die uns durch ebensolches aufgefallen sind. Die Beiträge, das sei gesagt, spiegeln zwar nicht den ganzen Umfang der hier in Rede stehenden jeweiligen Stiftungsaktivitäten (was bei der Hans-Böckler-Stiftung der von uns vorgegebenen Seitenbegrenzung geschuldet ist). Doch kann trotzdem festgehalten werden: Einen besonderen Schwerpunkt stellen die ostdeutschen Hochschulen insbesondere für die parteinahen Stiftungen nicht dar. Während die Hans-Böckler-Stiftung als "Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes" ihr Engagement in Ostdeutschland auch sehr betont auf die Hochschulen bezieht, scheinen diesbezügliche Aktivitäten bei den parteinahen Stiftungen eher eine Sache unter vielen anderen zu sein. Was man - gewiß - nicht nur negativ sehen kann.

* * *

Mit vorliegendem Heft schließt der zweite Jahrgang von hochschule ost *ab. Seit Oktober 1991 sind vierundzwanzig Hefte und zwei specials erschienen. Mit Beginn des dritten Jahrgangs wechseln wir auf zweimonatliche Erscheinungsweise, bei erweitertem Heftumfang.*

p.p.

IMPRESSUM
hochschule ost. politisch-akademisches journal aus ostdeutschland
Herausgegeben vom Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit
beim StuRa der Universität Leipzig, PSF 920, 04 009 Leipzig, Tel. (0341) 719 22 61, Fax 719 22 55.
Verantwortlich: Peer Pasternack.
Redaktion: Sonja Brentjes, Frank Geißler, Monika Gibas, Matthias Middell, Peer Pasternack, Dirk Siebert.
Herstellung: Büro Pauselius, Oststr. 24-26, O-7050 Leipzig.
hso erscheint monatlich. Der Jahrgang orientiert sich am Semesterablauf und läuft jeweils von Okt. - Sept.
Schutzgebühren: Einzelheft DM 5,-, Jahresabo (12 Ausgaben) DM 55,- (ostdeutsche PrivatabonnentInnen / StudentInnenabo 33,-; in der akademischen/studentischen Selbstverwaltung in den FNL aktive Studierende 20,-)
Kto.: 45 37 343, Bayerische Vereinsbank Leipzig, BLZ 860 200 86.
Selbstverständlich geben die Artikel nicht in jedem Falle Meinungen des Arbeitskreises HPO bzw. der Redaktion wieder.
Nachdruck mit Quellenangabe ("aus 'hochschule ost', Leipzig, Nr. ...") gestattet. Belegexemplar erbeten.

hochschule ost
politisch-akademisches journal aus ostdeutschland

INHALT

THEMA I: Sozial- und Geisteswissenschaften Ost: Zwischenbilanzen des Umbaus - Teil 2
Wolfgang Schluchter:
Der Um- und Neubau der Hochschulen in Ostdeutschland. Ein Erfahrungsbericht am Beispiel der Universität Leipzig. Teil 2 5
Bernhard Muszynski:
Ein kurzes Leben vor dem Tode und das lange Warten danach. Gründung, Wiedergründung und Aufbau der Politikwissenschaft an der Universität Potsdam 19

THEMA: Aktivitäten politischer Stiftungen an ostdeutschen Hochschulen
Wolfgang Nitsche:
Die Hans-Böckler-Stiftung und der Aufbau ihrer Studienförderung in Ostdeutschland 28
Rainer Gries:
Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung an ostdeutschen Hochschulen 36
Jörg-Dieter Gauger:
Die Konrad-Adenauer-Stiftung und das intellektuelle Leben in den neuen Ländern 39
PUBLIKATIONEN der politischen Stiftungen zu ostdeutschen Hochschulen / ostdeutscher Wissenschaft 42

BERICHTE
Trauma Großdeutschland. Die Wiedervereinigung aus studentischer Sicht *(R. Brämer)* 43
Ilmenau: Immer weniger Frauen in Technikdisziplinen 49
Zentren für die Geisteswissenschaft *(MPG)* 50
Bundesbericht Forschung 1993 erschienen *(BMFT)* 53
BERICHTIGUNG zu *Siegfried Kiel* in Heft 7/93 55

BITTE UM MITARBEIT 56

DOKUMENTATION
Kadergespräche 57

TAGUNG 60
FÖRDERPROGRAMME 61

GELESEN
Köpke/Wiese: Mein Vaterland ist die Freiheit. Das Schicksal des Studenten Arno Esch; Weberling: Für Freiheit und Menschenrechte. Der RCDS 1945 - 1986 *(I.-S. Kowalczuk)* 62
PUBLIKATIONEN 66

ZUM SCHLUSS
Rektoren wollen alte Tradition neu beleben (G. Landgraf) 68

THEMA I: Sozial- und Geisteswissenschaften Ost: Zwischenbilanzen des Umbaus - Teil 2

Wolfgang Schluchter (Heidelberg)[1]:

Der Um- und Neubau der Hochschulen in Ostdeutschland
Ein Erfahrungsbericht am Beispiel der Universität Leipzig
Teil 2 *

III. Der Neubau der Fächer Politikwissenschaft und Soziologie an der Universität Leipzig

Die Warteschleifenregelung in Verbindung mit der Zusage an die Studenten, an ihrer bisherigen Einrichtung weiterstudieren zu können, erzwang sofortige Evaluierung aller Lehrenden. Wohl konnte man die Regimeträger identifizieren und abberufen - was zu diesem Zeitpunkt teilweise schon geschehen war. Aber was tat man mit dem mehr oder weniger regimenahen Rest? Um während der nun angebrochenen Übergangszeit wenigstens die Lehre einigermaßen differenziert bestreiten zu können, genügte es ja nicht, Gastprofessoren und Gastdozenten aus dem Westen zu gewinnen. Es mußten auch, sofern gerechtfertigt, Lehrkräfte aus der Warteschleife herausgeholt werden. Dies also war der erste Schritt[2].

Die Evaluierungskommissionen, nicht identisch mit den späteren Gründungskommissionen, die zunächst die Professoren und Dozenten, dann den Mittelbau zu bewerten hatten, bestanden aus ernannten westdeutschen Professoren und gewählten Leipziger Studenten und Assistenten. Auch ein bereits überprüfter Leipziger Professor bzw. Dozent wirkte mit[3]. Die fachliche Kompetenz wurde in erster Linie von den Westdeutschen, die persönliche Integrität von den Ostdeutschen beurteilt. Am Ende stand die Entscheidung darüber, ob man empfehle, den Beurteilten weiter lehren zu lassen. Wurde dies bejaht, bekam er einen Zeitvertrag für ein Jahr. Das war nicht viel, aber damit konnte man wenigstens die Hürde des 30. Juni bzw. des 30. September 1991, des Endes der Warteschleife, nehmen. Wie es dann weiterginge, blieb freilich offen, was natürlich die Arbeitsmotivation der Betroffenen nicht gerade positiv beeinflußte.

Damit war zugleich eine erste Konfliktfront eröffnet: Der Kampf um die Verlängerung der Arbeitsverträge des positiv evaluierten wissenschaftlichen Personals. Die vom Staatsminister für Wissenschaft und Kunst sukzessive ernannten Gründungsdekane bzw. Gründungsdirektoren mußten ja die Erneuerung betreiben und den Lehr- und Verwaltungsbetrieb sichern. Sie sahen sich aber einer Universitätsleitung gegenüber, deren Handlungsspielraum in allen Personalangelegenheiten deutlich eingeschränkt war, und einem Ministerium, das

* Teil 1siehe *hso* 8/93, S. 29 - 45

zu diesem Zeitpunkt Festlegungen auf diesem Gebiet vermeiden und möglichst viel offenhalten wollte. Die allgemeine Verunsicherung stieg dadurch noch. In dieser Phase kehrte eine nicht unbeträchtliche Zahl positiv Evaluierter insbesondere aus dem Mittelbau der Universität freiwillig den Rücken. Ein Jahr nach der Evaluierung hatten von den 13 positiv evaluierten wissenschaftlichen Mitarbeitern, die der Politikwissenschaft zugeordnet waren, 7, von den 4 positiv evaluierten wissenschaftlichen Mitarbeitern, die der Soziologie zugeordnet waren, 3 aus eigenem Antrieb die Universität verlassen. Obwohl sich die Chancen der Gebliebenen auf Weiterverwendung dadurch objektiv besserten, wuchs deren Demoralisierung. Sie mußten sich praktisch täglich die Frage vorlegen, ob sie gehen oder bleiben sollten. Dies zerrte an den Nerven, zumal die Vertragsgestaltung nicht einmal eine mittelfristige Lebensplanung erlaubte.

Die Politik der kurzen Verträge war natürlich aus institutionenpolitischer Sicht verständlich. Man wollte sich die Erneuerung unter keinen Umständen personell verbauen. Zudem hatten die positiven Evaluierungen nur vorläufigen Charakter. Es würde eine zweite Runde geben, in der dann über das Schicksal des verbliebenen Lehrkörpers endgültig zu entscheiden war[4]. Hinzu kam, daß alle Akteure zwar nicht in einem rechtsfreien, wohl aber in einem rechtlich noch nicht hinreichend durchgestalteten Raum operierten. Die Hochschulerneuerungsgesetze waren noch nicht erlassen - der Sächsische Landtag beschloß das Sächsische Hochschulerneuerungsgesetz erst am 21. Juni 1991, das dann am 25. Juli 1991 in Kraft trat, also nach dem Ende des Sommersemesters und ein halbes Jahr nach dem Abwicklungsbeschluß. Vor diesem Datum aber wurden in Leipzig die Weichen für die Erneuerung der Fächer Politikwissenschaft und Soziologie gestellt. Die Aufbauarbeit ähnelte also zunächst einem Tanz auf dem Seil ohne engmaschiges (rechtliches) Netz.

Damit ist schon die zweite Konfliktfront angedeutet: Die faktische und die rechtliche Erneuerung erfolgten gewissermaßen zeitlich versetzt. Um die faktische Erneuerung ohne allzu großen Schaden für die Leipziger Studenten und das Leipziger Lehrpersonal zu vollziehen, konnte man nicht auf den Gesetzgeber warten. So wurde der rechtlich normierte Ablauf der Erneuerung der abgewickelten Fächer, wie ihn dann das Erneuerungsgesetz vorschrieb, im Falle von Politikwissenschaft und Soziologie in gewissemSinne auf den Kopf gestellt. Nach der späteren rechtlichen Normierung sollten die Gründungskommissionen, die der Staatsminister in der vorher beschriebenen Zusammensetzung aufgrund von Vorschlägen der Universität einsetzte, zunächst einen Strukturplan für ihre jeweiligen Fächer entwickeln, nach Genehmigung dieses Strukturplans prüfen, "ob und welche der bis zum 31. 12. 1990 an der Hochschule in einem unbefristeten Dienstverhältnis stehenden Hochschullehrer und wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter dem Staatsminister für Wissenschaft und Kunst zur Berufung als Hochschullehrer bzw. für ein unbefristetes Dienstverhältnis in der zu errichtenden Fakultät bzw. Fachbereich oder dem Institut vorgeschlagen werden sollen"[5], und nach erfolgten Berufungen bzw. Ernennungen die restlichen Stellen mit Zustimmung des Senats der Hochschule ausschreiben. Dieses Ablaufschema hatte einiges für sich. Nur berücksichtigte es die faktischen Handlungszwänge nicht. Hätte man sich vorab danach gerichtet - und es gab ja Vorentwürfe zum Hochschulerneuerungsgesetz, die durchaus bekannt waren -, so hätte die erste Berufung von außen frühestens in der zweiten Hälfte des Jahres 1992 erfolgen können. Das hätte vielleicht

Protest oder Abwanderung, aber gewiß nicht Loyalität bei den Studenten zur Folge gehabt[6]. Deshalb legten die Gründungskommissionen Soziologie und Politikwissenschaft, die seit Beginn des Sommersemesters 1991 arbeiteten, bereits im September 1991, also ein Jahr früher, dem Staatsminister für Wissenschaft und Kunst des Freistaats Sachsen erste Berufungslisten für die Besetzung von C4-Positionen vor, zu einem Zeitpunkt also, als es weder einen genehmigten Strukturplan noch eine Entscheidung über die weitere Verwendung des verbliebenen Leipziger Lehrpersonals gab.

Dieses Vorgehen mag manchen Juristen erschüttern[7]. Für Soziologen gehört es zu den Eigenschaften des sozialen Lebens, daß es nicht nur durch Recht geformt wird, sondern daß das Recht ihm auch nachfolgt und daß Umbruch und Übergangssituationen kein Fall für rechtsdogmatische Diskurse sind. Wo Regeln fehlen oder unzureichend spezifiziert bleiben, vergrößern sich Handlungsspielraum und Definitionsmacht der Akteure. Die Frage ist dann: Wer füllt das Vakuum wie? Da die Ministerialverwaltung noch nicht voll funktionsfähig, die Universität trotz Erneuerung ihrer Spitze und von Teilen ihrer Gliederungen noch nicht autonom war, hatten Gründungsdekane und ihre Kommissionen zunächst einen relativ großen Handlungsspielraum. Außerdem operierten sie mit dem Prestige und den Selbstverständlichkeiten des Westens, und dies wiederum erleichterte den Zugang zur und die Verständigung mit einer Ministerialverwaltung, deren Spitzen überwiegend aus dem Westen kamen. Diese Konstellation barg freilich auch die Gefahr, daß sich Gründungsdekane im Außenverhältnis an der Universität vorbei mit dem Ministerium direkt verständigten. Sie barg aber ferner die Gefahr, daß sie im Innenverhältnis weniger den kooperativen Dialog pflegten als das autoritäre Dekret.

Daran läßt sich eine dritte Konfliktfront erkennen: Die Beziehungen zwischen Gründungsdekanen einerseits und den sich erst ausbildenden Selbstverwaltungsorganen der Universität sowie den Studenten und dem verbliebenen Lehrkörper andererseits.

Und noch eine vierte Konfliktfront gilt es zu erwähnen, die sich allerdings nicht von Beginn an abzeichnete: die zwischen Gründungskommissionen und Hochschulkommission. Wie vom Wissenschaftsrat empfohlen, hatten alle neuen Länder Hochschulstrukturkommissionen eingerichtet[8], so auch der Freistaat Sachsen. Im Unterschied etwa zur Hochschulstrukturkommission Sachsen-Anhalt war der Auftrag der Hochschulkommission Sachsen extensiv angelegt. Sie beschränkte sich bei ihren Empfehlungen nicht auf Strukturen bis hinunter auf die Ebene der Fächer. Sie griff auch, wie sich später herausstellte, in Personalfragen ein[9]. Das Hochschulerneuerungsgesetz gab ihr dafür freilich im § 128 einen Rechtstitel. Ich komme auf diesen interessanten Punkt noch zurück.

Wo Regeln fehlen oder nicht hinreichend spezifiziert sind, gewinnen Netzwerke an Bedeutung. Sie aufzubauen, um eine tendenziell anomische Situation zu strukturieren, braucht Zeit und erfordert vor allem Anwesenheit. Soziales Kapital bildet sich am besten in relativ geschlossenen Beziehungen[10], die über Zeit stabil bleiben. Nur dann kommt es zu genügend gemeinsam erlebten und bewältigten kritischen Situationen, die Vertrautheit und Vertrauen stiften. Es gehörte zu den glücklichen Umständen der Leipziger Konstellation, daß ein solches Netzwerk relativ schnell entstand[11]. Es verknüpfte den Gründungsdekan mit wichtigen Vertretern der Universität, insbesondere mit der Universitätsspitze, später auch mit dem Ministerium, vor allem aber mit dem verbliebenen Lehrper-

sonal und Vertretern der Studenten. Demgegenüber traten die eher sporadischen Beziehungen zu den übrigen Gründungsdekanen in ihrer Bedeutung zurück. Entscheidend aber war die Einsatzfreudigkeit und Konsensfähigkeit der Gründungskommissionen einschließlich ihrer Leipziger Teile. Hier galt der Grundsatz, so lange zu diskutieren, bis Übereinstimmung erzielt war. So gab es gewöhnlich Abstimmungsergebnisse wie zu Zeiten der SED!

Die Spannungen, die sich an den vier beschriebenen Konfliktfronten bildeten, konnten so über eine lange Phase immer wieder ausgeglichen werden. Über die Maximen des Um- und Neubaus der beiden Fächer erzielten zudem die Gründungskommissionen schnell Einigkeit. Sie lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Politikwissenschaft und Soziologie sind heute voll ausdifferenzierte eigenständige Disziplinen, die trotz ähnlicher Probleme, Theorien und Methoden getrennt zu leistungsfähigen Einheiten auf- und ausgebaut werden sollten. Dies bedeutete die Forderung nach Gründung eines Instituts für Politikwissenschaft und eines Instituts für Soziologie.

2. Beide Fächer sollten in die Lage versetzt werden, einen Diplomstudiengang anzubieten und sich am Magisterstudiengang im Haupt- und Nebenfach zu beteiligen. Da über die Zukunft des Faches Gemeinschaftskunde bzw. Politische Bildung keine Klarheit bestand, trat die Lehrerbildung zunächst zurück.

3. Der jeweilige Diplomstudiengang sollte, an bewährte DDR-Muster anknüpfend, anwendungsbezogene und berufspraktische Komponenten enthalten und lokale Gegebenheiten berücksichtigen. Dies führte dazu, den Diplomstudiengang Politikwissenschaft auf Internationale Beziehungen unter besonderer Berücksichtigung Osteuropas auszurichten, den Diplomstudiengang Soziologie auf Sozialpolitik.

4. Beide Institute sollten so ausgestattet werden, daß sie mit Instituten im Westen konkurrieren und ihre Aufgaben in Forschung und Lehre differenziert erfüllen konnten. Dies bedeutete die Forderung nach 6 - 7 Professorenstellen pro Fach. Hinzu sollten 12-14 Stellen für Hochschulassistenten und Wissenschaftliche Mitarbeiter kommen, um insbesondere Anpassungselastizitäten für den durch den Umbau strukturell besonders benachteiligten ostdeutschen Mittelbau zu schaffen. Dazu gehörte auch der Vorschlag, für eine Übergangszeit zusätzliche Stellen zur Verfügung zu halten, die künftig wegfallen würden.

5. Der Empfehlung des Wissenschaftsrats, den neu zu bildenden Lehrkörper zu 'durchmischen', sowohl seine totale Verwestlichung wie seine totale Vermännlichung zu verhindern, sollte möglichst entsprochen werden.

6. Die Studenten sollten die Möglichkeit haben, sich unabhängig von der bereits verbrachten Studienzeit bisher vorenthaltene Lehrinhalte anzueignen und Examen nach westlichen Standards abzulegen, was insbesondere bei der Politikwissenschaft komplizierte Sonder- und Übergangsregelungen erforderlich machte. Ein eigenes Problem stellten dabei die nicht nach Leistungsfähigkeit, sondern nach zwischenstaatlichen 'Freundschaftsbeziehungen' ausgewählten ausländischen Studenten dar.

Um es vorweg zu sagen: Die Forderungen, die sich mit den sechs Punkten verbinden, konnten weitgehend durchgesetzt werden, die Punkte 1-3 und 6 ohne Abstriche, der Punkt 4 mit Abstrichen, die aber zu verkraften sind. Beide Institute haben heute je 6 Professorenstellen und 9 bis 10 Mittelbaustellen, also eine personelle Ausstattung, die besser ist als die vieler westdeutscher Institute. Punkt 5 aber blieb weitgehend unerfüllt. Allerdings weicht hier Leipzig trotz ungünstiger Ausgangslage immer noch positiv von der allgemeinen Entwicklung ab.

Machen wir uns die Ausgangslage noch einmal deutlich. Sie nahm sich, wie gezeigt, für Politikwissenschaft und Soziologie sehr verschieden aus. Die Evaluationskommission Politikwissenschaft, die nach dem Abwicklungsbeschluß und vor Bildung der Gründungskommission Politikwissenschaft tätig wurde, bestritt mit guten Gründen jede Kontinuität zwischen Wissenschaftlichem Kommunismus und Politikwissenschaft. Ihre harsche Haltung hatte dabei sicherlich auch einen professionspolitischen Hintergrund. Die westdeutsche Politikwissenschaft ist ja, wie übrigens auch die westdeutsche Soziologie, im Außenverhältnis keineswegs unumstritten. Vor allem aber ist ihr interner Streit, im Unterschied zu dem der Soziologie, stärker 'ideologisiert'. Nicht zufällig hat sie zwei Fachverbände und besitzt erstaunlich viele parteinahe Richtungen. Jede Kontamination mit dem .Wissenschaftlichen Kommunismus hätte vermutlich zu einer Legitimationskrise geführt.

Dieser hier vermutete Kontext hinderte die Evaluationskommission freilich nicht daran, ihre Bewertungen sehr differenziert vorzunehmen. Zwar 'überlebten' von den Hochschullehrern nur zwei Dozenten, die zudem eher auf Randgebieten arbeiten, doch von den 26 Mitarbeitern, die sich der Bewertung noch stellten, wurden immerhin 13 als förderungswürdig bzw. sehr förderungswürdig eingestuft[12]. Unter dem Dach des Wissenschaftlichen Kommunismus hatte sich seit Beginn der Perestroika eben doch manche Abweichung vom Dogma entwickelt. Dennoch: die Zahl derer, denen man einen nicht bloß aufgesetzten Übergang zum Wissenschaftsverständnis der Politikwissenschaft zutrauen durfte, blieb doch relativ gering.

In der Soziologie dagegen schafften diejenigen, die dem Fach tatsächlich zugehörten, diese Hürde. Hier wirkte sich positiv aus, daß alle ohne Ausnahme empirisch geforscht hatten. Allerdings war der Lehrkörper durch Abberufungen und Pensionierungen vor der Evaluation bereits erheblich reduziert. Wichtig aber ist: Das Wissenschaftsprofil der Leipziger Soziologie wich von dem des Leipziger Wissenschaftlichen Kommunismus deutlich ab.

Dennoch ist es auch bei den Soziologen am Ende nicht gelungen, den Lehrkörper so zu 'durchmischen', wie es die Gründungskommission Soziologie nach gründlicher Prüfung der verbliebenen Leipziger Hochschullehrer wollte. Hier wirkten sich auch Veränderungen in der Gesamtkonstellation aus. Der Handlungsspielraum, der am Beginn auf der Fachebene bestand und den die Universitätsleitung soweit als möglich schützte, verengte sich mit dem Fortgang der Erneuerung und dem Ablauf der Zeit zusehends. Der Spielraum blieb nur so lange relativ groß, wie die Handlungen der Akteure auf den verschiedenen Ebenen noch unverbunden nebeneinander herliefen und auch noch nicht koordiniert werden mußten. Dies änderte sich, als es um die Durchsetzung von Strukturplänen und Personalvorschlägen ging. Nun zeigten sich restriktive Bedingungen an Stellen, wo man sie zu Beginn des Erneuerungsprozesses am wenigsten vermutet hatte: im Ministerium und in der Hochschulkommission. Dies führt uns auf die Landesebene zurück.

Doch vorher noch ein Wort zur Lehre. Sie mußte in der Politikwissenschaft fast ausschließlich, in der Soziologie zu einem nicht geringen Teil von Gastprofessoren und Gastdozenten aus dem Westen be-

stritten werden. Sie zu gewinnen, fiel überraschend leicht. Obgleich das Unterrichten in Leipzig für fast alle eine zusätzliche Belastung bedeutete, gab es eine ganz erstaunliche Bereitschaft, hier mitzuwirken - und eine gleiche Bereitschaft westlicher Stiftungen und Einrichtungen, diese Mitwirkung zu entgelten, wenn man sich nicht gar entschloß, auf Entgelt überhaupt zu verzichten, weil man sich die Erfüllung einer patriotischen Pflicht nicht bezahlen lassen wollte[13]. Die Bereitschaft westdeutscher Hochschullehrer, die Hochschulerneuerung im Osten tatkräftig zu unterstützen, gehört sicherlich zu den erfreulichen Kapiteln des deutschen Einigungsprozesses, von denen es ja so viele noch nicht gibt.

IV. Die Interventionen von oben: Personal- und Strukturpolitik

Wie bereits ausgeführt, erarbeiteten die Gründungskommissionen, von denen hier die Rede ist, schon im September 1991 Berufungsvorschläge, noch bevor ein genehmigter Strukturplan vorlag, und zwar drei in Soziologie und einen in Politikwissenschaft. Im Oktober folgten zwei weitere politikwissenschaftliche Listen. Alle Vorschläge wurden der Universitätsspitze und dem Minister sofort angezeigt. Es dauerte aber noch einige Zeit, bis die vom inzwischen verabschiedeten Hochschulerneuerungsgesetz geforderten Unterlagen und Gutachten (drei pro Vorgeschlagenem) vorlagen. Auf ihrer Grundlage beschloß der Senat der Universität. Damit rückte das wichtigste Ziel in greifbare Nähe, das sich der Gründungsdekan gesetzt hatte: je drei C4-Professuren zum Sommersemester 1992 besetzt zu haben. Dann würden die Fächer ungefähr ein Jahr nach der Abwicklung im Kern konsolidiert sein.

Die Universitätsleitung hatte in einem rechtlich strittigen Akt, einem Akt der Ursurpation sozusagen, durch den sie die ihr noch nicht gewährte Autonomie vorwegnahm, die frühe Ausschreibung der sechs Stellen ermöglicht[14]. Sie handelte sich dafür die Mißbilligung des Ministeriums ein. Dort scheint man eine Zeit lang ernsthaft erwogen zu haben, die Ausschreibungen rückgängig zu machen, obgleich es doch auf der Hand lag, daß je drei C4-Professuren für die Kernbereiche das unerläßliche 'Startkapital' sein mußte (in Soziologie die Kernbereiche Theorie, Methodologie und Methoden sowie Sozialpolitik, in Politikwissenschaft die Kernbereiche Theorie, Politisches System sowie Internationale Beziehungen). Die Rückrufaktion unterblieb denn auch klugerweise. Sie hätte natürlich zum Rücktritt der beiden Gründungskommissionen geführt.

Anlaß zum Rücktritt der Gründungskommission Politikwissenschaft hätte dann allerdings ein anderer erstaunlicher Vorgang geben können: Bei einer von Gründungskommission und Senat einstimmig verabschiedeten Berufungsliste wich der Minister bei der Ruferteilung von der vorgeschlagenen Reihenfolge ab. Nun ist nach bundesdeutschem Hochschulrecht natürlich ein Minister an die in einem Berufungsvorschlag gesetzte Reihenfolge der Namen nicht gebunden. Und dies ist auch in § 52, Abs. 3, Satz 3 des Sächsischen Hochschulerneuerungsgesetzes so formuliert. Rechtlich konnte man also das Handeln des Ministers nicht beanstanden. Doch wiederum zeigt sich, daß Recht und soziale Wirklichkeit zwei verschiedene Dinge sind. Wenn eine Gründungskommission, der renommierte Fachvertreter angehören, sich in tagelangen Beratungen - natürlich unentgeltlich - bemüht hat, die unter fachlichen und organisatorischen Gesichtspunkten beste Lösung zu finden, muß der Minister, der die Kommission einsetzte, schon sehr gute Gründe haben, von seiner Prarogative Gebrauch zu machen. Diese Gründe hatte er nicht. Es gibt keinen Zweifel, daß bei seiner die Kommission desavouierenden Entscheidung nicht fachliche, sondern außerfachliche Gesichtspunkte, die politische Neigung der Vorgeschlagenen, die entscheidende Rolle spielten. Daß die Gründungskommission politisch sehr verschieden kolorierte Fachvertreter vorschlagen hatte, zeigt übrigens, daß dieser Gesichtspunkt für ihre Entscheidung ohne jede Bedeutung war. Der Fall - zugleich wohl ein Fall des Einflusses von Seilschaften - zog weite Kreise. Auch der Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft beschäftigte sich damit[15]. Es gereicht dem Minister immerhin zur Ehre, daß er, nachdem ihn der ihm politisch Nahestehende an der Nase herum geführt hatte, sich doch noch entschloß, den Erstplazierten zu berufen. Die Gründungskommission, die um der Sache willen nicht zurückgetreten war, vermerkte dies mit Genugtuung.

Man mag diesen Vorgang im Nachhinein eher als eine Arabeske werten, der außer mit Seilschaften auch mit nicht eingelebten Praktiken zu tun hat. Dies ist bei der zweiten personalpolitischen Intervention von oben anders. Sie beleuchtet eher einen strukturellen Zusammenhang. An ihr kann man lernen, weshalb es in den abgewickelten Bereichen praktisch zu keiner 'Durchmischung' kommen konnte. Dafür waren zu viele Blockaden in den Rekrutierungsprozeß eingebaut. Über die Schwierigkeiten, auf der Fachebene geeignete Kandidaten zu finden, wurde bereits gesprochen. Waren sie gefunden, so scheiterten Vorschläge entweder schon im Senat oder an einer außeruniversitären Vetokoalition. Letztere wurden von westdeutschen Hochschullehrern gebildet, die die ostdeutsche Hochschulwirklichkeit nur von Ferne kannten, und jenen ostdeutschen Hochschulpolitikern, denen jeder DDR-Hochschullehrer eines abgewickelten Bereichs allein schon wegen dessen vormaliger 'Regimenähe' verdächtig blieb.

Die Gründungskommission Soziologie schlug vor, zwei Leipziger Dozenten auf C3-Professuren zu berufen, für die sie nach einhelliger Auffassung, unter Einrechnung eines Ostbonus, hinreichend qualifiziert waren. Sie setzte also fachlich und wissenschaftspolitisch außer auf Erneuerung auch auf ein gewisses Maß an Kontinuität. Die externen Gutachter und der Senat unterstützten diesen Vorschlag. Dann wurde die Sächsische Hochschulkommission eingeschaltet, wie im Hochschulerneuerungsgesetz für solche Fälle vorgesehen (§ 128). Die endgültige Entscheidung lag beim Minister. Obgleich dieser die Hochschulkommission nur anzuhören hatte, kann man vermuten, daß er in solch politisch sensitiven Fällen auch angesichts der Konstellation im Landtag und in seiner eigenen Fraktion nicht gegen die Empfehlung der Hochschulkommission entscheiden wollte. Diese hatte hier also eine besondere Verantwortung. Die Hochschulkommission gab, ohne die Betroffenen oder auch nur den Gründungsdekan anzuhören, die Empfehlung, einen der Vorgeschlagenen gar nicht und den anderen für ein anderes Gebiet zu berufen. Es ist völlig schleierhaft, wie sie, entgegen dem Urteil der Fachvertreter, das auf gründlicher Lektüre der Schriften und persönlicher Kenntnis der Vorgeschlagenen beruhte, zu ihrer Empfehlung kam. Vermutlich orientierte sie sich, wie in solch abgehobenen Gremien üblich, an den Titeln in den Schriftenverzeichnissen. Ein Ostdeutscher aber besitzt nun einmal kein einem gleichaltrigen Westdeutschen vergleichbares Schriftenverzeichnis. Der Minister folgte der Empfehlung. Eine Chance für bessere 'Durchmischung' war vertan.

Auch dies ist sicherlich zum Teil Arabeske. Einer in der Hochschulkommission spielte

sich eben auf. Doch geht es hier nicht um Menschlich-Allzumenschliches. Wichtiger ist der dabei zum Vorschein kommende strukturelle Zusammenhang. Die abstrakten Wissenschaftsstandards mancher westlicher Professoren[16] und das Mißtrauen mancher ostdeutscher Erneuerer gegen alle, die bereits in der DDR Hochschullehrer waren, wirkten häufig zusammen, um passable Ostkandidaten zu Fall zu bringen. 'Durchmischung' blieb angesichts dieser Konstellation ein schwieriges Projekt. Inzwischen scheinen in den abgewikkelten Fächern insbesondere ostdeutsche Studenten und Wissenschaftliche Mitarbeiter dieser Vetokoalition beizutreten. Die westlichen Standards sind akzeptiert, und man will von einem Ostbonus nichts mehr wissen. Dieser wird geradezu als diskriminierend empfunden - ähnlich wie ja auch der Philosemitismus von manchen Juden zu Recht als Diskriminierung empfunden wird[17].

Trotz der ungünstigen Ausgangslage und trotz dieser personalpolitischen Interventionen von oben gelang es dennoch, in der Leipziger Politikwissenschaft und Soziologie wenigstens ein Mindestmaß an 'Durchmischung' zu erreichen. Sollte sich die zweite Runde der Berufungen im Sinne der Gründungskommissionen realisieren, so waren unter den 12 Professoren ein Ostdeutscher, eine Osteuropäerin, ein Osteuropäer und zwei westdeutsche Frauen. Dies ist wenig genug, aber weit besser als der Durchschnitt. Denn für die abgewickelten Bereiche läßt sich allgemein sagen, daß bei der personellen Erneuerung der Lehrkörper verwestlicht und vermännlicht wurde.

Aber auch in Strukturfragen verengten sich die Spielräume. Gewiß, die Grundstruktur beider Fächer ist akzeptiert und trotz der Abstriche vorerst gesichert. Aber der Druck zu weiterer Schrumpfung, der auf der Universität insgesamt seit langem lastet, nimmt weiter zu. Er kann nicht ohne Folgen auch für die von Grund auf erneuerten Fächer bleiben. Es erhebt sich deshalb jetzt schon die Frage, ob sich diese Struktur an der unteren Grenze auch mittel- und langfristig halten läßt. Hier wirkt sich aus, daß man in Sachsen, wie in allen Ostländern, eine regionalpolitisch geprägte Hochschulstrukturpolitik betreibt, die Dispersion statt Konzentration favorisiert und sich um zeitliche Prioritäten herumdrückt. Von Beginn an wurde zuviel auf einmal gewollt. Insbesondere der rasche Ausbau der TU Dresden zur Volluniversität - zur Hofuniversität mit ihren Hofschranzen, wie manche spöttisch meinen - hatte und hat negative Auswirkungen auf Leipzig. Leipzig, die zweitälteste deutsche, freilich auch die vormals rote Universität, scheint außerhalb der Stadt niemandes Favorit. Dabei bietet Leipzig in jeder Hinsicht den besten Hochschulstandort in den Ostländern[18]. Doch Kulturföderalismus, als Regionalpolitik verwirklicht, nivelliert.

V. Rückblick und Ausblick

Blicken wir zurück und stellen zum Abschluß die Frage, die wieder über Leipzig hinausführt: Wer verlor, wer gewann bei diesem strukturellen Anpassungsprozeß? Verloren haben diejenigen Sozialkategorien in den Hochschulen, die auch außerhalb der Hochschule zu den Verlierern des Einigungsprozesses gehören: Die Älteren (schon ab 45), die Frauen und diejenigen, deren 'Betrieb' geschlossen, in unserem Falle: abgewickelt wurde, weil er entweder inhaltlich 'belastet' oder in erster Linie auf die Verwertungsinteressen umliegender Kombinate ausgerichtet war. Verloren aber hat auch der Mittelbau, neben Teilen der Studenten der eigentliche

Träger der Reformen von unten[19]. Gewonnen dagegen haben im großen und ganzen die Studenten, deren Möglichkeiten sich entscheidend erweiterten. Freilich werden sie bald die negativen Seiten der verwestlichten Strukturen erleben[20], insbesondere dann, wenn auch die ostdeutschen Universitäten Massenuniversitäten geworden sind[21]. Gewonnen haben ferner - erstaunlicherweise - die abgewickelten Bereiche, sofern sie von Gründungsdekanen und Gründungskommissionen wieder aufgebaut werden durften. Diese Fächer sind heute im Osten meist besser ausgestattet als im Westen, wo sie an vielen Universitäten unter dem strukturellen Minimum liegen. Dies gilt auch für die Leipziger Politikwissenschaft und Soziologie[22].

Die Erneuerung veränderte dabei den Lehrkörper von Grund auf. Er wurde, verglichen mit der DDR-Zeit, erheblich reduziert, verwestlicht und vermännlicht. Eine wirkliche 'Durchmischung' mißlang. Einige erstklassige ältere Wissenschaftler fanden den Weg nach Osten, auch einige vielversprechende junge. Aber aufs Ganze gesehen rückte doch eher die zweite Garnitur des Westens in die ostdeutschen Positionen ein.

Blicken wir voraus und stellen zum Abschluß die Frage, wie es weitergehen könnte. Deuten sich bereits jetzt gewisse Entwicklungstendenzen an? Der Um- und Neubau ist ja noch in vollem Gange. Und über allem schwebt das Damoklesschwert der Nichtfinanzierbarkeit!

Mit Verabschiedung der Hochschulgesetze wird den Hochschulen des Ostens eine Autonomie ähnlich der des Westens übertragen werden. Dies ist ein wichtiger und überfälliger Schritt. Die Sondergremien, die die Übergangsphase gestalteten, werden Schritt für Schritt verschwinden, der Einfluß der Westberater zurückgehen. Viel wird davon abhängen, ob die Ministerien, die sich inzwischen an direkte Eingriffe gewöhnt haben, die nun gebotene Zurückhaltung üben, ob sie die Hochschulen gewissermaßen zu sich selbst kommen, sie eine korporative Identität ausbilden lassen, ihnen also hinreichenden, auch finanziellen Gestaltungsspielraum einräumen, der für Innovationen genutzt werden kann. Man muß immer wieder daran erinnern: Akademische Selbstverwaltung in der Gruppenuniversität ist für die ostdeutschen Hochschulen etwas Neues. Sie muß erst eingeübt werden, und dies braucht Zeit.

Eine wichtige Rolle müssen dabei die aus dem Westen Berufenen übernehmen. Werden sie sich integrieren oder segregieren? Verstehen sie ihre Berufung als Verpflichtung oder als Zwischenstufe auf dem Weg nach oben, der zurück in den Westen führt? Man muß leider befürchten, daß jeweils die zweite Alternative wahrscheinlicher ist als die erste. Zeichnen wir also das worst case Scenario.

Die aus dem Westen Berufenen sind derzeit überwiegend Spagatprofessoren. Sie wohnen im Westen und arbeiten im Osten. Die ostdeutsche Hochschule ist der Ort ihrer Lehrveranstaltungen - sehr viel mehr ist sie (noch) nicht. Spagatprofessoren sind bereits im Westen ein Ärgernis, im Osten müssen sie zum Skandal werden, zumal sie auch noch besser bezahlt sind als ihre Kollegen aus dem Osten. Studenten verlangen zu Recht Anwesenheit und rebellieren bereits gegen zu häufige Abwesenheit. Gewiß, es gibt Gründe, den Lebensmittelpunkt derzeit nicht nach Ostdeutschland zu verlegen: den Wohnungsmarkt, die Schulen, die Infrastruktur,... Aber diese sollten für keinen, der sich um eine Berufung an eine ostdeutsche Hochschule bemühte, als unüberwindlich gelten. Leider fehlen die Sanktionen, die Betroffenen zum Umzug zu zwingen. Die Residenz-

pflicht mit Fristen in die Verträge hineinzuschreiben wurde versäumt.

Absentismus der Westprofessoren als kollektives Muster müßte zur Segregation führen. Die innere Spaltung, die das Land derzeit durchzieht, würde verstärkt. Verstärkt würde auch die Bereitschaft, nach Ablauf der dreijährigen Sperrfrist wieder in den Westen zu wechseln. Die Rückwanderung in zwei bis drei Jahren ist aber unabhängig davon auch deshalb wahrscheinlich, weil im Westen eine Emeritierungswelle beginnt. Gerade auf den akademischen Märkten der abgewickelten und neu aufgebauten Bereiche gibt es heute schon eine 'Angebotslücke'. Sie brachte den Berufenen starke Verhandlungspositionen, zumal - Stichwort Entsolidarisierung der Ostländer - die verdeckte Berufungsverhandlung wieder Schule macht. Manche hangeln sich von einer Berufung zur nächsten, immer schon wissend, womit sie bei Ablehnung des einen Rufs beim nächsten sicher rechnen können, ein ideales Feld für rationale eigenützige Akteure, denen Kollektivorientierung sowieso nur eine verkappte Variante von Egoorientierung ist. Damit wurde übrigens der vernünftige Beschluß, daß die Westländer mit in den Osten Wegberufenen keine Bleibeverhandlungen führen, von den Ostländern im Grunde selbst unterlaufen. Leider ist nicht auszuschließen, daß mitunter auch im Westen auf Universitätsebene trotz dieses Beschlusses Bleibeverhandlungen geführt worden sind.

Die Rückwanderung, die natürlich nur einen Teil der Westler beträfe, könnte freilich einen großen Vorteil bringen: Das Feld würde für die Berufung von Ostdeutschen frei. Was in der ersten Runde nicht gelang, könnte wenigstens in der zweiten gelingen: ein qualifizierter Lehrkörper, gemischt aus Ost und West. Dies setzte freilich voraus, daß die Stellen erhalten bleiben und ostdeutsche Wissenschaftler sich bis dahin zusätzlich qualifiziert haben. Beides scheint eher unwahrscheinlich.

Lassen wir die Stellenfrage beiseite. Wie aber steht es um den ostdeutschen 'Nachwuchs' mit der Sozialerfahrung der DDR-Zeit und der Übergangszeit? Wird er für Berufungen bald hinreichend qualifiziert sein? Die Befürchtung ist: Es wird länger dauern. Wiederum interessieren die strukturellen Zusammenhänge, nicht die individuelle 'Abweichung'. Zunächst muß man daran erinnern: Die Auflösung oder Umwandlung der Forschungsinstitute und sonstigen Einrichtungen der Akademie der Wissenschaften der DDR (Art. 38 Einigungsvertrag) in Verbindung mit der Reduktion des Mittelbaus in den Hochschulen auf fast ein Drittel ließ den Kreis derer, die Wissenschaft weiterhin zu ihrem Beruf machen konnten und wollten, erheblich schrumpfen[23]. Die Auffangnetze, die die Betroffenen selbst in Gestalt von eingetragenen Vereinen und mit Hilfe von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen knüpften, erwiesen sich als zu dünn. Sodann: Die Schubladen waren weitgehend leer, es gab keinen Stau von nicht publizierten Manuskripten. Derjenige, der in einer DDR-Hochschule Karriere machen wollte, konnte es häufig dabei belassen, die A- und die B-Promotion und noch einige kurze Artikel, meist für 'Hauszeitschriften', zu schreiben. Das publish or perish des Westens gab es in der DDR nicht. Der Akzent lag weniger auf Forschungs- als auf Lehrorientierung. Hinzu kam ein gewisser Lokalismus, der ja für die DDR-Gesellschaft insgesamt charakteristisch war. So wie der Aufbau dieser Gesellschaft dazu beitrug, die Horizonte zu verengen, so auch der Aufbau ihrer Hochschulen. Der Aufstieg vom Studenten zum Hochschullehrer an ein und derselben Einrichtung galt durchaus als normal. Was noch die oft aus dem Großbürgertum stammenden und von Emigrationserfahrung geprägten Gesinnungskommunisten der ersten Stunde als Hochschullehrer auszeichnete, eine kosmopolitische Orientierung, war im Laufe der Jahre aus dem sozialistischen Gehäuse der Hörigkeit, dem auch die Hochschulen zugehörten, nahezu gänzlich verschwunden. Die kleinbürgerlich-lokalistischen Prägungen, die Generationen statt dessen erfuhren, verschwinden nicht über Nacht.

Vergleicht man die "Einpassung von Wissenschaft und Forschung" Ostdeutschlands in die gemeinsame Wissenschafts- und Forschungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland, wie es im Einigungsvertrag heißt, mit der 'Erneuerung' der deutschen Hochschulen nach dem Fall des Nationalsozialismus, so stechen zwei Unterschiede ins Auge: Die während des Nationalsozialismus deformierte Universität des 19. Jahrhunderts stieg 1945 im Westen als, wie es später hieß: im Kern gesund gebliebene Einrichtung wie Phönix aus der Asche[24], und für ihre personelle Erneuerung stand kein ausgebildetes und zugleich unversorgtes Personal bereit. Der 'unwissenschaftliche' Nationalsozialismus versuchte ja trotz ideologischer Vereinnahmung der Universität und ihrer Entblößung von kritischen, insbesondere jüdischen Gelehrten nicht, deren überkommene Struktur von Grund auf umzustülpen, und die unter ihm exilierten und emigrierten Wissenschaftler fanden nach seinem Zusammenbruch eher selten den Weg nach Deutschland zurück. Im Unterschied dazu formte der 'wissenschaftliche' Sozialismus nach einer Übergangsphase das Hochschulwesen im Osten strukturell um, und zwar von Grund auf, und nach der äußeren Einigung 40 Jahre später stand für die Ablösung dieses Modells nicht nur ein alternatives westliches, sondern auch das dazugehörige Personal bereit. So erklärt sich, weshalb nach 1945 das alte Personal (im Westen) weitgehend blieb[25], während es nach 1990 (im Osten) in weit höherem Maße ausgetauscht wurde. Ob man dabei allerdings das richtige Maß insbesondere auch im Verhältnis von abgewickelten zu nichtabgewickelten Bereichen fand, kann bezweifelt werden. Das eine Mal scheint man eher zu weit, das andere Mal eher zu kurz gesprungen, mit der Folge, daß die abgewickelten Bereiche zu sehr, die nichtabgewickelten aber nicht genug verwestlicht werden.

Der Einigungsprozeß vertiefte bisher die Distanz, die die Mauer zwischen beiden Teilen des Landes schuf. Die Art und Weise, wie er sich im Hochschulbereich vollzog, kehrte diese Tendenz bisher nicht um. Immerhin ist die erneuerte ostdeutsche Hochschule eine jener wenigen Institutionen, in denen West- und Ostdeutsche sich im gemeinsamen Dienst an einer Sache begegnen und verstehen lernen können. Dies ist bei aller Ungerechtigkeit, von der der Um- und Neubau der Hochschulen in Ostdeutschland auch begleitet war, eine große Chance. Hoffen wir, daß sie von denen, die in ihren Ämtern bestätigt oder neu dahin berufen wurden, erkannt und genutzt wird.

Anmerkungen

[1] Der Autor war Gründungsdekan für die Fächer Soziologie und Politikwissenschaft an der Universität Leipzig, die aus der 'Erbmasse' der Sektion Wissenschaftlicher Kommunismus neu aufgebaut werden mußten. Mitglied der Hochschulstrukturkommission des Landes Sachsen-Anhalt, die dem Land einen Plan zur Neugliederung der Hochschulen unterbreitete, Mitglied der außerordentlichen Berufungskommission Geisteswissenschaften an der Universität Halle-Wittenberg, deren Aufgabe es war, Vorschläge für die Besetzung von 21 Eckprofessuren zu erarbeiten, und Mitglied der Berufungskommission Sozialwissenschaften an der neu gegründeten Universität Frankfurt/

Oder, die insbesondere durch ihre Kulturwissenschaftliche Fakultät, der die Sozialwissenschaften zugeordnet sind, neue Wege bei der Gestaltung von Forschung, Lehre und Studium beschreiten will. Er war also am Um- und Neubau in drei verschiedenen Ländern und auf verschiedenen Ebenen beteiligt und hatte es sowohl mit abgewickelten, nichtabgewickelten wie mit neugegründeten Bereichen zu tun. Der Erfahrungsbericht bezieht sich aber in erster Linie auf seine Leipziger Tätigkeit. Erfahrungsbericht soll heißen, daß die Teilnehmerperspektive vorherrscht. Es wird aber versucht, diese mittels soziologischer Analyse zu objektivieren.

2 Zuvor waren die Verträge teilweise bis Ende Februar 1991 verlängert worden, um das Wintersemester abschließen zu können. Das änderte freilich nichts daran, daß dieses Semester für alle Beteiligten chaotisch verlief.

3 Die Einsetzung solcher Evaluierungskommissionen hatte sich die bereits erneuerte Universitätsleitung erstritten.

4 In Übereinstimmung mit dem Sächsischen Hochschulerneuerungsgesetz wurden Personalkommissionen und, für die nichtabgewickelten Fächer, auch Fachkommissionen eingerichtet, die zu prüfen hatten, "welche Hochschullehrer und Mitarbeiter nicht über die erforderlichen Voraussetzungen verfügen, weil sie 1. gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit z.B. durch eine Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit oder das Amt für Nationale Sicherheit verstoßen haben, insbesondere gegen die im internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 gewährleisteten Menschenrechte oder gegen die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Oktober 1948 enthaltenen Grundsätze oder 2. nicht über die für ihre Aufgabe zum gegenwärtigen Zeitpunkt erforderliche fachliche Kompetenz und persönliche Eignung verfügen", so § 75, Abs. 1. Die Prüfung von 1 oblag den Personalkommissionen die von 2 den Fachkommissionen, im Falle der abgewickelten Fächer den Gründungskommissionen. Was in der ersten Evaluation noch in einer Hand war, wurde also institutionell getrennt und zugleich stärker objektiviert.

5 Sächsisches Hochschulerneuerungsgesetz, § 127, Abs 2.

6 Über die Bedingungen, unter denen die Wahl einer der drei Handlungsalternativen warscheinlich ist, sofern sich die wahrgenommene Qualität der Ware oder der Dienst- bzw. Sozialleistung einer Einrichtung verschlechtert, die berühmte Studie von Albert O. Hirschman, Exit, Voice and Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organizations, and States, Cambridge, Mass.: Harvard University Press 1970. Angesichts der Interferenz, die während der friedlichen Revolution zwischen 'exit' und 'voice' auftrat, sah sich Hirschman zu einer Modifikation seiner ursprünglichen Thesen gezwungen. Vgl. seinen Artikel "Wir weinen ihnen keine Träne nach. Zum Zusammenspiel von Abwanderung und Widerspruch beim Untergang der DDR", in: FAZ, Nr. 195, 22.8.1992 (Bilder und Zeiten). Den Anstoß für diese Revision gab der Artikel von Detlef Pollack, "Das Ende einer Organisationsgesellschaft. Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR", in: Zeitschrift für Soziologie, 19 (1990), S. 292 ff.

7 Vgl. etwa die juristische Argumentation von Georg Nolte, "Die Überprüfung der fachlichen Eignung nach dem Sächsischen Hochschulerneuerungsgesetz", in: *hochschule ost*, Nov. 1991, S. 10. Nolte erwarb sich übrigens große Verdienste um den 'inneren Frieden' der Juristenfakultät (Affäre Krause). Vgl. auch seinen Bericht "Staats- und Europarecht in Leipzig", in: Wissenschaftstransfer, S. 235 ff. Zur Affäre Krause siehe Leipziger Volkszeitung vom 15.4. 1991, S. 9.

8 Dazu "Empfehlungen zur Bildung von Hochschulstrukturkommissionen und zur Berufungspolitik an den Hochschulen in den neuen Ländern und in Berlin", in: Wissenschaftsrat (Hrsg.), Empfehlungen zur künftigen Struktur der Hochschullandschaft in den neuen Ländern und im Ostteil von Berlin, Teil I. Köln 1992, S. 13 ff.

9 Der Unterschied scheint sich bereits in den Bezeichnungen zu reflektieren: Hier Hochschulkommission, dort Hochschulstrukturkommission.

10 Der Begriff soziales Kapital wurde von Pierre Bourdieu in die Soziologie eingeführt. Jüngst analysierte ihn umfassend James Coleman, Foundation of Social Theory, Cambridge: Harvard University Press 1990, chap. 12, für den hier diskutierten Zusammenhang bes. S. 318 ff.

11 Da die Universitätsleitung bereits erneuert war, kam es nicht, wie in anderen Fällen, zu überraschenden Abberufungen.

12 Man muß daran erinnern, daß sich nicht alle der Evaluierung stellten. Die Gründe dafür waren vielfältig. Sie reichen von der stolzen Weigerung, sich einem demütigenden Verfahren zu unterziehen, bis zu dem Wissen um die eigene politische Verstrickung oder fachliche Inkompetenz.

13 Auch dafür gibt es aus Leipzig ein Beispiel, den Bonner emeritierten Politologen Schweitzer, der mehrere Semester ohne Honorierung unterrichtete und bei einem Prüfungstermin über 150 Prüfungen abnahm! Ansonsten leistete die Adenauer-Stiftung die wirksamste Aufbauhilfe in diesem Bereich.

14 Der Grad der Autonomie, der den verschiedenen Hochschulen im Übergang vom Landesgesetzgeber und dem zuständigen Ministerium zugestanden wurde, variierte nicht unbeträchtlich von Land zu Land. Er war aber, verglichen mit westdeutschen Hochschulen, insgesamt gering, und zwar unabhängig davon, wie weit die Ablösung der alten Kader bereits fortgeschritten war. Über den generellen Zusammenhang von Usurpation, nichtlegitimer Herrschaft und Innovation Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, Grundriß der verstehenden Soziologie, 4. Aufl., Tübingen 1956, Kap. IX, 8.

15 Anhörung des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft zu "Die Hochschulsituation in den neuen Bundesländern, insbesondere in Sachsen (Leipzig) und Brandenburg", Leipzig, 19.2.1992, in *hochschule ost*, April 1992, S. 57 f.

16 Abstrakt soll hier heißen, daß ein Rationalitätskriterium verabsolutiert und gleichsam kontextfrei angewandt wird. Dies erleichtert 'begründete' Entscheidung, bringt aber Ungerechtikeit mit sich. Statt dessen sind ein multikritenales Vorgehen und Güterabwägung gefordert.

17 Die Schlimmsten sind nicht mehr die Wessis, sondern die Wossis!

18 So wie in Sachsen Leipzig und Dresden in eine eher ruinöse Konkurrenz gebracht wurden, so in Sachsen-Anhalt Halle-Wittenberg und Magdeburg. Alle Versuche der Hochschulstrukturkommission, die Politiker hier zu bremsen, schlugen fehl!

19 Der Mittelbau war freilich wegen seiner Heterogenität nie ein kollektiver Akteur von wirklicher Durchschlagkraft. Aber die wichtigsten reformorientierten Kräfte rekrutierten sich aus ihm. Vgl. die Analyse von Matthias Middell, "Ostdeutsche Hochschulen zwischen Abwicklung und Integration in die gesamtdeutsche Wissenschaftslandschaft - Einige Erfahrungen und Vermutungen eines Leipziger Historikers", in: Wissenschaftstransfer, S. 11 ff.

20 Sie erleben bereits jetzt Entsolidarisierung, die mit der Auflösung der 'Klassenverbände', der größeren Entscheidungsfreiheit, der gewachsenen Konkurrenz untereinander und der Entkoppelung von Bildungs- und Beschäftigungssystem zusammenhängt.

21 Dies ist in einzelnen Fächern wie Rechtswissenschaft und Wirtschaftswissenschaften schon in Ansätzen der Fall. Andere Fächer werden folgen. Noch freilich sind die Betreuungsrelationen in vielen Fächern geradezu paradiesisch im Vergleich zu westdeutschen Universitäten. Hier wirkt noch die Zulassungspolitik der Vergangenheit nach.

[22] Diese Aussage bezieht sich auf den strukturellen Aspekt, wobei der Vergleichsmaßstab die durchschnittliche Ausstattung entsprechender Westinstitute ist. Ob die abgewickelten Fächer auch gegenüber den nichtabgewickelten 'gewonnen' haben, ist nicht leicht zu entscheiden. Es könnte sich nämlich um einen vorläufigen Gewinn handeln, der damit zu tun hat, daß die beiden Erneuerungsprozesse zeitversetzt verliefen. Der Gewinn könnte also wieder verschwinden, wenn erst der Erneuerungsprozeß in den nichtabgewickelten Fächern abgeschlossen ist.

[23] Hinzu kommt noch der rabiate Abbau der Industrieforschung. Von den ca. 75 000 Industrieforschern zum Zeitpunkt der äußeren Einigung sind heute noch ca. 13 000 übrig, mit weiterhin fallender Tendenz!

[24] Für die Universität Leipzig untersuchte Wolfgang Matthias Schwiedrzik diesen Übergang. Dazu sein Feature "Das 'Antifa' - Intermezzo. Der Kampf um die Universität Leipzig in den Jahren 1945 -48", Deutschlandfunk, 16.2.1993, 19.15-20.00.

[25] Bereits in der Sowjetischen Besatzungszone, dann in der DDR wurden die Weichen sehr schnell so gestellt, daß es zu einem Austausch der Eliten in den Hochschulen des Ostens kam. Maßgeblich dafür waren die I. Hochschulreform ab 1945 und die II. Hochschulreform ab 1951. Die III. Hochschulreform ab 1967 führte dann zu jenem Hochschulsystem, das nach der äußeren Einigung Schritt für Schritt durch das westliche ersetzt wurde. Dieses veränderte sich hauptsächlich durch die Reformen der 60er und frühen 70er Jahre, und zwar zur Gruppen- und Massenuniversität.

Bernhard Muszynski (Potsdam):

Ein kurzes Leben vor dem Tode und das lange Warten danach
Gründung, Wiedergründung und Aufbau der Politikwissenschaft an der Universität Potsdam

Die Erneuerung der ostdeutschen Hochschullandschaft, insbesondere in ihren rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen, durch westlich dominierte Gründungskommissionen hat inzwischen eine Perspektive vermeintlicher Sachzwänge erzeugt, die leicht vergessen macht, daß vielerorts in der kurzen Nach-Wende-Phase der DDR zwar spät - für die Ehrenrettung viel zu spät - aber doch teilweise fundamentale endogene Reform- und Neugründungsbemühungen stattfanden, vor allem getragen vom vorhandenen Mittelbau. Ein solcher Versuch stand auch am Anfang der von innen sehr weit getriebenen Neugründung eines politikwissenschaftlichen Lehr- und Forschungsbereichs in einer Vorgängerinstitution der nachmaligen Universität Potsdam. Da das inzwischen hier etablierte Fach so weder inhaltlich noch konzeptionell ohne diese Bemühungen existieren dürfte, dient der folgende kurze Bericht auch dem Anliegen, das allseits gepflegte Generalverdikt über die Reformunfähigkeit von DDR-Hochschuleinrichtungen zu konterkarieren - freilich ohne in das andere Extrem verfallen zu wollen.

Im folgenden wird es darum gehen, über die Einrichtung der Fächer Politikwissenschaft und Soziologie an der Potsdamer Universität zu berichten. Da der verläßliche Informationsstand des Autors sich auf die Vorgänge um die Politikwissenschaft konzentriert, wird die Soziologie nur en passant behandelt werden. Zur besseren Einschätzung des Dargestellten ist eine Vorabinformation über den Berichterstatter erforderlich: Akademisch sozialisiert an drei Hochschulen in Berlin (West) und Hamburg ging er als Privatdozent für Politikwissenschaft an der FU Berlin bereits im September 1990 auf eine vom DAAD finanzierte Vollzeit-Dozentur an die Babelsberger Hochschule für Recht und Verwaltung, um hier den Aufbau eines politikwissenschaftlichen Forschungs- und Lehrbereichs mitzugestalten. Heute kümmert er sich als wissenschaftlicher Angestellter der Universität um die sozialwissenschaftlichen Lehrerbildungsbelange. Insofern ist er also zugleich distanzierte und engagierte Partei, was in die folgenden Ausführungen natürlich eingeht.

Um die Potsdamer Universitätsneugründung, in die auch der hier darzustellende Aufbau der Sozialwissenschaften einmündete, nicht ganz dem üblichen Nebel der irgendwie existiert habenden und mit der DDR untergegangenen Hochschuleinrichtungen vor Ort anheim zu geben, sei kurz auf diejenigen eingegangen, die zumindest als Universitätsstandorte weiterbestehen. Die begriffliche Verbindung von "Geist" und "Potsdam" erweckt üblicherweise sehr gegensätzliche Assoziationen zwischen dem unseeligen "Geist von Potsdam" und dem Geist des "Philosophen auf dem Preußischen Throne", der wiederum an dem martialischen Ungeist des Ortes nicht ganz unbeteiligt ist. So ist Potsdam denn auch alles andere, nur keine

traditionelle Stätte des akademischen Geistes. Erst am 19. März 1948 dekretierte der Befehl No. 45 der sowjetischen Militäradministration die Gründung einer "Brandenburgischen Landeshochschule" in Potsdam. Sie fand ihre Heimstatt in den 1766 bis 1769 durch Gontard gebauten Communs des Neuen Palais am westlichen Ende der Potsdamer Schloßgärten. Schon im Zuge der Auflösung der gerade erst gegründeten fünf Länder der DDR wurde sie 1951 in "Pädagogische Hochschule Potsdam" umbenannt, erhielt 1971 "für ihre Verdienste bei der Erziehung und Ausbildung sozialistischer Lehrer und Wissenschaftler" den Namen "Karl Liebknecht" und hat als größte Lehrerbildungsstätte der DDR bis zu deren Ende mehr als 26 000 Lehrer ausgebildet.

Der heutige Universitätkomplex II befindet sich auf dem Gelände der 1965 gegründeten "Juristischen Hochschule Potsdam-Eiche", die sich seither durch Neubauten in den Nachbarort Golm verlagerte. Dieser Hochschule, an der bis 1989 ca. 4000 bis 5000 juristische Diplome vergeben worden waren, wurde eine besondere Berücksichtigung des Einigungsvertrages zuteil, indem bestimmt wurde, daß ihre Abschlüsse in der Regel keinen Bestand hätten. Der Grund: Es handelte sich um eine exklusive Einrichtung des MfS, die ausschließlich der Offiziersausbildung für das Mielke-Imperium diente und so in der dort üblichen Geheimniskrämerei auch die Minima universitärer Öffentlichkeit nicht erfüllte.

Etwa zur gleichen Zeit wie die Landeshochschule wurde zunächst im thüringischen Forstzinna eine Verwaltungsakademie gegründet, die Anfang der 50er Jahre als "Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften Walter Ulbricht" in den an Berlin grenzenden Potsdamer Nobelvorort Babelsberg (in das 1936 für das reichsdeutsche Rote Kreuz in schönster Nazi-Architektur errichtete Zentralgebäude) umzog - heute der Potsdamer Universitätskomplex III. Sie war dem DDR-Ministerrat unterstellt und hatte zur Aufgabe, Leitungskader für die öffentliche Verwaltung heranzubilden. Das seit den 60er Jahren unter dem Dach der Akademie bestehende "Institut für Internationale Beziehungen (IIB)" führte als dem Außenministerium und dem Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen gleichermaßen zugeordnete Einrichtung ein gewisses Eigenleben und bildete den Nachwuchs des diplomatischen Dienstes der DDR aus. Die an der Akademie zunächst betriebene juristische Ausbildung wurde bald zugunsten einer solchen für diplomierte "Staatswissenschaftler" aufgegeben. Neben der hierbei naturgemäß besonders gepflegten Unterweisung in Marxismus-Leninismus und Wissenschaftlichem Kommunismus standen rechtliche und verwaltungsbezogene Lehrinhalte im Vordergrund. Beispielsweise waren ein Großteil der in der DDR tätigen Bürgermeister Absolventen der Akademie.

Die Wendezeit im Herbst 1989 betraf die drei Potsdamer Hochschulinstitutionen in sehr unterschiedlicher Weise: Während die PH sich lediglich von besonders belasteten Mitarbeitern trennte und ansonsten in ihrem Auftrag und Selbstverständnis "Business as usual" praktizierte, wurde die Golmer Hochschule für Justiz noch unter der de Maizière-Regierung mit dem MfS aufgelöst. An der Babelsberger Akademie wurde die politische Wende in der DDR zwar auch nicht gerade mit Ungeduld erwartet oder gar betrieben, allerdings ahnte man hier - glaubwürdigen Gewährsleuten zufolge - stärker als anderswo, daß der Realsozialismus gerade in den Farben der DDR auf eine Zäsur hinsteuerte.

Nach dem Sturz Honeckers machte man sich hier daran, im Bewußtsein, als Funktionselite auch für eine refomierte DDR unverzichtbar zu sein, relativ schnell die Voraussetzungen für einen institutionellen Neubeginn zu schaffen. Während dies für die weitaus meisten Einrichtungen der Akademie von vornherein und naheliegend auf eine rechtswissenschaftliche Ausbildungsstätte hinauslief, versuchte das IIB zunächst sein Heil in einer Art Diplomatenakademie der DDR zu finden. Da sehr bald deutlich wurde, daß mit diesem Konzept die überwiegend noch alte Führungsriege auf die schnelle Auflösung des Instituts zusteuerte, erfolgte ein kurzfristiger Wiederanschluß an die Akademie. Diese gründete sich am 1. 3. 1990 in die "Hochschule für Recht und Verwaltung" um, mit nunmehr zwei Sektionen: Einer für Rechtswissenschaft und einer mit dem Namen "Politische Wissenschaften und Internationale Beziehungen", das inzwischen aufgelöste IIB. Im April 1990 wurde eine neue Sektionsleitung durch die Belegschaft gewählt; sie brachte vor allem Angehörige des Mittelbaus in die Leitungsgremien der Sektion. Die zahlreichen Studenten der Akademie versuchten noch ihr Studium zu beenden - im Sommer 1990 mit dem für "staatswissenschaftliche" Absolventen auch anderer DDR-Hochschulen nicht unüblichen Etikettenschwindel eines Diploms für "Politische Wissenschaften" - die anderen verteilten sich, soweit sie überhaupt weiter studieren wollten, auf die beiden Studiengänge.

In sehr kurzen Lernschritten von wenigen Monaten, teilweise Wochen, waren die folgenden vordringlichen Aufgaben bei weiterhin laufendem Studienbetrieb zu bearbeiten:

- Anstelle der bisherigen Diplomatenausbildung mußte ein, dem westlichen Standard entsprechendes, politikwissenschaftliches Studienangebot entwickelt werden;
- für dessen Umsetzung waren westliche Hochschullehrer zu gewinnen;
- die zum Zeitpunkt der Sektionsgründung 128 wissenschaftlichen Mitarbeiter (davon 30 Professoren) - die nur vereinzelt politikwissenschaftliche (Teil)Qualifikationen besaßen - mußten auf einen Bruchteil reduziert werden.

Zum Sommersemester 1990 stand ein erster Diplomstudiengang Politikwissenschaft mit Studien- und Diplomprüfungsordnung, inhaltlich noch sehr konzentriert auf die "Hausstrecke" der internationalen Politik und personell massiv unterstützt von westlichen Hochschullehrern, insbesondere solchen vom Fachbereich Politische Wissenschaft der FU Berlin. Das groteske Mißverhältnis zwischen ansässigem wissenschaftlichem Personal und den verbliebenen Studenten wurde durch Abberufungen und Nutzung der Vorruhestandsregelung deutlich vermindert. Eine erste kritische Kontaktaufnahme von Vertretern der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) im Herbst 1990 erbrachte ein zwiespältiges Ergebnis: Einerseits wurde anerkannt, daß hier sinnvolle Bemühungen im Gange waren, eine seriöse Politikwissenschaft mit den Schwerpunkten Internationale Politik und Vergleichende Politikwissenschaft aufzubauen, andererseits verursachte die Einseitigkeit dieser Schwerpunktsetzung ebenso kritische Distanzierungen wie die institutionell und partiell auch personell noch bruchlose Vergangenheit zum alten System. So begann das Wintersemester 1990, in das sich rund 150 Studenten eingetragen hatten, zwar mit einer Genehmigung des DDR-Bildungsministeriums für den Studiengang, der inzwischen nach der geltenden Hochschulordnung der DDR vom 18. 9. 1990 in einem "Fachbereich Politikwissenschaft" durchgeführt wurde, bei weiterhin sehr großzügiger Unterstützung durch West-Kollegen. Die Einbindung in westdeutsche

Standards stand jedoch in wichtigen Punkten nach wie vor aus.

Nicht zuletzt, weil den meisten Beteiligten völlig klar war, daß man zum Zeitpunkt der absehbaren Konstituierung einer brandenburgischen Landesregierung und damit eines Wissenschaftsressorts ein in jeder wissenschaftlichen Hinsicht seriöses und politisch attraktives Angebot würde machen müssen, wurde am 16. 10. 1990 dem Hochschulsenat ein solches Konzept vorgelegt und von diesem akzeptiert. Es setzte einerseits den für die bundesdeutsche Politikwissenschaft geltenden Fächerkanon voll um und sah als Babelsberger Spezialangebot Studienschwerpunkte im internationalen Bereich und in der Verwaltungswissenschaft vor, ersteres in der naheliegenden fachlichen Tradition der Vorgängereinrichtung, zweiteres als Angebot an das im Aufbau befindliche Bundesland Brandenburg. Im gleichen Sinne war die Einrichtung einer Arbeitsstelle für Politische Bildung vorgesehen, da absehbar war, daß insbesondere in der Lehrerfort- und Weiterbildung hier eine langjährige Aufgabe auf den Fachbereich zukommen würde. Die Konzeption sah weiterhin ein ganzes Bündel von drittmittelfinanzierten Forschungsprojekten vor, darunter: Politische Bildung, Rüstungskonversion, Frauenarbeitslosigkeit, Migrationsprobleme in Ostdeutschland und Ostasienforschung; Vorhaben, deren (Mit)-Finanzierung zum Teil bereits in ein konkreteres Stadium getreten war.

Im nach wie vor delikaten Personalbereich zeigte sich die Konzeption des Fachbereichs Politikwissenschaft für den - mit eigenen, vergleichbaren Problemen befaßten - Hochschulsenat nur schwer verdaulich, letztlich aber wohl doch zwingend: Entsprechend dem an bundesdeutschen Hochschuleinrichtungen üblichen Durchschnitt war eine Reduzierung des auf 65 wissenschaftliche Mitarbeiter geschrumpften Personals auf ein Drittel vorgesehen; alle Stellen im Fachbereich sollten neu und öffentlich ausgeschrieben werden. Für die Ausscheidenden wurden etliche, über ABM-Gelder finanzierte Projekte eingeworben. Der Rektor wurde mit der Bildung einer Kommission beauftragt, die halbparitätisch aus westdeutschen Fachkollegen und Mitarbeitern des Fachbereichs zusammengesetzt sein sollte. Ihr sollte es obliegen, die Widmung der auszuschreibenden Stellen und die Erarbeitung von Besetzungsvorschlägen vorzunehmen, sowie sich mit der weiteren Vervollständigung der inhaltlichen Konzeption zu befassen.

Um die wissenschaftspolitische Ausgangslage in Brandenburg zu diesem Zeitpunkt zu skizzieren, hierzu ein kurzer Exkurs: Als nach den ersten Landtagswahlen des wiederbegründeten Landes Brandenburg die neue Landesregierung Ende 1990 daran ging, unter tätiger Mithilfe und konzeptioneller Anregung des Partnerlandes Nordrhein-Westfalen das Land mit einer wissenschaftlichen Infrastruktur zu versehen, folgte man dem Düsseldorfer Schlüssel "auf eine Million Einwohner eine Universität", was dort als regionalpolitisches Optimum galt. Für Brandenburg mit seinen 2,64 Mio. Einwohnern rechnete man diese Maßzahl großzügig hoch und gründete gegen die nachdrücklichen Empfehlungen des Wissenschaftsrates Brandenburg gleich drei Universitäten. Dabei wurde an gewisse vorhandene Traditionen angeknüpft, allen voran die älteste brandenburgische Universitätsgründung in Frankfurt/Oder aus dem Jahre 1506 (die bis 1811 bestand), die wiederbegründet wurde. In Cottbus wurde die dortige Technische Hochschule zur Technischen Universität befördert, und auch die Potsdamer Universitätsgründung führte, wie oben gezeigt, zumindest von den baulichen Anlagen her, in der DDR eingeführte Hochschulinstitutionen zusammen.

Während die beiden Universitäten in Frankfurt und Cottbus eindeutig auf regionale Spinn-off-Effekte abzielen, ist der Sinn der Potsdamer Gründung nur vor dem Hintergrund einer Dezentralisierung der Konzentration von Wissenschaftseinrichtungen in Berlin zu erkennen. In Rufweite zu Berlin mit seinen drei Universitäten, verschiedenen Hochschulen und diversen Fachhochschulen kann ein dringender quantitativer Bedarf an weiteren eigenen akademischen Bildungsstätten im unmittelbaren Umland wohl kaum angenommen werden. Das gilt für die Potsdamer Politikwissenschaft allemal, ist sie doch benachbart dem Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, das mit seinen sechs- bis siebentausend Studenten und rund fünfzig HochschullehrerInnen allein die Größe einer nicht mal besonders kleinen Universität aufweist. Auch vor diesem Hintergrund ist die Ansiedlung gerade dieser Disziplin in Potsdam eben keine Selbstverständlichkeit, die auch ohne die hier geschilderten örtlichen Bemühungen vor sich gegangen wäre. Andererseits ist der quantitative Bedarf an akademischen Ausbildungsplätzen in der Region Berlin-Brandenburg weiterhin zunehmend, und die rigiden Verkleinerungsbestrebungen des Berliner Senats führen besonders für seine beiden Hochschulmoloche Technische und Freie Universität zu Verteilungseffekten, die der Universität Potsdam ein Auskommen in jedem Falle gewährleisten. Inwieweit das so eingängige wie schwer zu realisierende Potsdamer Motto "Klein aber fein" sich in wirkliches Renommee wird umsetzen lassen, ist natürlich noch nicht absehbar.

Zurück zur Chronologie der Babelsberger Ereignisse: Im Fachbereich Politikwissenschaften der Hochschule für Recht und Verwaltung stand man zum Zeitpunkt der Einrichtung des Wissenschaftsressorts der brandenburgischen Landesregierung gerade vor den notwendigen, einschneidenden Mitarbeiterreduzierungen, deren Ankündigung für verständliche Unruhe gesorgt hatte. Die Probe auf das, gerade im Personalbereich ungewisse, Exempel konnte nicht mehr gemacht werden. Am 6. 12. 1990 verkündete die neue Landesregierung in Potsdam, daß die Hochschule für Recht und Verwaltung in Babelsberg mit Ausnahme des juristischen Bereichs zum 31. 12. 1990 aufgelöst würde; de facto also nur der neugegründete Fachbereich Politikwissenschaft. Die Juristen wurden der per 1.1.1991 von der neuen Landesregierung übernommenen vormaligen Pädagogischen Hochschule, die seit dem Oktober 1990 wieder ihren ursprünglichen Namen "Brandenburgische Landeshochschule" führte, zugeschlagen.

Da die Abwicklung der auf den Fachbereich Politikwissenschaft reduzierten Hochschule für Recht und Verwaltung in Babelsberg die einzige im Lande blieb - sicher ein Unikum für die neuen Bundesländer, wo insbesondere Lehrerbildungsstätten zu Teilen en masse abgewickelt wurden - erzeugte dies einen zwar im Resultat müßigen, für die Betroffenen, die sich allesamt in der "Warteschleife" wiederfanden, gleichwohl dringenden Erklärungsbedarf, der umso größer war, als fast in einem Atemzuge mit dem Auflösungsbeschluß die Einrichtung eines politikwissenschaftlichen Lehr- und Forschungsbereichs an der Potsdamer Hochschule zugesagt wurde. Diese Zusage krönte zwar die vielen vorangegangenen Bemühungen als in der Sache letztlich doch erfolgreiche, lud aber zu Vermutungen über die hinter der Abwicklung stehende politische Weisheit ein. Die Interpretationen oszillierten zwischen der Vermutung einer "Blattschuß-Intervention" des Bonner Auswärti-

gen Amtes, um in später, aber wirkungsvoller Revanche die vormalige diplomatische DDR-Konkurrenz aus Babelsberg definitiv auszuschalten, einerseits und andererseits der Annahme, daß die umstandslose Übernahme der Politikwissenschaft aus einer vormaligen DDR-Eliteschulungsstätte politisch noch weniger tragbar gewesen wäre, als es die aus eben dieser Einrichtung übernommene Jurisprudenz ohnehin schon war. Deren Erhaltung war zumindest von der Bedarfslage her sehr naheliegend. Die für beide Fachbereiche fällige personelle Erneuerung weist hingegen auf kein unterscheidendes Merkmal. Der Berichterstatter neigt der letzteren Variante zu, glaubt aber gerne, daß das AA nichts zum Erhalt dieser akademischen Bildungsstätte beigetragen hat oder hätte.

Jedenfalls nahm der Senat der brandenburgischen Landeshochschule am 1. 2. 1991 eine Konzeption zur Fortsetzung des Studienganges Politikwissenschaft im folgenden Sommersemester an und beschloß die Gründung eines dementsprechenden wissenschaftlichen Bereiches. Da inzwischen auch die wirkungsvolle Promotion insbesondere der Fachkollegen vom Otto-Suhr-Institut der Freien Universität (allen voran Prof. Gerhard Göhler) bei der politikwissenschaftlichen Fachvereinigung u.a. die Empfehlung des Wissenschaftsrats zur Einrichtung einer Politikwissenschaft in Potsdam im vorgesehenen Profil befördert hatte, konnte der Beschluß des Senats bereits im folgenden Sommersemester in einem funktionierenden Lehrbetrieb auf dem eingeschlagenen Weg fortgesetzt werden: Rund die Hälfte der Dozentinnen und Dozenten kamen aus dem Westen, die andere Hälfte - nunmehr allerdings in zeitlich eng begrenzten Arbeitsverhältnissen oder Lehraufträgen - aus der abgewickelten Institution; die Inhalte richteten sich nach den bereits vorliegenden Konzeptionen, schlossen sich also eng an den eingeführten politikwissenschaftlichen Kanon an, bei Verminderung der Schlagseite zur internationalen Politik.

Da auch im folgenden, eigentlichen Gründungsgeschäft die inhaltliche Kontinuität weitestgehend gewahrt blieb, im übrigen die in dem oben skizzierten Anpassungskonzept vom Oktober 1990 vorgesehenen Personalrelationen auch realisiert wurden, ist es wohl angebracht, die Frage nach dem "Was wäre wenn ... gewesen" zu stellen. Die institutionelle Abwicklung hat sicher im Hinblick auf die Vermeidung von Erblasten einiges für sich, die personelle wohl kaum. Im Gegenteil wurde hier ein vielversprechender Vorgang abgebrochen, maßgeblichen Reformakteuren einer DDR-Hochschuleinrichtung, die alles andere als restaurative Vorhaben verfolgten, Raum zu geben. Dies ist umso beklagenswerter, als die brandenburgische Wissenschaftspolitik eben im Unterschied zu derjenigen aller anderen neuen Bundesländer die Hochschulautonomie von Anfang an respektierte und förderte. Daß die personelle Erneuerung von innen heraus kaum zu bewältigen gewesen wäre, wird dabei gar nicht in Abrede gestellt: Die in der Konzeption vom Herbst 1990 vorgesehenen Verfahren und Gremien hätten die erforderliche externe Komponente ohne weiteres zugelassen und bei einem westlichen Gründungsbeauftragten nicht mehr aber auch nicht weniger als eine zu qualifizierende Mitbestimmung für die Reformitiatoren eingeräumt. So bleibt das für seine Protagonisten bittere Resümee, daß ein vielversprechender Anlauf zur eigenständigen Etablierung einer in der DDR nicht existierenden Hochschuldisziplin - die notabene in der praxisnahen Ausbildung der Babelsberger Akademie implizit und punktuell weit stärker als andernorts gepflegt wurde - abgebrochen wurde. Dabei soll

nicht verkannt werden, daß auch hier im Ergebnis das hätte herauskommen müssen, was sich nunmehr abzeichnet, nämlich eine deutliche Dominanz westlicher Wissenschaftler. Nur ist das "Wie" wohl mehr als nur eine prozedurale Frage, die übrigens in anderen Bereichen der Universität Potsdam weit weniger vikarisch angegangen wurde.

Im Frühsommer 1991 nahm der von der Universität Essen abgeordnete Prof. Karl Rohe seine Tätigkeit als Gründungsbeauftragter des neuen Fachbereichs Sozialwissenschaften auf, in den neben der Babelsberger Politologie aus dem Bereich der ehemaligen PH ein dort inzwischen von einem (West-)Berliner Soziologen inszenierter Studiengang "Sozialwissenschaften" eingebunden wurde. Der neue Geschäftsführende Direktor zeigte anfänglich die Neigung, seinen Gründungsbereich als Tabula rasa anzusehen und sich von den - wie er meinte, inhaltlich starken - Berliner Einflüssen abzusetzen. Mag dies mindestens eine handlungsrational nachzuvollziehende Herangehensweise sein, hat die, durch Krankheit verzögerte und durchaus nicht nur ad personam zu beklagende, nur mühsam in Gang kommede Gründungsarbeit doch mehr als bloße Zeitverzögerung verursacht: In der Situation nicht immer koordinierter Vorgaben des universitären Gründungssenats und in vergleichsweise sehr kurzer Zeit sich im gleichen Hause einrichtender Rechts- und Wirtschaftswissenschaften drohten die Sozialwissenschaften ins Hintertreffen zu geraten. Das bislang schnelle, bisweilen hektische Gründungsgeschehen verlangsamte sich auf ein eher beschauliches Tempo und die zuvor rege beteiligte Fachbereichs-Öffentlichkeit wurde auf magere Kost gesetzt. Nach rund 1 1/2 Jahren legte die Strukturkommission, der nur ein "eingeborener" Babelsberger Vertreter angehörte, ein inhaltliches Strukturkonzept für die Sozialwissenschaften, Prüfungsordnungen für einen Diplom- und einen Magisterstudiengang zur Politikwissenschaft und einen Magisterstudiengang zur Soziologie vor, verabschiedete Studienordnungen für einen grundständigen und einen Weiterbildungsstudiengang für Lehrer im Fach "Politische Bildung" (wie das in anderen Ländern "Sozialkunde", "Gesellschaftslehre" u.ä. genannte Schulfach in Brandenburg heißt) sowie einen Personalplan.

Während die inhaltlichen Grundzüge die ursprünglichen Vorhaben zur Politikwissenschaft - der Studiengang "Sozialwissenschaften" wurde zum auslaufenden Modell - im wesentlichen fortschrieben, geht die Personalplanung allein für die Politikwissenschaft mit 26 Wissenschaftlerstellen noch leicht darüber hinaus. Im einzelnen sieht sie insgesamt 9 Professuren vor, für: "Politische Theorie", desgl. "unter besonderer Berücksichtigung der Grundlagen des Staates", "Innenpolitik/Regierungssystem", "Vergleichende Analyse politischer Systeme", "Internationale Beziehungen/Friedens- und Konfliktforschung", "Vergleichende Politik/Außenpolitik ausgewählter Staaten", desgl. "speziell Ostasien/Japan", "Verwaltung und Organisation", "Didaktik der politischen Bildung und der Sozialwissenschaften". In der dahinter deutlich zurückstehenden Soziologie sind es deren 5, für: "Allgemeine Soziologie", "Empirische Sozialforschung", "Organisations- und Verwaltungssoziologie", "Sozialstrukturanalyse unter besonderer Berücksichtigung der Jugendforschung". Die zeitgleich bei den Erziehungswissenschaften der vormaligen Pädagogischen Hochschule vorangetriebenen Erneuerungsbemühungen etablierten dort eine sozialwissenschaftlich inspirierte Pädagogik, die in einem sog. "Pots-

damer Modell der Lehrerbildung" soziologische und politikwissenschaftliche Studiensequenzen im Verhältnis 2 (Pädagogik) zu 2 (Psychologie) zu 1 (Sozialwissenschaften) für alle LehrerstudentInnen verbindlich machen und von den Sozialwissenschaftlern zu bedienen sind.

Die vorgesehenen Stellenbesetzungen werden seither in quälender Langsamkeit abgearbeitet, wobei hierfür weder die nicht mehr tagende Strukturkommission noch der Gründungsbeauftragte verantwortlich sind. Unter den vielen Vermutungen, die in diesem Zusammenhang zur Säumigkeit des Ministeriums und der Universität angestellt werden, dürfte diejenige einer nicht gerade die Sozialwissenschaften begünstigenden Prioritätensetzung einiges für sich haben. Im Sommer 1993 arbeitet erst eine politikwissenschaftliche Professur einschließlich zweier wissenschaftlicher (Zeit)Mitarbeiter (Innenpolitik/Regierungssystem); der Stelleninhaber für "Verwaltung und Organisation" ist ernannt. Lediglich avisiert für das kommende Wintersemester sind Hochschullehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter für die meisten anderen Fachgebiete, darunter auch die Soziologie, wobei die bisherigen Erfahrungen eine andauernde Interimsphase befürchten lassen. Für die im Sommersemester 1993 am Fachbereich eingeschriebenen 242 StudentInnen (davon 74 im Bereich Soziologie) und die sozialwissenschaftlichen Anteile des erziehungswissenschaftlichen Studiums ließ sich das Lehrangebot nur durch die Mithilfe von über 30 Lehrbeauftragten und einigen Professurvertretungen abdecken. Ein in der Lehrerweiterbildung eingerichteter sechssemestriger postgradualer Studiengang für 130 TeilnehmerInnen im Fach "Politische Bildung" beschäftigt mangels Potsdamer DozentInnen drittmittelfinanziert (Bundeszentrale für politische Bildung) überwiegend Hochschullehrer aus Berlin. Mit einem ab Wintersemester 1993/94 aufgelegten zusätzlichen Weiterbildungskurs für 70 TeilnehmerInnen werden die dann (hoffentlich) am Fachbereich tätigen Wissenschaftler ohne weiteres ausgelastet sein.

Von den rund 60 im damaligen Fachbereich Politische Wissenschaften der Hochschule für Recht und Verwaltung per 31.12.90 in die Abwicklung geratenen wissenschaftlichen Beschäftigten wurden etliche arbeitslos, einige sind in den Vorruhestand gegangen, etwa 10 fanden Arbeitsstellen außerhalb der Universität, rund 25 kamen zeitweise (bereits ausgelaufen oder bis September 1993 auslaufend) in am Fachbereich angesiedelten ABM-Projekten unter, und zunächst 9, nach zweimaliger Evaluierung noch 6 "alte" Mittelbauangehörige verblieben auf Zeitverträgen am Fachbereich. Einer von ihnen hat gute Chancen, als Professor an den neuen Fachbereich berufen zu werden, einer ebensolche, an eine andere ostdeutsche Universität berufen zu werden und einer dürfte auf einer Funktionsstelle verbleiben. Die ansonsten geltenden Zeitverträge werden bis auf eine Ausnahme am 31.12.1993 auslaufen, wobei eine bis dahin zu treffende Überleitungsregelung noch einige zeitlich befristete und wenige dauerhafte Arbeitsverhältnisse erbringen könnte.

So ist die Bilanz des Aufbaus der Sozialwissenschaften an der Universität Potsdam auch an der Schwelle zum fünften Jahr entsprechender Bemühungen alles andere als ein Erfolgsbericht. Zwar hat der seit Anfang des Jahres berufene Stelleninhaber für die "Innenpolitik" (Prof. Wilhelm Bürklin) bereits ein gewichtiges Forschungsvorhaben zur Elitentransformation installiert und im Juli d.J. mit prominenten Teilnehmern und lebhafter Resonanz auch über die Universität hinaus in einem großen Symposium präsentiert. Der zweijährig stattfindende wissenschaftliche Kongreß der DVPW wird 1994 hier stattfinden, und ein Forschungs(teil)projekt zur Geschichte des Volksbildungswesens in der DDR steht in den Startlöchern, ein weiteres zur europäischen Verwaltungsforschung. Dies sind jedoch erst die vereinzelten Schwalben, die bekanntermaßen den Sommer nicht ausmachen, und die Mühen, aus einer bloßen Ansammlung mehr oder weniger bekannter Fachwissenschaftler ein arbeits- und diskursfähiges Ensemble zu bilden, stehen allemal noch bevor. Ob also die momentane Wartesituation bald durch eine kräftige Profilierung der hiesigen Sozialwissenschaften abgelöst wird, kann erst die Zukunft und vielleicht ein weiterer Bericht an dieser Stelle zeigen.

Bernhard Muszynski, PD Dr. phil., ist Wiss. Angestellter im Bereich Lehrerbildung Universität Potsdam

Anmerkung

Einige Informationen zu den Bemühungen um die Einrichtung eines politikwissenschaftlichen Studiums an der vormaligen Babelsberger Hochschule für Recht und Verwaltung gehen auf den die Vorgänge weit ausführlicher darstellenden Artikel von Wolfram Wallraf und Raimund Krämer "Zwischen Reformversuch, Abwicklung und Neuaufbau - Binnensichten zur Formierung einer gesamtdeutschen Politikwissenschaft" in: Bernhard Muszynski (Hrsg.): Wissenschaftstransfer in Deutschland. Opladen: Leske + Budrich 1993, S. 281 - 290 zurück; Einschätzungen und Beurteilungen gehen natürlich auf das Konto des Berichterstatters.

THEMA: Aktivitäten politischer Stiftungen an ostdeutschen Hochschulen

Wolfgang Nitsche (Düsseldorf):

Die Hans-Böckler-Stiftung und der Aufbau ihrer Studienförderung in Ostdeutschland

Die Studienförderung und weiteren Aktivitäten der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) in Ostdeutschland müssen im Kontext der Zielsetzungen der Stiftung gesehen werden. Die Hans-Böckler-Stiftung ist das Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Damit sind die drei wichtigsten Tätigkeitsbereiche der HBS bezeichnet, wobei die Förderung der Mitbestimmung als Gestaltungsprinzip einer demokratischen Gesellschaft die zentrale, alle Arbeitsfelder übergreifende Querschnittsaufgabe darstellt.

In den neuen Bundesländern lag der Schwerpunkt der Stiftungsaktivitäten zunächst beim Aufbau der betrieblichen Interessenvertretung. Dabei stehen heute Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaften sowie die regionale Strukturpolitik im Vordergrund. So verantwortet die HBS das regelmäßig erscheinende "Wirtschaftsbulletin Ostdeutschland". Es kommentiert kritisch die makroökonomische und strukturpolitische Entwicklung.

Die Forschungsförderung der Stiftung steht unter dem Motto "Forschen für die Zukunft", wobei eher die nähere als die fernere Zukunft und insbesondere die der Arbeits- und Lebensbedingungen der ArbeitnehmerInnen interessiert. Die Stiftung selbst verfügt über keine Forschungskapazitäten, sie vergibt ihre Forschungsmittel nach außen. Die Projektauswahl und -begleitung erfolgen in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften, um die knappen Mittel möglichst effektiv, d.h. an den gewerkschaftlichen Forschungsbedarfen orientiert, einzusetzen. In Reaktion insbesondere auf den akuten Handlungsbedarf in Ostdeutschland unterstützt die Forschungsförderung auch Projekte, die keine reinen Forschungsprojekte sind. Dazu gehören die Förderung des Aufbaus und der Arbeit von auf Landesebene operierenden Entwicklungs- und Beratungsagenturen, die der massiven Deindustrialisierung in Ostdeutschland durch beschäftigungswirksame strukturpolitische Alternativen zu begegnen suchen; dazu gehören ferner Projekte, die die Anbahnung von Kooperationsbeziehungen zwischen Gewerkschaften und ostdeutschen Hochschulen zum Ziel haben.

Die gewerkschaftliche Studienförderung begann mit der Gründung der Stiftung Mitbestimmung im Jahre 1954; zu einer Zeit, als in der Bundesrepublik Deutschland, anders als in der DDR, an eine Ausbildungsförderung durch öffentliche Mittel und damit an eine Durchbrechung der durch den Geldbeutel der Eltern gesetzten Bildungsbarrieren noch nicht zu denken war. Chancengleichheit beim Zugang zur höheren Bildung für alle Heranwachsenden, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, ist zwar eine uralte Forderung der Arbeiterbewegung, die auch mit der Neuformierung der Arbeiterbewegung nach der Niederlage des Nationalsozialismus sofort wieder erhoben wurde, aber der Weg bis zum Bundesausbildungsförderungsgesetz, das in dieser Frage zweifellos einen Durchbruch markiert, war noch weit. Die Studienförderung der Hans-Böckler-Stiftung versteht sich zwar nicht als "Kaderschmiede" für die Gewerkschaften, verbindet mit der Förderung aber sehr wohl die Erwartung, daß die Geförderten auch nach ihrer akademischen Qualifikation der Gewerkschaftsbewegung und ihren Zielen verbunden bleiben.

Anträge auf Studienförderung reichen bei der Hans-Böckler-Stiftung im "Normalfall West" nur die Hauptvorstände der DGB-Gewerkschaften ein; Direktbewerbungen sind, außer in der Promotionsförderung, nicht zugelassen. VertrauensdozentInnen sowie die StipendiatInnen, die ebenfalls am Auswahlprozeß beteiligt sind, treten bei der HBS erst auf der zweiten Stufe des Auswahlverfahrens in Erscheinung, wenn es darum geht, unter den von den Gewerkschaften Vorgeschlagenen auszuwählen. Dieses Auswahlverfahren sorgt für eine bestimmte Homogenität, konstituiert sozusagen einen Typus von Böckler-StipendiatInnen. Was sind die (ideal)typischen Merkmale? Haupt- oder Realschulabschluß, abgeschlossene Lehre und anschließende Berufstätigkeit, gewerkschaftliches Engagement, etwa als Jugend- und AuszubildendenvertreterIn, Vertrauensmann/frau oder im Betriebsrat bzw. der Personalvertretung, Bedürfnis nach weiterer Qualifikation mit der Konsequenz, sich für den Erwerb der Hoch- bzw. Fachhochschulzugangsberechtigung auf den Zweiten Bildungsweg zu begeben, Aufnahme eines Studiums. Typisch für Böckler-StipendiatInnen sind eher die ungeradlinigen als die geradlinigen Lebensläufe.

Der Aufbau der Studien- und Promotionsförderung in Ostdeutschland

Dem Verfasser dieses Artikels fällt es als einem der Akteure des jetzt zur Darstellung anstehenden Geschehens schwer, die bisher verfolgte eher nüchterne Diktion durchzuhalten, handelte es sich doch dabei um alles andere als business as usual.

Die neue deutsche Einheit war gerade vier Wochen alt, als die Hans-Böckler-Stiftung am 30.11. und 1.12.1990 in Chemnitz die ersten 27 StipendiatInnen in die Förderung aufnahm. Die fünfköpfige Kleine Kommission (3 Gewerkschafter, 1 Vertrauensdozentin, 1 Stipendiatin) des Auswahlausschusses, die unter Beteiligung von nicht stimmberechtigten Vertretern der Abteilung Studienförderung die Einzelgespräche mit den BewerberInnen führte, teilte ihnen dieses eine Mal, danach nie wieder, am Ende des Gesprächs mit, ob ihre Aufnahme in die Förderung empfohlen wird oder nicht, wobei kein Zweifel daran blieb, daß das für die Entscheidung über Aufnahme oder Ablehnung zuständige Gremium, die Vorstandskommission für Studienförderung, dieser Empfehlung folgen wird. Von der Hierarchie des Auswahlverfahrens her gesehen, war das sicher nicht ganz korrekt, aber die Beteiligten konnten es nicht erwarten, die ersten Ostdeutschen in die Stiftung zu bekommen, und - sie wollten glückliche Gesichter sehen. So hat es jedenfalls die Erinnerung an diese Tage festgehalten. Gewerkschaftsmitglied war von den Aufgenommenen übrigens niemand, dafür gab es unter ihnen reichlich Theologen, eine unter Böckler-StipendiatInnen bis dato eher seltene Spezies; wer Hans Böckler war, wußte auch niemand, und wirkliche Bedürftigkeit war wohl nur in

einem Fall gegeben. Die Aufnahmequote, kaum traut man sich, es zu sagen, betrug 93,2%: 27 Aufnahmen standen eine Ablehnung und ein Fall, der wegen förderungsrechtlicher Bedenken nicht sofort entschieden werden konnte, gegenüber; es gab also relativ viele glückliche Gesichter.

Dieser gelungene Auftakt wäre nicht möglich gewesen, wenn dafür nicht im Vorfeld schon erhebliche Anstrengungen unternommen worden wären. Hier eine kurze Chronologie der wichtigsten Ereignisse:

Januar 1990: Beteiligung der Studienförderung an einer Tagung des DGB-Bildungswerkes zu Fragen der deutsch-deutschen Zusammenarbeit. Kontaktaufnahme mit ostdeutschen Gewerkschaftern und Mitgliedern der Bürgerbewegung;

Juli 1990: Gesprächsrunde der Begabtenförderungswerke mit dem zuständigen Staatssekretär im Ostberliner Wissenschaftsministerium und einem Vertreter des BMBW über die Wahrnehmung von Aufgaben der Begabtenförderungswerke auf dem Gebiet der bald nicht mehr existierenden DDR;

Juli 1990: Tagung in Berlin zum Thema "Hochschulstrukturen nach dem Staatsvertrag" unter Beteiligung von VertrauensdozentInnen der Stiftung und Vertretern aus dem akademischen Mittelbau an DDR-Hochschulen;

August 1990: Erstellung eines Konzepts (inkl. eines Finanzierungsrahmen) über die Studienförderung der HBS auf dem Gebiet usw. für das BMBW;

September 1990: Zusage des BMBW an die Begabtenförderungswerke, ihre Arbeit auf dem Gebiet usw. aufnehmen zu können, verbunden mit der Zuweisung der nötigen Mittel für die Vergabe zusätzlicher Stipendien für die Jahre 1990 folgende;

September 1990: Beratung der Konzeption für die Studienförderung in Ostdeutschland in Gremien der Stiftung;

September 1990: Rundreise eines Referenten der Studienförderung durch verschiedene ostdeutsche Hochschulstandorte, Kontaktaufnahme mit Vertretern der Bürgerbewegung vor Ort und Hochschulvertretern zwecks Information über die Stiftung und ihre Förderungsangebote;

September 1990: Vorstellung der geplanten Arbeit der Studienförderungswerke in Ostdeutschland an der Humboldt-Universität vor Prorektoren für Studienangelegenheiten ostdeutscher Hochschulen und Vertretern von Studentenräten;

Oktober 1990: Klausurtagung der Studienförderung mit ostdeutschen Wissenschaftlern und Vertretern politischer Organisationen aus der DDR zu Fragen der ideellen Förderung und der Aufnahmekriterien für Ostdeutsche;

Oktober 1990: Tagung "Wissenschaft und Arbeitswelt" in Berlin. Dabei wurde die Situation an den ostdeutschen Hochschulen mit DDR-WissenschaftlerInnen erörtert und die Arbeit der Kooperationsstellen Hochschule-Gewerkschaften (u.a. Bochum, Bremen, Dortmund und FU und TU Berlin) vorgestellt;

Oktober 1990: Die Studienförderung veranstaltet ein Seminar "Situation und Perspektiven eines gesamtdeutschen Gesundheitswesens" in Ostberlin;

Oktober 1990: Vorlage eines Arbeitspapiers der Studienförderung, das eine Modifikation des Auswahlverfahrens für ostdeutsche BewerberInnen vorsieht (Zulassung von Direktbewerbungen);

November 1990: Einrichtung eines "Projekts Ost" mit 1,5 Stellen in der Studienförderung mit der Aufgabe des Aufbaus der Studienförderung in Ostdeutschland;

November 1990: Bildungswerkstatt "Der Zweite Bildungsweg im Umbruch - auf dem Wegnach Europa" mit vielen TeilnehmerInnen aus der ehemaligen DDR;

November 1990: Die jährliche Vertrauensdozentenkonferenz der Stiftung findet zum Schwerpunktthema "Ex-DDR" statt;

November 1990: Beteiligung am ersten deutsch-deutschen Arbeitstreffen des akademischen Mittelbaus an der Humboldt-Universität zu Fragen der weiteren Entwicklung von Forschung und Lehre an den Hochschulen;

November 1990: Informationsgespräch von Vertretern der Studienförderung im Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, dem Partnerland von Brandenburg, das den dortigen Umbau bzw. Neuaufbau von Hochschulen unterstützt;

Dezember 1990: Tagung zur Strukturentwicklung der Hochschullandschaft in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg mit den Schwerpunkten "Hochschulrecht, curriculare Entwicklung, Möglichkeiten der Etablierung von Kooperationsbeziehungen zwischen Hochschule und Gewerkschaften.

Schließlich sei noch erwähnt, daß parallel zu diesen Aktivitäten seit Mitte 1990 ein Praktikantenprogramm für Altstipendiaten entwickelt worden war: Dieses bot die Möglichkeit, für einen längeren Zeitraum (ca. 6 Monate) an Standorten in der Ex-DDR zu arbeiten, dort z. B. strukturpolitische Arbeitskreise mit aufzubauen und zu unterstützen, bei der Ausarbeitung von Betriebsvereinbarungen über die Arbeitnehmerbeteiligung in Unternehmen unter den Übergangsbedingungen des Staatsvertrages zu helfen u.a.m. Das war zwar keine Aktivität im Hochschulbereich, aber gleichwohl eine Aktivität, die genuin zum Aufgabenbereich der Studienförderung gehört, nämlich gewerkschaftliche und gesellschaftspolitische Anliegen, die im Sinne der Aufgaben und Ziele der Hans-Böckler-Stiftung sind, nach Maßgabe ihrer Möglichkeiten auch praktisch zu unterstützen.

Der entscheidende Schritt, der einen relativ zügigen Aufbau der Studienförderung in Ostdeutschland möglich gemacht hat, ist in der oben aufgeführten Chronologie zwar erwähnt, aber nicht besonders hervorgehoben worden. Es war dies die Zulassung von Direktbewerbungen. Ausschlaggebend für diese Entscheidung war, daß unter den völlig anderen Verhältnissen in der DDR gerade für die Klientel, aus der sich in den alten Bundesländern die überwiegende Mehrheit der StipendiatInnen rekrutierte, gar kein Raum gegeben war. Es gab sie also nicht nur nicht, die nach den West-Kriterien förderungswürdigen Ost-BewerberInnen, es konnte sie auch nicht geben. Freilich würde es sie in dem Maße mehr und mehr geben, in dem sich die Verhältnisse im Osten und damit auch die Biographien gerade junger Leute den Verhältnissen im Westen anpaßten. Auf dem Hintergrund dieser Erwartung wurde die Zulassung von Direktbewerbungen zunächst auf zwei Jahre befristet. Das war, heute weiß man es, zu optimistisch. Unter den äußerst schwierigen Bedingungen, unter denen die Gewerkschaften in Ostdeutschland operieren, angesichts der fortschreitenden Deindustrialisierung und des Wegbrechens breiter Segmente des Arbeitsmarktes, bleibt für das Ausschauhalten nach geeigneten BewerberInnen für die gewerkschaftliche Studienförderung verständlicherweise wenig oder keine Zeit. Bewerbungen aus dem Bereich der Gewerkschaften nehmen im Osten zwar zu, aber nicht in dem ursprünglich erwarteten Maße, so daß die Frist für Direktbewerbungen bis auf weiteres verlängert wurde.

Die Motivation, die hinter dem Engagement der Hans-Böckler-Stiftung in Ostdeutschland steht, sei an dieser Stelle noch einmal deutlich benannt: Es geht ihr darum, auf den sich vollziehenden rapiden sozialen Wandel in Ostdeutschland, der zugleich Abbau und Umbau und Aufbau ist, im Sinne ihrer Ziele, namentlich der

Förderung der Mitbestimmung und der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von ArbeitnehmerInnen, Einfluß zu nehmen, und zwar möglichst großen Einfluß. Diesem Ziel dienen auf mehr oder minder vermittelte Weise alle ihre einzelnen Aktivitäten, auch die der Studienförderung. Diese Vorbemerkung scheint mir nötig zu sein, um die Vorgehensweise beim Aufbau der Studienförderung in Ostdeutschland richtig einordnen und bewerten zu können. Die Zulassung von Direktbewerbungen war zwar die entscheidende Voraussetzung, um den Aufbau der Studienförderung im Osten überhaupt in Angriff nehmen zu können, aber sie war natürlich nur eine formale Voraussetzung, die über den Erfolg - im Sinne der o.g. Ziele der Stiftung - nichts entschied. D.h., sie sagte nichts darüber aus, wer denn nun aufgenommen werden sollte und wer nicht, welche Zielgruppen die richtigen und welche die falschen wären. Dies zu klären, war der Sinn einer kurzen, aber intensiven Diskussion über die Aufnahmekriterien für ostdeutsche BewerberInnen, an der sich auch StipendiatInnen im Vorfeld der ersten Auswahlgespräche im Osten Ende November 1990 (s.o.) beteiligten.

Die Grundsätze, die sich im Ergebnis der Diskussion herauskristallisierten und nach denen dann auch verfahren und der Erfolg im Sinne der Stiftung gesucht worden ist, waren in etwa folgende: Gefördert werden sollte, wer sich zu DDR-Zeiten für Demokratisierung im weitesten Sinne eingesetzt, deshalb benachteiligt und am Zugang zur Hochschule oder schon zum Abitur gehindert worden ist; wer sich in und seit der Wende in der DDR besonders engagiert für Demokratisierung und Interessenvertretung im gesellschaftlichen oder auch betrieblichen Bereich eingesetzt hat, wer die neuen Möglichkeiten für gesellschaftspolitisches, gewerkschaftliches oder soziales Engagement ergriffen und genutzt hat. Daneben sollten selbstverständlich die ohne weiteres übertragbaren sozialen Kriterien bei der Auswahl berücksichtigt werden, also soziale Herkunft, Geschlecht, Bedürftigkeit usw. Als Zielgruppen, in denen diesen Kriterien genügende BewerberInnen vermutet werden durften, boten sich insbesondere zwei dar: die Bürgerbewegung(en) und die autonom entstandenen Interessenvertretungen der Studenten an den Hochschulen, die Studentenräte.

Für die Information über die Hans-Böckler-Stiftung und ihre Studienförderung wurde jede sich bietende Gelegenheit an ostdeutschen Hochschulen genutzt; darüber hinaus wurde gezielt versucht, die zwei genannten Gruppen anzusprechen und sie über die Förderangebote der Stiftung zu informieren. Daß dabei angesichts der Vorbehalte gerade in diesen beiden Gruppen gegenüber allem, was aus dem Westen kam, zu Bewerbungen oft geradezu ermuntert werden mußte, sei hier nur am Rande erwähnt. Die Suche nach VertrauensdozentInnen in Ostdeutschland folgte in etwa den gleichen Grundsätzen wie die nach StipendiatInnen, sie war nur sehr viel schwieriger, dafür aber um so beglückender, wenn sie von Erfolg gekrönt war.

Um den erreichten Stand beim Aufbau der Studienförderung in Ostdeutschland noch ein wenig zu illustrieren, einige Zahlen.:Seit der ersten Auswahlrunde 1990 sind bis heute 546 Auswahlgespräche mit ostdeutschen BewerberInnen geführt worden, die zu 384 Aufnahmen in die Studienförderung geführt haben, davon 167 Frauen. Auf die einzelnen Förderzweige verteilen sich diese Aufnahmen wie folgt:

Universitäten/Fachhochschulen	323
Promotionen 44 (plus ca. 15 Aufnahmen nach Aktenlage)	
Zweiter Bildungsweg	17.

Betreut von 40 VertrauensdozentInnen, existieren Stipendiatengruppen in Berlin, Potsdam, Halle, Magdeburg, Chemnitz, Dresden, Leipzig, Jena, Greifswald und Rostock.

Die deutsche-deutsche Vereinigung hat auch auf die interne Struktur der Studienförderung durchgeschlagen. Zunächst durch die schon erwähnte Einrichtung eines Projekts Ost, im nächsten Schritt durch die Bildung eines Referats Ost, in das nun auch der bis dahin separat betreute Bereich Berlin-West eingegliedert wurde, und im dritten Schritt, nach weiterem raschen Wachstum der Stipendiatenzahlen in Ostdeutschland, eine Neuschneidung der Referate, bei der Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern an andere, kleinere Referate angegliedert wurden. Der weitere Aufbau und die Konsolidierung der Studienförderung der HBS in Ostdeutschland liegt dadurch inzwischen erfreulicherweise in mehreren Händen, was die Impulse, die von der Studienförderung in der Hans-Böckler-Stiftung in Ostdeutschland ausgehen, natürlich verstärkt. Neben den drei Regionalreferaten, auf die die neuen Bundesländer nun aufgeteilt sind, sind in Ostdeutschland auch noch das im Zuge der internen Umstrukturierung geschaffene, also noch nicht sehr lange existierende Referat Promotionsförderung und das Referat Hochschule und Arbeitswelt, dem auch die Betreuung der StipendiatInnen des Zweiten Bildungsweges obliegt, aktiv.

Bevor abschließend noch ein wenig über Aktivitäten der Böckler-Stipendiaten in Ostdeutschland berichtet wird, sei zunächst auf das Wirken dieser beiden Referate in Ostdeutschland eingegangen und damit das Thema Aktivitäten der HBS an ostdeutschen Hochschulen um ganz wesentliche Momente ergänzt.

Während an Bewerbungen in der Grundförderung von Anfang an kein Mangel bestand und die verfügbaren Mittel weitestgehend ausgeschöpft werden konnten, sah dies im Bereich der Promotionsförderung anders aus. Die vom Hochschulerneuerungsprogramm für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Ostdeutschland zur Verfügung gestellten Mittel mußten zum Teil zurückgegeben werden, weil trotz aufwendiger Werbeaktionen (Plakate, Zeitungsannoncen u.a.) die Nachfrage ausblieb, während andererseits die Zahl qualifizierter Bewerbungen aus den alten Bundesländern, für die diese Mittel freilich nicht verwendet werden durften, ständig stieg. Diese gegenläufige Entwicklung ist nur aus den Verwerfungen und Verunsicherungen, die die Umstrukturierung der ostdeutschen Hochschullandschaft mit sich gebracht hat, zu erklären. Erst jetzt, wo insbesondere der Neuaufbau der geistes- und sozialwissenschaftlichen Fachbereiche teils schon abgeschlossen ist, teils wenigstens Konturen anzunehmen begonnen hat, zeichnet sich bei der Zahl der Bewerbungen eine Trendwende ab. Gleichwohl ist es mit Unterstützung von VertrauensdozentInnen an einigen Stellen gelungen, Promotionsverbünde zu bestimmten Schwerpunktthemen (z.B. ein sozial- und erziehungswissenschaftlich ausgerichtetes Projekt "Umbruch in Ostdeutschland", MLU Halle/HU Berlin) einzurichten und eine hinreichende qualifizierter Bewerbungen zu akquirieren. Diese Form der Promotionsförderung, deren thematische Ausrichtung mit VertrauensdozentInnen und anderen WissenschaftlerInnen sowie mit Gewerkschaften und der Forschungsförderung konzipiert wird, soll in Ostdeutschland weiter ausgebaut werden.

Das sich hinter dem Stichwort "Kooperation zwischen Hochschulen und Gewerkschaften" verbergende Arbeitsfeld ist oben schon grob umrissen worden. Hier liegt die Federführung beim Referat "Hochschu-

le und Arbeitswelt". In die Arbeit in Ostdeutschland sind Vertreter der existierenden und zum Teil über jahrzehntelange Erfahrungen verfügenden Kooperationsstellen Hochschule/Gewerkschaft in den alten Bundesländern von Anfang an einbezogen worden (s. die o.a. Chronologie). Die sporadischen Anstöße, die bei Treffen mit ostdeutschen Hochschulvertretern gegeben werden konnten, reichten unter den Bedingungen der Abwicklung und Umstrukturierung sowie der damit verbundenen Verunsicherungen, Existenzängste und völlig unklaren institutionellen und beruflichen Perspektiven jedoch nicht aus, um die angebahnten Kontakte zu verstetigen. Hinzu kam, daß auch der andere Partner der Kooperation, die Gewerkschaften, sich bei diesem Neuaufbau fast ausschließlich auf die gravierenden ökonomischen, beschäftigungspolitischen und sozialen Probleme konzentrieren mußte.

Andererseits bot gerade die Umbruchsituation an den ostdeutschen Hochschulen natürlich auch viel Gestaltungsspielraum, und zwar für eine absehbar kurze Zeit, und damit auch die Chance, Kooperationsbeziehungen Hochschule - Gewerkschaft vielleicht von Anfang an im Profil wenigstens einer Hochschule zu verankern. Diese Überlegungen verdichteten sich zu zwei Entwicklungsprojekten, die seit 1991 von den Kooperationsstellen Hochschule/Gewerkschaft an der FU und der TU Berlin mit Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung bearbeitet werden. Welche Früchte diese Arbeit letzlich tragen wird, ist noch nicht abzusehen. Jedenfalls bedarf es noch erheblicher Anstrengungen sowohl seitens der Gewerkschaften als auch von seiten der Hochschulen, um von ersten punktuellen Ansätzen einer Zusammenarbeit zu einer Vertiefung und Verbreiterung der Kooperation zu gelangen. Das wurde noch einmal im Rahmen einer Tagung deutlich, auf der im Juni 1993 ca. 80 Vertreter von Wissenschaft und Gewerkschaft an der Martin-Luther-Universität Halle Perspektiven der Kooperation erörterten. Von einer Ringvorlesung im WS 1993/94 in Halle, die gemeinsam von DGB und Universität bestritten wird, erwarten wir, daß sie den Nutzen solcher Kooperation erweist. Als eine weitere, zugleich hochschul- und strukturpolitische Aktivität sei hier noch die Fachtagung "Perspektiven von Forschung und Entwicklung in den neuen Bundesländern" erwähnt, die von der Hans-Böckler-Stiftung im Mai 1992 an der Technischen Universität in Chemnitz veranstaltet worden war.

Schließlich noch einige Worte zur Arbeit der Stipendiatengruppen an den ostdeutschen Hochschulen, in die natürlich auch die VertrauensdozentInnen einbezogen sind. Zum einen sind auch die Stpendiatengruppen natürlich mit sich selbst und der Mitarbeit in der HBS beschäftigt, durch Aufnahme und Weiterförderungsgutachten, die Teilnahme an Seminaren der Stiftung, an zentralen StipendiatInnentreffen, durch die Mitarbeit in überregionalen stipendiatischen Arbeitsgemeinschaften u.a.m. Da die HBS sozial, gesellschaftspolitisch oder gewerkschaftlich engagierte StudentInnen und PromovendInnen fördert, haben die meisten StipdentiatInnen sich neben ihrem Studium noch ein mehr oder weniger umfangreiches Pensum an anderweitiger Arbeit, etwa in Studentenräten, hochschulpolitischen Arbeitskreisen, Dritte-Welt-Gruppen, Kommunalpolitik u.v.a.m., aufgeladen. Darüber hinaus bringen die meisten Stipendiatengruppen in Ostdeutschland in kleineren oder größeren Abständen aber auch noch die Kraft auf, eigene Veranstaltungen zu organisieren, z.B. gemeinsame Seminare mit Stipendiatengruppen aus den alten Bundesländern, die dem persönlichen Kennenlernen, vor allem aber auch dem Kennenlernen der Lage in Ostdeutschland dienen

sollen, oder ein Seminar in der Lausitz, das sich mit der Situation der Sorben nach der deutschen Vereinigung und den wirtschaftlichen und kulturellen Perspektiven dieser nationalen Minderheit in Deutschland befaßte. In einem Falle, bei einer Veranstaltung der Stipendiatengruppen Chemnitz und Leipzig, die Anfang des Jahres in Chemnitz zu dem Thema "Hochschulpolitik in Sachsen und Thüringen" stattgefunden hat, wuchs sich ein solches Seminar zu einer veritablen Tagung aus, auf der die StipendiatInnen mit prominenten Vertretern verschiedener Hochschulen und der politischen Parteien ins Gespräch kamen. Soweit wenigstens ein kleiner Ausschnitt aus dem Spektrum der Stipendiatengruppenarbeit, die ein wesentlicher Bestandteil der ideelen Förderung durch die Hans-Böckler-Stiftung ist.

Beim weiteren Aufbau der Studienförderung der HBS in Ostdeutschland wird es vor allem darum gehen, das Erreichte zu konsolidieren, nicht zuletzt durch eine intensivere Betreuung und ideelle Förderung der StipendiatInnen. Kriterium des Erfolges ist dabei nicht, daß alles im Osten genauso läuft wie im Westen, sondern wie es gelingt, den spezifischen Beitrag, den die ostdeutschen StpendiatInnen zur Realisierung der Aufgaben der Hans-Böckler-Stiftung leisten können, angemessen zur Geltung zu bringen. Daneben streben wir an, die letzten größeren weißen Flecken auf der Studienförderungskarte der neuen Bundesländer (vor allem Cottbus und Frankfurt/Oder, ferner einige der neuen Fachhochschulen) auszufüllen, wobei man hinzufügen muß, daß die Studienförderung der HBS auch in den alten Bundesländern nicht an jeder Universität oder Fachhochschule vertreten ist.

Wolfgang Nitsche, Dipl.-Psych., ist Leiter des Studienförderungsreferats Ost der Hans-Böckler-Stiftung

Rainer Gries (Bonn):

Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung an ostdeutschen Hochschulen

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat ihre Aktivitäten in den neuen Bundesländern als einen ihrer Schwerpunktbereiche auch in den letzten Monaten stetig ausgebaut. An der Arbeit in und für die neuen Bundesländer waren alle Abteilungen der Stiftung beteiligt. Hauptsächliche Träger der Aktivitäten sind die Landesbüros vor Ort.

Die Landesbüros sind regionale gesellschaftspolitische Zentren, die ihre Maßnahmen an wechselnden Orten im gesamten jeweiligen Bundesland durchführen. Sie gehen also dorthin, wo politische Bildung, Fachdiskussionen, Information und Beratung benötigt werden.

Als Formen der Arbeit und Zusammenarbeit bietet die Friedrich-Ebert-Stiftung auch in Ostdeutschland an:

- politische Bildungsarbeit in Form lernzielorientierter Seminare, Fachtagungen, Vortrags- und Dialogveranstaltungen;
- Beratungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für bestimmte Zielgruppen;
- Ausstellungen zu gesellschaftspolitisch bedeutsamen Themen;
- Publikationen;
- Bereitstellung von gesellschaftspolitisch und zeitgeschichtlich relevanten Büchern und Zeitschriften.

1992 konnten insgesamt 534 Veranstaltungen in Ostdeutschland durchgeführt werden.

Hochschulen und Hochschulpolitik

In jüngster Zeit haben die ostdeutschen Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung ihre Aktivitäten zum Thema Hochschulpolitik sowie ihre Zusammenarbeit mit den Hochschulen verstärkt. Sie wollen damit noch mehr als bisher Probleme der Umstrukturierung dieses Bereiches aufgreifen und darüber den offenen, konstruktiven Dialog zwischen Politik, Wissenschaft und interessierter Öffentlichkeit fördern. Zugleich soll durch diese Veranstaltungen der Kontakt zwischen der Friedrich-Ebert-Stiftung und den Studierenden an ostdeutschen Universitäten verstärkt werden.

Nach verschiedenen Veranstaltungen der Stiftung 1990/91 zu Fragen der Hochschulpolitik und insbesondere der Landeshochschulgesetze sind aus der jüngsten Zeit beispielhaft diese Veranstaltungen zu erwähnen:

* Konferenz "Hochschulpolitik in Thüringen", Februar 1993, auf der Wartburg zu Eisenach, in der Hochschulpolitiker wie die Rektoren der thüringischen Universitäten und Hochschulen über Probleme und perspektierende Umstrukturierung der Hochschullandschaft informierten und kontrovers diskutierten - ein hochkarätiges Forum der parteiübergreifenden hochschulpolitischen Diskussion, das nach dem Urteil der Teilnehmer für Thüringen bisland einzigartig war;

* Die Brandenburger Wissenschaftskonferenz "Wissenschaft und Forschung in Ostdeutschland als Beitrag zur Landesentwicklung und zum Aufbau der Infrastruktur, März 1993, Frankfurt/Oder.

Neben diesen direkt auf Fragen der Hochschulpolitik ausgelegten Veranstaltungen, die mit ähnlichen Themenstellungen an anderen Hochschulorten fortgesetzt werden sollen, nehmen die ostdeutschen Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung verstärkt Veranstaltungen mit und in Hochschulen zu gesellschaftspolitisch relevanten Themen in ihr Programm auf. Beispiele sind:

* regionaler Gesprächskreis: Rostocker Gespräche zu Arbeitsmarkt und Sozialpolitik, die ab April 1993 gemeinsam mit der Universität Rostock durchgeführt werden.

* Gesprächskreis Wirtschaft und Wissenschaft, den die Stiftung ab April 1993 in der naturwissenschaftlichen Hochschule Leopoldina in Halle aufnimmt;

* Kolloquien zum Thema Wirtschafts- und Sozialgeschichte Sachsen-Anhalts im 20. Jahrhundert mit den Universitäten Halle und Magdeburg;

* Konferenz mit der Universität Leipzig im Herbst 1993 für Studenten über Probleme des Sozialstaates.

An ein vor allem studentisches Publikum wendet sich die Vortragsreihe "Schöne neue Welt", die das Büro Leipzig der Friedrich-Ebert-Stiftung gemeinsam mit dem Jugend- und Studentenclub der Leipziger Universität, Moritz Bastei e.V., seit September 1992 monatlich durchführt. Die Reihe, die in ihrem Titel den klassischen Zukunftsroman und utopischen Gesellschaftsentwurf von Aldous Huxley zitiert, macht globale Problemlagen wie auch spezifische Entwicklungsprobleme im vereinten Deutschland zum Thema. Zu den Referenten gehörten Wolfgang Thierse, Wolfgang Ullmann, Friedrich Magirius und Reinhard Lettau.

Förderung von Studentinnen und Studenten

Die Friedrich-Ebert-Stiftung versteht ihre Förderprogramme als individuelle Unterstützung überdurchschnittlich begabter sowie gesellschaftspolitisch engagierter ausländischer und deutscher Studenten und Nachwuchswissenschaftler, die ihre akademische Ausbildung nicht nur als Voraussetzung für eine erfolgreiche persönliche Karriere, sondern auch als eine Verpflichtung gegenüber Gesellschaft und Staat ansehen. Als vorrangige Aufgabe betrachtet die Stiftung die Förderung wissenschaftlich begabter und gesellschaftspolitisch engagierter Frauen. 1992 wurden 1.883 deutsche und 407 ausländische Stipendiaten gefördert. Knapp 150 Stipendiaten studierten an ostdeutschen Universitäten und Hochschulen.

Auswahl der Stipendiaten

Für die Auswahl und Förderpraxis der Stiftung bedeutet diese gesellschaftspolitische Akzentuierung: besondere Begabung und fachliche Qualifikation sol-

len ihre Ergänzung finden in einem ausgeprägten Interesse und Engagement für die öffentlichen Angelegenheiten unseres Gemeinwesens und einer besonderen Verpflichtung gegenüber sozial benachteiligten Schichten.

Es gilt das Prinzip der Selbstbewerbung. Dabei wird versucht, jedem Antragsteller individuell, d. h. unter Berücksichtigung seiner besonderen Lebensumstände, gerecht zu werden. Dieser Auswahlpraxis entspricht auch, daß kein Bewerber aufgrund der Zugehörigkeit zu einer Gruppe oder Organisation im Bewerbungsverfahren pauschal bevorzugt oder ausgeschlossen wird.

Die endgültige Entscheidung über die Aufnahme in die Studienförderung trifft ein unabhängiger Auswahlausschuß.

Studienförderung - mehr als ein Stipendium?

Auch für die Stipendiaten an den ostdeutschen Hochschulen ist von Bedeutung, daß neben der materiellen Förderung durch ein monatiches Stipendium, das als Zuschuß gewährt wird, die Friedrich-Ebert-Stiftung die Stipendiatinnen und Stipendiaten durch ein studienbegleitendes Tagungs- und Seminarprogramm sowie durch individuelle Beratung durch Mitarbeiter der Stiftung und Vertrauensdozenten an den jeweiligen Hochschulen unterstützt. Die vielfältigen Arbeitsfelder der Friedrich-Ebert-Stiftung im In- und Ausland, die Arbeit in Ländern der Dritten Welt wie in den östlichen und westlichen Nachbarländern oder die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen bedeuten umfassende, nutzbare Erfahrungen, die Stipendiaten während des Studiums oder vor dem Berufseinstieg nutzen können.

Studienbegleitende Förderung

Studienreisen in benachbarte Länder fördern die Kontakte zu Studenten, Politikern und Vertretern von Wirtschaft und Verwaltung und ermöglichen Einblicke in internationale Organisationen.

Das Tagungs- und Seminarangebot, das von den Stipendiaten im Rahmen einer Vertreterkonferenz selbst beschlossen wird, bietet Gelegenheit, über den eigenen fachlichen "Tellerrand" hinauszuschauen.

Vor allem für Studentinnen und Studenten aus den neuen Bundesländern ist das studienbegleitende Angebot für die berufliche Orientierung von großer Bedeutung.

Besonders Studentinnen und Studenten möchte die Friedrich-Ebert-Stiftung anregen und ermutigen, auch einen persönlichen Beitrag zum Zusammenwachsen der vereinigten Teile Deutschlands zu leisten und auch über den aktiven Austausch und die Zusammenarbeit mit ausländischen Kommilitonen eine Atmosphäre der Toleranz in Deutschland zu schaffen.

Rainer Gries ist Stellvertr. Leiter der Abt. Studienförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Jörg-Dieter Gauger (St. Augustin):

Die Konrad-Adenauer-Stiftung und das intellektuelle Leben in den neuen Ländern

Die 1964 gegründete Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) ist mit ihrer Arbeit im In- und Ausland den Prinzipien der christlich-demokratischen Bewegung verbunden.

Sie trägt den Namen Konrad-Adenauers, des ersten deutschen Bundeskanzlers, und ist seinen christlich-demokratischen Grundpositionen verpflichtet. Die Orientierung am christlichen Menschenbild, die Festigung des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates, das Eintreten für die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und die Integration Deutschlands in die westliche Werte- und Staatengemeinschaft bestimmen ihren Auftrag, ihre Ziele und ihr normatives Fundament.

Dabei verfolgt sie, im Sinne des Subsidiaritätsprinzips, in geistiger Offenheit und Toleranz, ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke. Ihren Aufgaben gemäß will sie

- politische Bildung vermitteln
- die historische Entwicklung der christlich-demokratischen Bewegung erforschen und dokumentieren
- durch Forschung und Beratung Grundlagen politischen Wirkens erarbeiten
- die europäische Einigung unterstützen, die internationale Verständigung durch Information und Begegnungen pflegen sowie mit entwicklungspolitischen Projekten und Programmen Hilfe leisten
- politisch verfolgten Demokraten ideelle und materielle Hilfe gewähren
- die wissenschaftliche Aus- und Fortbildung begabter und charakterlich geeigneter junger Menschen fördern
- Kunst und Kultur durch Veranstaltungen und Stipendien fördern
- der Öffentlichkeit die Ergebnisse ihrer Arbeit zugänglich machen.

Unmittelbar nach der Wende in der damaligen DDR im November 1989 nahm die KAS ihre Arbeit in den neuen Ländern auf und beteiligt sich seitdem im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Zielsetzungen an der Beseitigung der Erblasten des Sozialismus, am Neuaufbau der politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen und am geistigen Zusammenwachsen unseres über vierzig Jahre lang getrennten Volkes. Dies geschieht primär auf den Feldern der politischen Bildung, der kommunalpolitischen Arbeit , durch Beteiligung an der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Vergangenheit , schließlich auf kulturellem und bildungspolitischem Gebiet und ganz konkret durch die Förderung von Studierenden und Doktoranden in der Begabtenförderung.

Aufarbeitung der Vergangenheit

An der Aufarbeitung der deutschen Geschichte nach 1945, die durch die Wende in der ehemaligen DDR eine völlig neue Dimension erfahren hat, beteiligt sich die KAS auf verschiedenen Ebenen.

Das historische Archiv ist inzwischen eine erste Adresse für die DDR-Forschung geworden mit seinen Beständen und Bibliotheken von Ost-CDU und Demokratischer Bauernpartei. In die Bibliothek wurden Publikationen der Ost-CDU, Sitzungsprotokolle, Tagungsberichte, Analysen zu politischen und gesellschaftlichen Themen sowie zu Grundsatz- und Programmfragen eingestellt, z.B. das "Bauernecho", das "Neue Deutschland" und das Zentralorgan der Ost-CDU, die "Neue Zeit", die von ihrer ersten Ausgabe an vorhanden ist. Diese Materialien und Archivalien stehen wissenschaftlich arbeitenden Studenten, Doktoranden, Habilitanden und Hochschullehrern offen; eine Broschüre registriert die Bestände. Diese kann angefordert werden.

Parallel dazu wurden wissenschaftliche bzw. wissenschaftsorientierte Fachtagungen durchgeführt, 1992 z.B. die jetzt regelmäßig stattfindenden Buchenwald-Tagungen zur DDR-Geschichte nach 1945 oder etwa im Cäcilienhof in Potsdam eine Sommerakademie zum Thema "Verändert sich Deutschland? Zur Identität der Deutschen nach der Einigung". Diese Veranstaltungen sollen v.a. Zeithistoriker, Politikwissenschaftler und Politiker erreichen.

Das geistige Zusammenwachsen fördern

Kultur und Bildung sind die zentralen Stichworte, unter denen die KAS sich bemüht, die von vielen Seiten immer häufiger beklagte "Mauer in den Köpfen" abzubauen. Literatur ist ein Medium, das Nachdenken über sich selbst und über die aktuelle politische Situation in Deutschland in besonderer Weise anstößt. So hat die KAS einen "Berliner Autorenkreis" gebildet, in dem sich vor allem ehemalige DDR-Autoren zu gemeinsamem Dialog treffen, und dem Gespräch zwischen Schriftstellern und Politik dienen auch die zukünftig regelmäßig durchgeführten Schriftsteller-Gespräche in Weimar. 1993 vergab die KAS (erstmals) ihren Literaturpreis an die Autorin Sarah Kirsch, der in Erfurt überreicht wurde.

Das geistige Klima eines Landes bestimmt sich wesentlich durch das, was an den Schulen und Hochschulen geschieht. Insofern setzte die Konrad-Adenauer-Stiftung mit der Einrichtung einer neuen "Hauptabteilung Bildung, Hochschulen, Begabtenförderung" 1992 hier einen besonderen Arbeitsschwerpunkt.

So finden "Hochschullehrergespräche" statt über die Situation der Hochschulen in den neuen Ländern unter europäischen Entwicklungsperspektiven. Es tagen bildungspolitische Expertenrunden, die bildungspolitische Entwicklungen in den neuen Ländern nicht nur zu erörtern, sondern auch daraufhin befragen, wieweit sie Modelle für die gesamtdeutsche Bildungslandschaft abgeben können (z.B. Schulzeitverkürzung, Zentralabitur). An zentralen Hochschulorten finden - zuletzt in Jena - "Hochschulwochen" statt, in denen die KAS ihre Arbeit vorstellt.

Mit ihren Förderungsprogrammen in den Sparten Studienförderung/Journalistische Nachwuchsförderung und Graduiertenförderung und dem damit verbundenen, von allen geförderten Studenten wahrzunehmenden Seminarangebot ("ideelle Förderung", ein besonderes Markenzeichen der KAS) leistet die KAS einen weiteren Beitrag zur politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland; dabei ist eine stetig wachsende Nachfrage zu registrieren, die in steigendem Maße auch die neuen Länder einschließt. Die Bewerbung steht allen Studenten und Doktoranden offen, die neben ausgewiesener wissenschaftlicher Begabung die Bereitschaft mitbringen, sich gesellschaftlich oder sozial im weitesten Sinne zu engagieren, und sich mit den Zielsetzungen der KAS identifizieren können. 1992 förderte die KAS 134 Stipendiaten aus den neuen Ländern.

Derzeit ist die KAS auch dabei, das Netz ihrer Vertrauensdozenten an den Hochschulen in den neuen Ländern einschließlich der Fachhochschulen weiter zu verdichten, um eine adäquate Betreuung der Studenten "vor Ort" zu ermöglichen.

Während sich nach der Umbruchphase 1990/91 die Situation für den Lehrkörper der Hochschulen geklärt hat (wir legen bei unseren Vertrauensdozenten in den neuen Ländern Wert darauf, daß sie von dort stammen) und dort die Ansprache nicht mehr so schwierig ist, stellen wir fest, daß bei den Studenten die nach der Wende ausgeprägte Bereitschaft, auch auf die KAS und ihr Angebot zuzugehen, nachläßt, was sicher mit dem gesamtgesellschaftlichen Klima ebenso zusammenhängt wie mit der Verwechslung von Stiftungen und Parteien, obwohl immer wieder betont wird, daß hier eine klare Trennung besteht und daß sich soziales Engagement keineswegs auf Parteiarbeit beschränkt.

Die Schwierigkeiten, die bei der Zusammenführung zweier im Grunde genommen auseinander gelebter Gesellschaften zu bewältigen sind, wurden von vielen Seiten unterschätzt. Sie beschränkten sich keineswegs nur auf die Bereiche Finanzen und Wirtschaft. Notwendig ist daher ein Integrationsprozeß, der die Bereitschaft erfordert, einander zuzuhören und sich ernst zu nehmen. Ein solcher Integrationsprozeß, bei dem wir uns alle bewußt werden müssen, daß wir miteinander denken und handeln müssen, obwohl die wirtschaftliche Lage derzeit schwierig ist und die Lebensinteressen und Wertprägungen in Ost und West noch sehr verschieden sind, ist fundamental nicht nur für den wirtschaftlichen und sozialen Aufbau, sondern auch - über das Zusammenkommen und das Zusammenleben selbst - für die politische und innere Einheit, für das Entstehen einer gesamtdeutschen Solidar- und Verantwortungsgemeinschaft und für eine gemeinsame tragfähige politische Kultur im geeinten Deutschland. Dazu will die KAS ihren Beitrag auch in Zukunft leisten.

Jörg-Dieter Gauger, Dr., ist Abteilungsleiter Bildung, Hochschulen, Bereich Wissenschaftliche Dienste der Konrad-Adenauer-Stiftung

PUBLIKATIONEN der politischen Stiftungen zu ostdeutschen Hochschulen/ostdeutscher Wissenschaft

JAHN, HEIDRUN: ***Entwicklungsperspektiven der Wissenschafts- und Hochschullandschaft im Land Brandenburg*** (Hans-Böckler-Stiftung - Manuskripte Bd. 63). Düsseldorf 1991. 67 S.

GIRNDT, CORNELIA / MEZGER, ERIKA (Hrsg.): ***Arbeitswissenschaften nach dem Fall der Mauer. Kontroversen, Kontraste, Kooperationsmöglichkeiten. Arbeitswissenschaften und Gewerkschaften - Perspektiven der Kooperation in der BRD und DDR. Arbeitstagung der Hans-Böckler-Stiftung und der IG Metall.*** Schüren Presseverlag, Marburg 1991. 111 S.

WOLTER, HENNER: ***Zusatzversorgungssysteme der Intelligenz. Verfassungsrechtliche Probleme der Rentenüberleitung in den neuen Bundesländern*** (Schriften der Hans-Böckler-Stiftung Bd. 12). Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1992. 249 S.

VÄTH, WERNER/ KREUTNER, ULLA: ***Aufbau arbeitnehmerorientierter Kooperationszusammenhänge in Forschung und Lehre zwischen Hochschule und Gewerkschaften in den neuen Bundesländern.*** Zwischenbericht August 1992. Düsseldorf 1992. (das Projekt läuft bis Januar 1994)

KLEMM, KLAUS/ BÖTTCHER, WOLFGANG/ WEEGEN, MICHAEL: ***Bildungsplanung in den neuen Bundesländern. Entwicklungstrends, Perspektiven und Vergleiche.*** (Veröffentlichungen der Max-Traeger-Stiftung Bd. 16, Projektförderung gemeinsam durch Hans-Böckler- und Max-Traeger-Stiftung). Juventa Verlag, Weinheim und München 1992. 209 S.

FISCHER, ULRIKE: ***Zur Situation industrienaher selbständiger F + E Einrichtungen in den neuen Bundesländern*** (Hans-Böckler-Stiftung - Manuskripte 106). Düsseldorf 1993. 50 S.

FAULSTICH, PETER: ***Systemstruktur der Weiterbildung in den neuen Bundesländern. Abschlußbericht.*** Düsseldorf 1993.

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (Hrsg.): ***Bildung und Erziehung in der DDR im Umbruch*** (Die DDR Realitäten - Argumente). Bonn 1989. 55 S.

BRUNS, WILHELM: ***DDR-Wissenschaften in der Krise. Zur außenpolitischen und völkerrechtlichen Forschung. Eine Skizze.*** Hrsg. vom Forschungsinstitut der Friedrich-Ebertstiftung. Bonn 1990.

ARBEITSKREIS HOCHSCHULPOLITISCHE L ÖFFENTLICHKEIT/ FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG/ REKTORAT UNI LEIPZIG: ***Hochschulstruktur in Sachsen. Ein Rundtischgespräch*** (*hochschule ost* Dez. 1991). Leipzig 1991. 49 S.

KOCKA, JURGEN: ***Die Auswirkungen der deutschen Einigung auf die Geschichts- und Sozialwissenschaften. Vortrag vor dem Gesprächkreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 29. Januar 1992*** (Gesprächskreis Geschichte Heft 1, hrsg. von Dieter Dowe, Forschungsinstitut der Friednch-Ebert-Stiftung). Bonn 1992. 21 S.

GAUGER, JORG-DIETER (Hrsg.): ***Die Zukunft von Forschung und Lehre in den neuen Ländern. Beiträge von Theodor Berchem - Volker Knoerich - Norbert Lammert - Johannes Mehlig - Horst Pätzold - Hans-Ludwig Schreiber - Bernhard Vogel*** (Vorträge und Beiträge der Politischen Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Heft 20). Bonn 1992. 71 S.

EISENMANN, PETER/ SCHMIRBER, GISELA (Hrsg.): ***Deutsche Hochschulen und Europa. Das Zusammenwachsen der deutschen Hochschulen im Rahmen der europäischen Einigung*** (Zeitgeschehen - Analyse und Diskussion, hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung, Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Bd. 3) [Beiträge zur Situation an den ostdeutschen Hochschulen, zur DDR-Philosophie sowie zu Perspektiven von und Erwartungen an deutsch-deutsche Wissenschaftskooperation]. Verlag Friedrich Pustet, Regensburg 1990. 200 S.

BERICHTE

Trauma Großdeutschland
Die Wiedervereinigung aus studentischer Sicht

Im Frühjahr 1990, auf halbem Wege zwischen DDR-Wende und deutscher Vereinigung, stand der akademische Nachwuchs in Ost und West dem politischen Geschehen mit auffälliger Distanz gegenüber. Dies zeigte sich in der erstmals gesamtdeutsch durchgeführten Erhebung "STUDENT 90", im Rahmen der seit 1969 rgelmäßig durchgeführten "STUDENT"-Untersuchungen des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung.

Darin charakterisierten die Studierenden hüben wie drüben ihre "Verbundenheit" mit dem jeweils anderen Teil Deutschlands gleichermaßen nur zu 10% als "stark", rund 45% konnten sich demgegenüber nur schwach bis gar nicht damit identifizieren. Mit ihrer eigenen Gesellschaft dagegen zeigten sie sich zu 40% (West) bzw. 60% (Ost) "stark" verbunden. In Ostdeutschland bekannten darüberhinaus 89% der Befragten, gern in der DDR zu leben, 57% bevorzugten für die Zukunft die Existenz zweier deutscher Staaten und nur 13% sprachen sich für die ein halbes Jahr später tatsächlich realisierte Alternative einer vorbehaltlosen staatlichen Einheit aus.

Infolge der sich überstürzenden Ereignisse war der bei "STUDENT 90" verwendete Fragebogen bei seinem Einsatz bereits überholt. Es fehlten vor allem präzise Fragen zur Beurteilung des Vereinigungsprozesses. Immerhin wurde das Thema von den Studierenden selber angesprochen, und zwar im Rahmen zweier offener Fragen, die ganz generell zur Angabe positiver und negativer Gegenwartseindrücke aufforderten. Aber auch diese Hinweise blieben dürftig: Obwohl die Medien davon überquollen, wurde die anstehende Vereinigung bzw. das Verhältnis der beiden deutschen Staaten nur in 5% (West) bzw. 6% (Ost) der Spontankommentare gestreift. Mehr noch: im Westen fielen nicht weniger als 6 von 10, im Osten gar 9 von 10 dieser Äußerungen negativ aus. Das für viele bedeutsamste Ereignis in der deutschen Nachkriegsgeschichte wurde also von der studentischen Jugend diesseits und jenseits der Elbe äußerst distanziert wahrgenommen.

Ursachen der Verdrängung

Auch wenn diese Haltung angesichts der deutschen Vergangenheit wie der allmählich erkennbaren Vereinigungsfolgen nicht unberechtigt gewesen sein mag, bedarf sie doch der Erklärung. Hierbei erweist sich eine weitere offene Frage der 90er Erhebung als hilfreich. Die westdeutschen Studierenden waren gebeten worden, spontan drei sie besonders interessierende Ereignisse aus der 40jährigen Geschichte der Bundesrepublik zu nennnen. Unter den über 1000 Antwortnotierungen spielten die Ereignisse vom Herbst 1989 einschließlich der daraus resultierenden Wiedervereinigungsperspektive mit nur 7% aller Nennungen eine drittrangige Rolle. Wesentlich stärker konzentrierte sich das studentische Geschichtsinteresse auf die unmittelbare Nachkriegszeit mit den Schwerpunkten Vergangenheitsbewälti-

gung und Aufbau der Demokratie (14%) sowie in noch höherem Maße auf das Schicksal der Basisbewegungen in den letzten zwei Jahrzehnten (27%), von denen wiederum die Studentenbewegung mit 16% aller Notierungen das insgesamt dominierende Einzelthema darstellte.

Das läßt den Schluß zu, daß es so etwas wie eine eigenständiges studentisches Geschichtsbewußtsein gibt, welches sich trotz des schnellen Wechsels studentischer Generationen immer noch zentral auf die in der Regel als "Revolte" klassifizierten Aktionen der "68er" gründet. Das mag damit zusammenhängen, daß in der Studentenbewegung erstmals eine fundamentale Abrechnung mit der politischen Vätergeneration, ihrer Verstrickung in den Nationalsozialismus, ihrem autoritärem Politikverständnis stattfand. Dabei wurde wie in keinem anderen europäischen Land mit jedem Ansatz von nationalem (Groß-) Machtdenken gebrochen. Diese aufgeklärte Grundhaltung hat sich, durch die Friedensbewegung verstärkt, offenkundig bis heute tradiert und im Moment der Vereinigung massive Ängste vor einer Renaissance des Nationalen ausgelöst, zumal der Vereinigungsprozeß in der Tat primär von Politikern aus der Vätergeneration der "68er" vorangetrieben wurde. Was auf der anderen Seite die nicht geringere Abwehrreaktion der ostdeutschen Studentenschaft betrifft, so kann auch hier "STUDENT 90" im Verein mit seinen DDR-spezifischen Vorgängerstudien zur Erhellung der Situation beitragen. Die Daten des Zentralinstituts für Jugendforschung belegen einen trotz politischer Selektion zunehmend beschleunigten Loslösungsprozeß der ostdeutschen akademischen Jugend von der "führenden Partei" etwa seit Mitte der 80er Jahre. Auslöser hierfür war allerdings keine irgendwie geartete Abrechnung mit der Vergangenheit, sondern die Perestroika Gorbatschows.

So äußerten in "STUDENT 89" nicht weniger als 95% der Befragten ausdrückliche Sympathien für den sowjetischen Reformer, über die Hälfte sah darüberhinaus in einer stärkeren Anlehnung der DDR an den sowjetischen Kurs ein erfolgversprechendes Konzept für deren Weiterentwicklung. Dieses Reformengagement verstärkte sich mit den frühen Leipziger Demonstrationen und läßt sich in den politischen Indikatoren von "STUDENT 90" entgegen den einschlägigen Passivitätsvorwürfen eindeutig nachweisen. Allerdings war diese Engagement eng mit dem Ziel einer eigenständigen demokratischen Perspektive für die DDR bei Wahrung wesentlicher sozialer Errungenschaften verbunden.

Die ostdeutschen Studierenden mußten - wie die gesamte Reformintelligenz der DDR - im Verlauf des Umbruchs erfahren, daß ihr mit den materiellen Verlockungen der Vereinigung die Realisierung ihrer (ersten selbständigen) Gesellschaftsutopie aus der Hand genommen wurde. Auch im Osten bedrohte also die heraufziehende Einheit in einem wesentlichen Punkt die eigenständige politische Identität der Studierendengeneration und stieß daher auf Ablehnung. Die aus heutiger Sicht entscheidende Frage ist nun allerdings, ob es sich hierbei hüben wie drüben nur um eine temporäre Schockreaktion oder aber um den Anfang einer dauerhaften Verweigerung des akademischen Nachwuchses gegenüber dem neuen Deutschland handelt.

Mit der Einigung versöhnt?

Eine Reihe ebenso aufschlußreicher wie widersprüchlicher Hinweise zur Klärung dieser Frage liefert "STUDENT 92", die im Frühjahr 1992 unter Beteiligung von 1700 westdeutschen und 1100 ostdeutschen Studierenden durchgeführte jüngste Erhebung in der "STUDENT"-Tradition. Sie vermittelt auf den ersten Blick den Eindruck, als sei der studentische Vereinigungsschock weitgehend überwunden. Nach den im Vereinigungsprozeß erfahrenen persönlichen Vor- und Nachteilen befragt, ziehen nicht weniger als 56% der ostdeutschen Studierenden ein positives und nur 14% ein negatives Resümee. In den alten Bundesländern fällt die entsprechende Einschätzung begreiflicherweise etwas zurückhaltender aus. Aber auch hier überwiegt mit 25% die Quote derjenigen, denen die Einheit mehr Vorteile gebracht hat, 23% behaupten das Gegenteil. Lediglich der mit 52% hohe Anteil an Unentschiedenen in dieser Frage erinnert noch an die anfängliche Verdrängungshaltung.

Fragt man nun im Detail nach, wo denn genau die deutsche Vereinigung Fortschritte gebracht hat, so wird hüben wie drüben die "persönliche Gestaltungs- und Bewegungsfreiheit" an erster Stelle genannt. 79% der ost- und 34% der westdeutschen Studierenden sehen auf diesem Gebiet starke Fortschritte. Wenn man aus anderen Befragungen um den hohen Stellenwert des individuellen Freiheitserlebnisses im Wertehorizont der jungen Generation weiß, dann sollten diese Zahlen Indiz genug für die Überwindung des Einheitsschocks unter der jungen Intelligenz sein.

An zweiter Stelle der Fortschrittsskala folgt die wirtschaftliche Situation, während im Mittelfeld die Bereiche Umwelt, Wissenschaft, Recht und Politik rangieren. Die zum Teil beträchtlichen Ost-West-Unterschiede in der quantifizierten Vereinigungsbilanz erscheinen dabei kaum verwunderlich: Schließlich sind die OstbürgerInnen viel stärker von den Folgen betroffen, ihr wesentlich positiveres Urteil ist demnach von besonderer Bedeutung

Mehr oder weniger negativ werden allerdings die Veränderungen im Bildungssystem (einschließlich Hochschulen) gewertet, sieht doch hier nur noch jeder dritte Ostdeutsche und jeder achte Westdeutsche positive Vereinigungsfolgen, während 30-40% (Ost) bzw. 60% (West) hiervon kaum etwas verspüren. Das Ende der Rangskala schließlich bilden die sozialen Verhältnisse: Nur 11% der ostdeutschen und 14% der westdeutschen Studierenden sehen hier Fortschritte, jeweils 64% verneinen dies.

Nationaler Identitätsschwund

Diese Zahlen relativieren den eben noch so positiven Gesamteindruck, berühren doch die bildungs- und sozialpolitischen Veränderungen den studentischen Lebenshorizont unmittelbarer als etwa die allgemeine Wirtschafts-, Umwelts- oder Rechtssituation. Die Zweifel an der prinzipiellen Akzeptanz der Vereinigung durch die akademische Judend werden verstärkt durch einen zweiten Fragenkomplex, der den DDR-typischen Verbundenheitsindikator aus "STUDENT 90" noch einmal aufnimmt. Unter der Titelzeile "Wie stark fühlen Sie sich mit dem folgenden verbunden? 1 (sehr stark)...6 (überhaupt nicht)" offerierte der Fragebogen u.a. die Items
- mit dem Bundesland, in dem ich wohne
- mit der früheren Bundesrepublik
- mit der früheren DDR
- mit dem vereinten Deutschland.

Das Ergebnis zeigt, daß bestenfalls die Region, nicht aber die Nation unter der jungen Intelligenz heutzutage noch Identitätsgefühle provozieren kann. So bekennen sich 51% der ostdeutschen JungbürgerInnen zu ihrem heimischen Bundesland, nur 19% verneinen eine innere Beziehung dazu. Die Rekonstituierung der alten Ländereinheiten hat also auch bei einer Generation, die während ihres Lebens nur die Einteilung der DDR in Bezirke kannte, gegriffen. In den alten Bundesländern liegen demgegeüber die Verhältnisse fast umgekehrt. Nur 23% der Befragten bejahen eine gewisse regionale Verbundenheit, 41% verneinen sie. Gleichwohl ist damit auch hier der Höchststand an positi-

ver Itemladung erreicht. Alle anderen Identifikationsangebote stoßen auf noch stärkere Abwehr.

Mit dem jeweils anderen deutschen Staat aus der Zeit vor der Vereinigung fühlen sich nurmehr 5% der Befragten verbunden, etwa zwei Drittel dagegen ausdrücklich nicht. 1990 lagen die wechselseitigen Akzeptanzquoten noch doppelt so hoch, die Ablehnung um 15-25% niedriger. Die Vereinigung hat also nicht nur kein gemeinsames Geschichtsbewußtsein geschaffen, sondern den Betroffenen den jeweils anderen Vorläufer des heutigen Deutschlands sogar noch mehr entfremdet. Sofern die Einheitlichkeit der Nation überhaupt akzeptiert wird, dann giltdas bestenfalls für die Zeit nach dem Oktober 1990.

Weit besser stellt sich das Verhältnis zum jeweils noch selbst erlebten Teilstaat dar. Westdeutsche Studierende fühlen sich mit der früheren Bundesrepublik noch zu 21% verbunden, zu 31% nicht. Für Ostdeutschland lauten die entsprechenden DDR-bezogenen Zahlen 34% ja, 23% nein - die DDR ist also keineswegs aus den Köpfen ausradiert. Dennoch ist hier wie dort ein drastischer Identifikationsverlust zu protokollieren, denn Anfang 1990 fühlten sich noch 60% der DDR- und 41% der BRD-Studierenden eng mit ihren Gesellschaften verbunden. Ist diese Akzeptanzhalbierung auf beiden Seiten eine nachträgliche Folge der erwähnten Vereinigungsverdrängung, haben wir darin womöglich einen generellen Verlust an Geschichtsbewußtsein zu sehen? Oder spiegelt sich in diesem Befund gar ein zunehmendes Unverständnis für so etwas wie nationale Identität überhaupt?

Ohne diese Frage auf der Basis von "STUDENT 92" entscheiden zu können, sprechen die ausstehenden Zahlen doch für Letzteres. Denn das "vereinigte Deutschland" ist nicht etwa in die so entstandene Identifikationslücke getreten, sondern vermag mit gleichermaßen knapp 20% Zustimmung und gut 40% Ablehnung noch weniger "Verbundenheit" zu induzieren als die früheren Teilstaaten. Der Prozeß der Vereinigung hat zumindest innerhalb der studentischen Jugend die ohnehin schwach ausgeprägte Identität nicht nur nicht gestärkt, sondern dramatisch vermindert.

Akzeptanz auf dünnem Eis

Wo die tieferen Ursachen hierfür zu suchen sind und welche kollektiven Ängste dahinter stehen, darüber gibt die bereits aus "STUDENT 90" bekannte Doppelfrage: "Was gefällt Ihnen zur Zeit in der Bundesrepublik? Und was gefällt Ihnen zur Zeit nicht?" Auskunft. Wie schon vor zwei Jahren spielen in den entsprechenden Antworten deutschlandpolitische Assoziationen generell eine untergeordnete Rolle. In lediglich 6% der Spontannotierungen wird auf die Vereinigung Deutschlands, den neuen nationalen Status oder das innerdeutsche Ost-West_Verhältnis direkt Bezug genommen. Hüben wie drüben neigen Studierende also bei aller oberflächlichen Akzeptanz der Wiedervereingung nach wie vor in hohem Maße zu deren Verdrängung.

Unterzieht man die insgesamt gut 600 Einheitskommentare einer genaueren Analyse, so fällt auf, daß positive Wertungen lediglich auf der abstrakten Ebene der bloßen Benennung des Themas vorherrschen. Darüberhinaus erscheint die Vereingung jedoch in einem ganz anderen Licht. So finden sich von den 405 westdeutschen Notierungen zur Deutschlandpolitik nur 151 im positiven Fragefeld, 254 dagegen im negativen. In den neuen Bundesländern fällt diese Relation sogar noch krasser aus: Nur 25 wohlwollenden Einheitsassoziationen stehen 209 kritische entgegen. Obwohl also die geschlossene Frage nach den Vor- und Nachteilen speziell von den ostdeutschen Studierenden mehrheitlich positiv beschieden wurde, provoziert die ungezielte Spontanfrage bei ihnen fast ausschließlich negative Assoziationen.

Das verstärkt den Verdacht, daß unter der dünnen Oberfläche einer Akzeptanz des Faktischen nach wie vor tiefgreifende Vorbehalte wurzeln. Ein charakteristisches Beispiel hierfür stellen die in der offenen Frage artikulierten Perspektiven der Einheit dar, zu denen sich 12% der west- und 20% der ostdeutschen Kommentare äußern. Knapp dreimal so häufig wie mit hoffnungsvollen Aussichten werden sie auf beiden Seiten mit ungelösten Problemen in Verbindung gebracht. Diese beziehen sich außer auf den Vereinigungsprozeß, seine Hektik, Kosten, Mißtöne und wahltaktische Funktionalisierung ("Einheitslüge") vorrangig auf die Art des DDR-Anschlusses. West- wie ostdeutsche Studierende sprechen in diesem Zusammenhang von Anpassung, Einverleibung, Annexion, Gleichschaltung, Überrollen, Aufkauf, Ausverkauf, Zerstörung oder Kolonisierung, wobei die drastischeren Vokabeln eher auf ostdeutscher Seite zu finden sind.

Wird also die Art der Vereingung aus westlicher wie östlicher Sicht ganz ähnlich kritisiert - Gegenstimmen hierzu, die den Einigungsprozeß als gelungen bezeichnen, finden sich nicht -, macht die damit verbundene Aufwertung des nationalen Aspekts vor allem den Westdeutschen zu schaffen. Mit 27% aller Assoziationen nimmt dieses Thema hier einen Spitzenplatz ein. Und auch seine extrem negative Besetzung mit Vokabeln wie "Deutschtümelei", "Großdeutschland", "Großmachtstreben" oder "Größenwahn" belegt, daß studentische Vorbehalte gegen jedweden Nationalismus durch das Einigungsgeschehen nicht entkräftet, sondern aktualisiert worden sind.

Ost-West-Trauma

Wenn derlei Ängste innerhalb der ostdeutschen Studentenschaft mit einem Assoziationsanteil von 11% nur eine drittrangige Rolle spielen, so ist das vermutlich auf die DDR-spezifische Aufarbeitung des "Dritten Reiches" zurückzuführen: Was man westlich der Elbe im Prozeß moralischer Selbstfindung der eigenen Vätergeneration zur Last gelegt hat, wurde östlich davon lediglich unverbindlich auf den Klassenfeind geschoben.

Umso beklemmender erleben die Ost-Studierenden die Gegenwart. Begann im Westen mit der 68er "Studentenrevolte" zugleich Aufarbeitung und Befreiung vom nationalsozialistischen Trauma, so legt die Wucht aktueller Ost-West-Assoziationen in den ostdeutschen Fragebögen den Gedanken nahe, daß hier soeben ein neues nationales Trauma entsteht. Nicht weniger als 63% aller dortigen Einheitsassoziationen sind den Ost-West-Unterschieden gewidmet, während dieser Anteil auf westdeutscher Seite nur bei 21% liegt. Darüber hinaus haben die Ost-Assoziationen zu 98% negativen Charakter, im Westen nur zu 64%. Das läuft insgesamt darauf hinaus, daß trotz einer generellen Verdrängungshaltung fast jede 10. ostdeutsche Notierung im Antwortfeld "Und was gefällt Ihnen nicht?" auf die Unausgewogenheit des Vereinigungsprozesses verweist.

Dabei ist "Unausgewogenheit" ein eher vorsichtiger Ausdruck: Nur ein Siebtel der betreffenden Kommenatre benutzt ähnlich neutrale Begriffe. Weit häufiger ist von Ungleichheit und Ungerechtigkeit die Rdede, von Benachteiligung unter Vernachlässigung des Ostens bei gleichzeitiger Übermacht und Hegemonie des Westens. Die

"Wessis" erscheinen überheblich, herablassend, anmaßend, arrogant und bevormundend, ohne Empfinden für die ostdeutsche Gegenwartsmisere und erst recht ohne Kompetenz zur Beurteilung der DDR-Vergangenheit. Ihr Erscheinungsbild gleicht eher dem von Siegern, Besatzern oder Kolonisatoren, die auf die Übernahme von Spitzenpositionen und Entscheidungsgewalt aus sind. Die "Ossis" dagegen fühlen sich tendenziell diskriminiert, vorverurteilt oder pauschal schuldig gesprochen, ihre Leistungen und Abschlüsse finden keine Anerkennung, ihnen werden niedrigere Löhne und Bafög-Sätze bei höheren Preisen und Arbeitslosenquoten zugemutet. Kurz: Sie empfinden sich als Bürger zweiter Klasse, mit denen die Wessis machen, was sie wollen.

Diese - gelegentlich nicht von Selbstmitleid freien - Klagen müssen in ihrer Dichte und Intensität zu denken geben. Worin auch immer ihre Ursachen liegen, ob in einem tatsächlich arrogant-annektiererischen Auftreten der Westdeutschen und/ oder einer überkommenen Klagepassivität der Ostdeutschen - hier wächst ein kollektives Minderwertigkeitstrauma heran, dessen sozialpsychologische Sprengkraft nicht zu unterschätzen ist.

Immerhin stoßen die zitierten Deklassierungsängste bei den westdeutschen Kommilitoninnen und Kommilitonen zumindest teilweise auf Verständnis. Die sozialen Ungleichgewichte, Spannungen und Konflikte zwischen Ost und West bis hin zur "inneren Teilung "bzw. "Zwei-Klassen-Gesellschaft" werden durchaus gesehen und auf die Überheblichkeit, Arroganz und Eroberermentalität der Westdeutschen einerseits und deren mangelhafte Solidarität und Opferbereitschaft andererseits zurückgeführt. Aber auch von wechselseitigem Unverständnis und unzureichendem Aufeinanderzugehen ist die Rede. Eine Minderheit negativer West-Assoziationen spricht sogar von übertriebenen Aufmerksamkeitsbegehren, Sozialneid und einer Alles-auf-einmal-Mentalität der Ostdeutschen.

Kein gesamtdeutsches Bewußtsein

So sehr die Ost-West-Konfrontation das Bild der Vereinigung im Osten und teilweise auch im Westen bestimmt, so wenig interessiert man sich beiderseits für den jeweils anderen Teil Deutschlands. Nur wenige Assoziationen gehen allein auf das Geschehen in der jeweils anderen Hälfte der Republik ein, über 50% davon mit negativem Akzent. Lediglich den Westdeutschen ist in diesem Zusammenhang nennenswert positives eingefallen: abgesehen von interessierten Einzelbeobachtungen der ostdeutschen Entwicklung reizen vor allem die offenen Grenzen gen Osten, die damit verbundene Freizügigkeit und die neu zu erkundenden Landschaften die studentische Unternehmungslust.

Auch die negativen Äußerungen über die andere Seite entstammen vorwiegend den westdeutschen Fragebögen. Das Stasi-Unwesen wird genauso kommentiert wie das ostdeutsche Finanz- und Industriedebakel, soziale Spannungen ebenso wie die katastrophale Umweltbelastung. Alles in allem nimmt das Thema Ostdeutschland mit 19% aller spontanen deutschlandpolitischen Notierungen noch einen respektablen Mittelplatz ein.

Ganz anders im Osten: Nicht nur die vor Jahren noch ersehnte Reise in den Westen, auch der Westen als Ganzes ist restlos aus dem studentischen Bewußtsein ausgeblendet. Nur 3% aller deutschlandpolitischen Notierungen, das sind weniger als 2 Promille aller Assoziationen zur bundesdeutschen Gegenwart, beschäftigen sich mit dem Westen, und das auch nur mit dem westdeutschen Lohnniveau (positiv) und den "Besserwessis" (negativ).

Einheit, so muß man hieraus wohl schließen, ist aus ostdeutscher Sicht keineswegs gleichbedeutend mit dem Aufbau einer neuen, gesamtdeutschen Gegenwart, sondern lediglich das Überrollen der gerade erst gewonnenen eigenständigen Identität durch eine fremde Macht. Der Blick bleibt weiterhin starr auf das bisherige Terrotorium fixiert. Die Idde eines einheitlichen Deutschlands, und das gilt in ähnlicher Weise auch für den westdeutschen akademischen Nachwuchs, ist auch nicht ansatzweise, weder in der Geschichte noch in der Gegenwart akzeptiert.

Rainer Brämer
(Der Autor ist Physiker und Soziologe an der Philipps-Universität Marburg)

(aus: Forum Wissenschaftt 1/93)

Ilmenau: Immer weniger Frauen in Technikdisziplinen

Die Gleichstellung von Frau und Mann ist im Grundgesetz verankert. Doch Papier ist geduldig, und die Wirklichkeit schreibt ihre eigene Version:

Mit 6,7% weiblichen Studierenden im Jahre 1991 bewegt sich die TU Ilmenau mittlerweile auf dem Stand der alten Bundesländer, wo er im übrigen seit Jahren unverändert ist. (1992 ist der Anteil weiblicher Studierender an der TU zwar auf 12% angestiegen, doch ist dies fast ausschließlich dem Zulauf in den Wirtschaftswissenschaften zu verdanken.) Die 9,8% Frauenanteil im akademischen Mittelbau lassen darauf schließen, daß der Anteil der Studentinnen an der THI vor wenigen Jahren zumindest bei 10% gelegen hat. Bei der Besetzung der Professuren setzt sich die traurige Bilanz fort: Unter den bald ca. 60 Übergeleiteten sind voraussichtlich nur 4 Frauen zu finden. Und im Bereich Verwaltung und Technik sind bei 53% Frauenanteil leitende Positionen zu ganzen 7% weiblich besetzt.

In ihrem Bericht vor dem Senat am 2.3.93 (vielleicht nicht ganz zufällig unmittelbar vor dem Internationalen Frauentag) nennt die Gleichstellungsbeauftragte der TU Ilmenau, Frau Dr. Gabriele Schade, die Gründe für die betroffen machende Statistik:

Für den weiteren Rückgang des Frauenanteils in technikwissenschaftlichen Fachbereichen sei in erster Linie das Rollenverständnis in der Gesellschaft und damit verbunden das vorherrschende typisch "männliche Bewußtsein" verantwortlich. Das zeige sich zum einen daran, daß alte Vorurteile gegen Frauen in Technikberufen nach wie vor stark ausgeprägt sind, Frauen allerdings diese Fachrichtungen auch nicht gerade "überschwemmen". Zum anderen neigen Studentinnen und Wissenschaftlerinnen in Technikdisziplinen mehr zu ganzheitlicher Denkweise, wünschen sich interdisziplinäre Studieninhalte mit Betonung ökologischer und sozialer Komponenten. Untersuchungen ergaben auch, daß ihre männlichen Kollegen Technikwissenschaft eher prozeßhaft betreiben. Hinzu komme, daß die Kindererziehung gewöhnlich fast ausschließlich den Frauen übertragen, Frauen der Wiedereinstieg in den Beruf damit oft schwer gemacht werde. Dies führe dazu, daß Frauen mit familiären Verpflichtungen in der Regel mehr Zeit für ihre brufliche Karriere benötigen als Männer. Die Anzahl von Publikationen von Wissenschaftlerinnen liege häufig unter denen der Männer, Frauen sind meist älter als ihre männlichen Kollegen, ehe sie dazu kommen, z.B. zu habilitieren.

Aufgrund dieser offensichtlichen Konfliktsituation und Benachteiligung müsse Gleichstellung von Frauen bedeuten, daß Frauen gefördert werden, betonte Frau Dr. Schade. Die Aktivitäten der Gleichstellungsbeauftragten in gemeinsamer Arbeit mit dem Gleichstellungsrat dafür reichten u.a. von der Herausgabe von Richtlinien zur Förderung von Frauen an der TU, über das Engagement für den Erhalt der Kindereinrichtung, die Mitwirkung an den Berufungsverfahren, Ringvorlesungen zu Themen der Frauenforschung im studium generale bis hin zu vielfältigen anderen frauenspezifischen und -fördernden Veranstaltungen. Doch all dies bleibe ein ewiges Schwimmen gegen den Strom, so die Gleichstellungsbeauftragte, gelinge es nicht, neue Wertesysteme und eine neue Arbeitsteilung im familiären und beruflichen Alltag zu schaffen. Hierzu gehöre auch die Umverteilung von Mitteln, insbesondere zugunsten der Finanzierung von frauenfördernden Programmen und Kinderbetreuungseinrichtungen. Speziell an der TU Ilmenau laufen die ABM-Stellen in der Kinderkrippe am 30.6.93 aus, und die Frage nach der Fortführung dieser Einrichtung steht erneut auf der Tagesordnung. Ebenfalls müsse die Frauenforschung zum festen Bestandteil des Ausbildungsspektrums an der TU etabliert werden - und zwar in dem Sinne, daß nicht über, sondern für Frauen (und Männer!) geforscht werde. Notwendig sei auch, Mädchen die Technik näherzubringen, Berührungsängste abzubauen und damit ihr Interesse an einer ingenieurwissenschaftlichen Ausbildung zu wecken. Dafür Varianten zu finden, sei eine wichtige Aufgabe der Gleichstellungs"politik" der TU Ilmenau.

(aus: Ilmenauer Uni-Nachrichten, Zeitung der Technischen Universität Ilmenau 4/93)

Zentren für die Geisteswissenschaft

Der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (MPG), Hans F. Zacher, hat vor wenigen Tagen dem Wissenschaftsrat die Empfehlungen zur Einrichtung geisteswissenschaftlicher Forschungszentren zugeleitet, die eine von ihm einberufene Kommission ausgearbeitet hat. Damit ist der Auftrag im wesentlichen erfüllt, der der MPG im Juli 1991 auf Empfehlung des Wissenschaftsrates übertragen worden war. Damals hatte der Wissenschaftsrat vorgeschlagen, die MPG solle sieben geisteswissenschaftliche Forschungszentren gründen und während einer dreijährigen Übergangsphase betreuen, um einigen als besonders gut beurteilten Forschungsgruppen der vormaligen Akademie der Wissenschaften der DDR weiterhin Arbeitsmöglichkeiten zu bieten. Außerdem bat der Wissenschaftsrat die MPG, bis spätestens Mitte 1994 einen Perspektivplan zur Ausgestaltung der Schwerpunkte (Zentren) vorzulegen.

Die Einrichtung der Forschungsschwerpunkte für zeithistorische Studien, für Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie, für die Erforschung der europäischen Aufklärung, für die Erforschung des modernen Orients, für allgemeine Sprachwissenschaft, Sprachtypologie und sprachliche Universalienforschung, für Literaturwissenschaft sowie für Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas erfolgte zum 1. Januar 1992, nachdem zuvor die MPG-Tochter "Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH" als Trägerorganisation gegründet worden war

Die vom Präsidenten der MPG berufene Kommission ("Präsidentenkommission") wirkte zunächst an der Auswahl der Wissenschaftler für die eingerichteten Forschungsschwerpunkte mit und befaßte sich dann vom März 1992 an mit der konzeptionellen Planung der Forschungszentren. Das Ergebnis der Beratungen - bei denen von Anfang an eine wesentliche Rolle spielte, daß der Wissenschaftsrat geisteswissenschaftliche Forschungszentren auch als ein innovatives Instrument zum Abbau bestehender Defizite der institutionalisierten geisteswissenschaftlichen Forschung in den alten Ländern der Bundesrepublik Deutschland betrachtete - wurde Ende Mai 1993 in Form von Empfehlungen dem Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft vorgelegt und im Juni vom Senat der MPG zur Kenntnis genommen. Ein Jahr vor Ablauf der vorgegebenen Frist - die Kommission beeilte sich, um die betroffenen Wissenschaftler nicht über Gebühr lange im Ungewissen über die künftige Entwicklung zu lassen - liegen die Empfehlungen jetzt beim Wissenschaftsrat, der nun seinerseits das Konzept in einer eigens dafür gebildeten Kommission beraten wird; sie tritt Mitte Oktober zum ersten Mal zusammen.

Da zur Zeit sowohl in den Wissenschaftsorganisationen der Bundesrepublik als auch in der Öffentlichkeit eine kontroverse Debatte über geisteswissenschaftliche Forschungszentren geführt wird, entschloß sich die MPG-Kommission unter Vorsitz von Prof. Franz Emanuel Weinert, Vizepräsident der Max-Planck-Gesellschaft und Direktor am Münchner Max-Planck-Institut für psychologische Forschung, zwei Alternativempfehlungen auszuarbeiten:

- Gründung von geisteswissenschaftlichen Forschungskollegs als Einrichtungen eines überregional organisierten Fördervereins

- Gründung geisteswissenschaftlicher Forschungszentren als Institute an Universitäten (An-Institute) oder als Institute mehrerer Universitäten (Inter-Institute).

Beide Modelle werden in den Empfehlungen ausführlich dargestellt und diskutiert. Zusammengefaßt wird folgendes vorgeschlagen:

Erster Vorschlag:

Im ersten Vorschlag empfiehlt die Kommission einen zweistufigen Aufbau: Zunächst Gründung eines Vereins zur Förderung geisteswissenschaftlicher Zentren oder Forschungskollegs, anschließend Errichtung der einzelnen Kollegs. Das wichtigste Organ des Fördervereins soll ein Kuratorium werden, dem je ein Wissenschaftler der Partneruniversität des Kollegs, der Hochschulrektorenkonferenz und der wissenschaftlichen Akademien der Sitzländer angehört, dazu je drei von der Deutschen Forschungsgemeinschaft und von der Max-Planck-Gesellschaft benannte Wissenschaftler sowie je ein Vetreter des Bundesministeriums für Forschung und Technologie und jener Sitzländer, in denen schon Kollegs existieren. Außerdem soll das Kuratorium mindestens sechs herausragende nationale und ausländische Vertreter der Geisteswissenschaften und des kulturellen Lebens kooptieren. Die geschäftsführenden Direktoren des Kollegs gehören dem Kuratorium als ständige Gäste an.

Aufgabe des Kuratoriums soll es ein, Gründungen, Veränderungen und Schließungen von Kollegs sowie - in Verbindung mit der jeweiligen Partneruniversität - Berufungen und Abberufungen der wissenschaftlichen Leiter der Kollegs zu beschließen. Ferner legt das Kuratorium die Grundsätze für die Forschungspolitik fest. Die Finanzierung des Vereins sollte nach den Empfehlungen gemeinsam durch Bund und Länder im Verhältnis 50 : 50 erfolgen.

Ein Drittel des jährlichen Budgets müßte für Grundausstattung, Infrastruktur und Sachaufgaben der Kollegs zur Verfügung gestellt werden, während zwei Drittel in einen gemeinsamen Forschungspool wandern, aus dem die Wissenschaftler kompetitiv Forschungsmittel einwerben können (die Vergabe der Mittel soll durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft erfolgen).

Die einzelnen Forschungskollegs, die vom Förderverein unterhalten werden, sind in diesem Modell zwar rechtlich unselbständig, genießen aber volle Selbständigkeit bei der Planung und Durchführung ihrer Forschungsprogramme. Jedes Kolleg soll nur über eine kleine Anzahl unbefristet zu besetzender Wissenschaftlerstellen verfügen, der größere Teil der Stellen wird in- und ausländischen Gastforschern befristet zur Verfügung gestellt. Ein Wissenschaftlicher Beitrag berät die Kollegs, beurteilt in regelmäßigen Abständen deren Arbeit und legt dem Kuratorium darüber Berichte vor.

Die von der MPG-Tochter "Förderungsgesellschaft Wissenschaftlicher Neuvorhaben mbH" eingerichteten und betreuten geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte sollten nach Ansicht der Kommission für den schrittweisen Aufbau geisteswiisenschaftlicher Kollegs genutzt werden.

Für die Ausstattung der geisteswissenschaftlichen Forschungskollegs sind nach Angaben der MPG-Kommission voraussichtlich einmalige Ausgaben in Höhe von 36 Mio. DM, verteilt auf die Jahre 1995 bis 1997, erforderlich - eine Summe, in der schon die Ausgaben für die Einrichtung von Gästehäusern für die einzelnen Forschungskollegs (21 Mio. DM) enthalten sind. Der jährliche Mittelbedarf der Forschungskollegs mit insgesamt 175 Wissenschaftlerstellen sowie 75 Stellen für nichtwissenschaftliches und Verwaltungspersonal wird auf 42 Mio. DM geschätzt.

Zweiter Vorschlag:

In der Alternativempfehlung wird vorgeschlagen, geisteswissenschaftliche Zentren als Institute an einer Universität ("An-Institut") oder an mehreren Universitäten ("Inter-Institut") zu gründen, wobei - wenn immer es möglich ist - der Gründung interuniversitärer Zentren der Vorzug gegeben werden sollte. Die Einrichtung dieser geisteswissenschaftlichen Forschungszentren sollte im Rahmen eines von Bund und Ländern gemeinsam finanzierten Förderprogrammes erfolgen.

Vorgeschlagen wird - je nach gewähltem Modell - eine Finanzierung von Bund und Ländern im Verhältnis 50 : 50 oder - sofern das jeweilige Sitzland die Grundausstattung übernimmt - von Bund und Sitzland im Verhältnis 75 : 25. Über die Rechtsform der Forschungszentren soll später entschieden werden - auch verschiedene Rechtsformen sind in Abhängigkeit von den jeweiligen Landesgesetzen und Universitätswünschen denkbar, vorausgesetzt natürlich, das Zentrum ist mit mindestens einer Universität institutionell verbunden und die notwendige Selbständigkeit der wissenschaftlichen Arbeit sowie die erforderliche finanzielle Ausstattung sind gewährleistet.

Die Berufung des Direktors (oder der Direktoren) eines Zentrums soll im Einvernehmen zwischen der Universität und dem Zentrum erfolgen; mindestens einer der Direktoren muß zugleich Professor der jeweiligen Universität sein. Zwei Drittel der Stellen für das wissenschaftliche Personal der Zentren sollen für Gastwissenschaftler vorgesehen werden. Die Mittel dafür werden auf Antrag interessierter in- und ausländischer Wissenschaftler durch die zuständigen Gremien der Deutschen Forschungsgemeinschaft vergeben. Ein Wissenschaftlicher Beirat berät die Zentren in allen Forschungsfragen; ob ein Zentrum weitere Organe (z.B. Kuratorium) erhält, hängt von der gewählten Rechtsform ab.

Für besonders wichtig erachtet die MPG-Kommission, daß von Anfang an mindestens acht Forschungszentren errichtet werden - neben den von der MPG-Tochter "Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH" betreuten Schwerpunkten (der Senat der Max-Planck-Gesellschaft hat im März 1993 die Gründung eines Max-Planck-Institutes für Wissenschaftsgeschichte beschlossen; über die Gründung eines Max-Planck-Institutes zur Erforschung der europäischen Aufklärung sind die Beratungen noch nicht abgeschlossen) also noch mindestens zwei bis drei Zentren. Auf diese Weise soll von vornherein deutlich gemacht werden, daß die geisteswissenschaftlichen Forschungszentren nicht nur Arbeitsmöglichkeiten für Wissenschaftler der ehemaligen Akademie der Wissenschaften bieten sollen, sondern ein innovatives Programm zur Förderung der Geisteswissenschaften in der Bundesrepublik Deutschland darstellen.

Für die acht Zentren muß mit einem jährlichen Mittelbedarf von etwa 45 Mio. DM gerechnet werden, zu dem ein einmaliger Betrag von 24 Mio. DM für die unbedingt erforderlichen Gästehäuser sowie für bauliche Maßnahmen zur Unterbringung der Zentren kommt.

Die Empfehlungen der MPG-Kommission enden mit dem Wunsch, daß nach Prüfung der Vorschläge durch den Wissenschaftsrat zügig die notwendigen Verhandlungen aufgenommen werden, um möglichst bald zu einem Abkommen über die Errichtung geisteswissenschaftlicher Forschungszentren zu kommen.

***Michael Globig** (München)*

Bundesbericht Forschung 1993 erschienen

Mit dem Bundesbericht Forschung (BuFo) legt die Bundesregierung eine Bestandsaufnahme der Forschung in Deutschland vor. Sie setzt damit ihre periodische Forschungsberichterstattung fort (BuFo alle 4 Jahr, dazwischen wird der sogenannte Faktenbericht vorgelegt). Schwerpunkte der Forschungsförderung der Bundesregierung werden im BuFo umfassend beschrieben. Der Bundesbericht Forschung dokumentiert damit den Willen der Bundesregierung, Forschung und technologische Entwicklung als langfristige Investition in die Zukunft Deitschlands mit hoher Priorität zu fördern. Der Bundesbericht Forschung hebt die folgenden Aussagen hervor:

Notwendige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte: Die Bundesregierung hat in Zeiten schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen Spielräume für die Forschung genutzt

Die Finanzierung der Forschung in Deutschland zu Beginn der 90er Jahre ist durch die folgenden Entwicklungslinien gekennzeichnet:

Das **Gesamtbudget für Forschung und Entwicklung (FuE) in Deutschland** betrug 1992 insgesamt 80,7 Mrd DM. Mit diesen Ausgaben ging der Anteil für im Inland durchgeführte FuE am Bruttosozialprodukt (BIP) in Deutschland auf 2,58% (1989: 2,87%; 1991: 2,66%) deutlich zurück. Im Gegen-

satz zu früheren Jahren lag der Zuwachs der FuE-Aufwendungen der Wirtschaft seit 1989 unterhalb der Zuwächse des BIP, während Bund und Länder diesen Anstieg im Zeitraum von 1989 bis 1992 knapp erreichten. Deutschland gehört weiterhin im internationalen Vergleich zu den forschungsintensivsten Ländern der Welt. Es fällt aber bei seinen FuE-Ausgaben gegenüber Japan (1991: 3,04%) und den USA (1991: 2,78%) zurück. Der Vorsprung vor anderen Ländern schrumpft.

Bei der **strukturellen Entwicklung der Finanzierung von Forschung und Entwicklung** hat sich seit 1989 eine Trendwende vollzogen: Die 80er Jahre waren durch einen steigenden Anteil der Wirtschaft an der Finanzierung der nationalen Forschungsausgaben in Deutschland (von 55,4% im Jahr 1981 auf 62,3% im Jahr 1989) gekennzeichnet. Von 1989 bis 1992 ist der Anteil privatwirtschaftlicher Forschung auf 58,9% deutlich gesunken. Ein wesentlicher Grund für diese Entwicklung liegt in der nachlassenden Dynamik der FuE-Aufwendungen der Wirtschaft in den alten Ländern. Die Wirtschaft in den alten Ländern hat bereits in den wirtschaftlichen Erfolgsjahren 1990, 1991 die hohen Wachstumsraten für Forschung und Entwicklung der 80er Jahre in den alten Ländern nicht fortgesetzt.

Die **Bundesregierung steigerte demgegenüber ihre FuE-Ausgaben 1992** gegenüber 1989 um 27,5% von 14,0 Mrd DM auf 17,8 Mrd DM. Sie hat damit den Anteil des Bundes am Forschungsbudget Deutschlands mit ca. 22% leicht ausgebaut. Die Länder haben ihren Anteil am Gesamtbudget in Deutschland auf 16% (alte und neue Länder) ausgeweitet (1989 alte Länder: 13,9%).

Herausforderung deutsche Einigung: Erfolgreicher Aufbau der außeruniversitären Forschung in den neuen Ländern; unbefriedigender Verlauf der Restrukturierung der Forschung in der Wirtschaft

Die herausragende strukturelle Veränderung der Forschung in Deutschland im Berichtszeitraum des BuFo ist die **Umgestaltung der Forschung in den neuen Ländern.**

Die Bundesregierung hat in ihrem Verantwortungsbereich die **Restrukturierung der außeruniversitären Forschung** mit hohem Engagement betrieben. Trotz aller Schwierigkeiten des Übergangs und noch bestehender Unzulänglichkeiten konnte hier ein erfolgreicher Umstrukturierungsprozeß durch die Forschungspolitik eingeleitet werden. In Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates haben Bund und neue Länder zum 1. Januar 1992 mehr als 100 neue außeruniversitäre Forschungs-einrichtungen gegründet und damit rund 12.500 Arbeitsplätze in der Forschung geschaffen. Hinzu kommen rund 3.000 forschungsnahe Stellen aus dem ABM-Bereich. Damit ist die personelle Kapazität der Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und Berlin-Ost vergleichbar der in den alten Ländern, einschließlich Berlin-West.

Die Lage der **Forschung in der Wirtschaft** des neuen Bundesgebiets ist dagegen nach wie vor unbefriedigend. Die Kapazität von ca. 86.000 Personen (Schätzung) in der Forschung der Wirtschaft der DDR Ende 1989 wurde bis Ende 1992 auf ca. 24.000 Personen abgebaut. Damit glang es bislang nicht, die Grundlagen zur Erzeugung eigenständiger innovativer Produkte der Unternehmen in den neuen Ländern im erforderlichen Umfang zu schaffen. BMFT und BMWi haben 1992 für Erhalt und Aufbau leistungsfähiger FuE-Kapazitäten rd. 600 Mio bereitsgestellt (Soll 1993: 700 Mio DM), um FuE in der Wirtschaft der neuen Länder zu unterstützen.

Aufgaben des Bundesverichts Forschung

Die Forschung und die technologische Wettbewerbsfähigkeit nehmen in den führenden Industrie- und Technologienationen, wie z.B. den USA und Japan, einen hohen Stellenwert ein. Aufgrund der zentralen Rolle der Innovationsdynamik für die Zukunft unseres Landes, brauchen wir auch in Deutschland eine breitere Diskussion über den richtigen Weg, die Effizienz der Forschung zuerhöhen. Mit dem Bundesbericht Forschung liegt eine Gesamtdarstellung der Forschung in Deutschland vor. Es sit zu wünschen, daß diese Grundlage vielfältig genutzt wird.

(BMFT-PI)

Der Bericht kann kostenlos angefordert werden beim BMFT, Pressereferat, 53 170 Bonn.

BERICHTIGUNG

In Heft 7/93 ist uns in dem Artikel von **Siegfried Kiel:** *Die Fachhochschulen sind da - neue Möglichkeiten, neue Probleme*, S. 51 ff., ein bedauerlicher und sinnentstellender Satzfehler unterlaufen. Auf S. 57, rechte Spalte oben steht: "... daß die Empfehlungen des Wissenschaftsrates ... ausgerechnet in diesem Punkt nicht angegriffen wurden." Richtig muß es dagegen heißen: "... nicht aufgegriffen wurden." Angemerkt sei auch, daß - im gleichen Satz - "sarkosankt" im Autoren-Manuskript natürlich "sakrosankt" hieß.

BITTE UM MITARBEIT

Der **Arbeitsbereich DDR-Geschichte des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialwissenschaften der Universität Mannheim** unternimmt derzeit eine **Umfrage** über den Stand der Erforschung der DDR-Geschichte. Auftraggeber ist die Enquète-Kommission des Deutschen Bundestages zur "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland". Die Ergebnisse sollen Anfang Dezember 1993 veröffentlicht werden.

Erwartet wird ein Kompendium, das die wissenschaftliche Kooperation in diesem zeitgeschichtlichen Forschungszweig erleichtern und Überschneidungen in der Forschungstätigkeit vermeiden helfen soll. Bisher hat der Arbeitsbereich alle universitären und außeruniversitären Einrichtungen um entsprechende Informationen über geplante, laufende oder unlängst abgeschlossene Vorhaben gebeten. Es sollen aber auch jene erreicht werden, die außerhalb wissenschaftlicher Institutionen an einschlägigen Projekten arbeiten. In diesem Zusammenhang wird um Mitarbeit gebeten. Ein zu diesem Zweck vorbereiteter Fragebogen kann über folgende Adresse bezogen werden:

Arbeitsbereich DDR-Geschichte am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialwissenschaften der Universität Mannheim, 68 131 Mannheim, Telefon 0621 / 292-85 92

DOKUMENTATION

Kadergespräche

Stellen wir uns vor, du bist Student im 4. Studienjahr, wir schreiben das Jahr 1987, und du mußt dich entscheiden, wohin du dich nach dem Studium für 3 Jahre vermitteln läßt. Deine Leistungen sind gut, und im Jugendklub hast du Freunde gefunden, mit denen du gern noch ein paar Jahre zusammen wärst.

Den Sozialismus findest du (entschuldige!) als Idee ganz gut, obwohl du andererseits oft das Gefühl hast, daß er seine eigenen Ideale verrät und ziemlich dogmatisch ist.

Im internationalen Hochschulferienkurs hast du zweimal als Betreuerstudent mitgemacht, und aufwühlende Wochen mit richtigen Ausländern erlebt. Da spürtest du plötzlich, daß du in einer Welt lebst, und nicht nur in diesem kleinen verletzbaren Land, das du vor ihnen (du wunderst dich selbst) oft in Schutz nahmst.

Du beschließt also, dich an der Hochschule zu bewerben, weißt aber, daß es da eine Hürde gibt: Man wird von dir verlangen, alle Kontakte zu deinen Verwandten im Westen abzubrechen. Das willst du nicht tun, denn (von der Sinnlosigkeit mal ganz abgesehen) findest du es auch politisch seltsam, wenn du einem alten Mann nicht mehr schreiben darfst, der als Fahnenflüchtiger im KZ gesessen hat.

Aus den folgenden Monaten sind folgende Gedächtnisprotokolle überliefert:

23.1.1987 Gespräch mit Dr. Ä. (Betreuer des Industriepraktikums) und Dr. N. (Forschungsgruppen-Leiter)

Dr. Ä.: Sie sind von der Bewerberliste gestrichen worden, da Sie die Unterschrift nicht geleistet haben, sämtliche Kontakte abzubrechen. Dies ist eine generelle Forderung der Kaderleitung, die nicht sektionsspezifisch ist. Sie hat nichts mit tatsächlicher VS-Notwendigkeit zu tun. Wenn Sie aber die Einverständniserklärung leisten, bestehen noch Aussichten für ihr Forschungsstudium.

Dr. N.: Sie wurden gestrichen, da Sie die Unterschrift nicht geleistet haben. Wenn ein Einverständnis von Ihnen vorliegt, läßt sich das Verfahren jederzeit wieder aufrollen. Der Wissenschaftsbereich ist auch weiter an Ihnen interessiert, denn uns fehlen Forschungsstudenten.

26.1. Termin bei Dr. G. (wiss. Sekretär der Sektion)

Dr. G.: In ihrem Fall wurde lediglich aus Kontingentgründen gestrichen - wir haben 30 Bewerber auf 12 Stellen. Allerdings muß ich Ihnen sagen, daß wir einen anderen Falle hatten, in dem ein Student zunächst nicht bereit gewesen war zur Abbrucherklärung. Er hat es sich jedoch überlegt und die Frage wird jetzt geklärt. Sie wurden aber abgelehnt, weil Sie erklärt hatten, sich auch an der TU Dresden um eine Stelle bewerben zu wollen. Wir haben aber noch Aussichten für Assistenten-Stellen an der Sektion, eventuell nur in einem anderen Wissenschaftsbereich.

Gespräch Dr. G., Dr. N.

Meine Kontakte zu Ausländern im Hochschulferienkurs sind doch nicht nur per-

sönlich, sondern haben für mich auch eine politische Dimension?! Mit einem Abbruch mache ich nicht nur mich selbst unglaubhaft!

Dr. G.: Diese Kontakte können und sollen Sie ja haben, das sind dienstliche Kontakte. Sie können da durchaus auch private Dinge schreiben.
Aber die familiären Kontakte müssen Sie alle abbrechen!

13.2. Vorsprache in der Kaderleitung, Dr. T. (rechte Hand und Abschirmung des Kaderleiters)

Dr. T.: Sie müssen aber alle familiären Kontakte abbrechen, wenn Sie hier anfangen wollen. Das müssen Sie auch zum Ausdruck bringen! Schreiben Sie das hier drauf.

Schiebt die Liste mit Verwandtschaft im NSW zu. Ich schreibe: "Hiermit erkläre ich, daß ich mich bezüglich dieser Kontakte entsprechend den Gesetzen der DDR verhalten werde."

Dr. T.: Sie wissen aber, daß Sie die Kontakte abbrechen müssen?!

25.2. bei Dr. N.

Dr. N.: Die Kaderkommission hat mich angerufen und mitgeteilt, daß Ihre Einstellung an der TH nicht in Frage kommt, weil Sie angegeben haben, daß Sie Disketten über verwandtschaftliche Kontakte beziehen wollen.
(was einfach nicht stimmte)
Außerdem haben Sie den Abbruch aller verwandtschaftlichen Kontakte nicht eindeutig genug in der von Ihnen vorgelegten schriftlichen Erklärung zum Ausdruck gebracht!

Termin beim Kaderleiter persönlich (Dr. Y.), die Sekretärin öffnet mit einem Schlüssel eine drückerlose, schalldicht schließende Tür für mich, ich sehe zum ersten Mal den mächtigen Kaderleiter, ein kleines, unauffälliges Männchen.

Dr. Y.: Ich habe jetzt keine Unterlagen über Sie da, aber die von Ihnen gegebene Erklärung reicht nicht. Wissen Sie, die gesetzlichen Bestimmungen machen den Bürgern der DDR in diesem Punkt keine Vorschriften. Wir möchten aber sicher sein, daß unsere Mitarbeiter absolut zuverlässig sind.
Ach, haben Sie übrigens noch Kontakte aus dem Hochschulferienkurs?

Oh nein, *die* habe ich ja abgebrochen.

Dr. Y.: Die sollten sie aber haben!
Wir sind sehr daran interessiert. Allerdings in einer für uns klaren Form über das Sekretariat "Internationale Beziehungen". Die familiären Kontakte sollen Sie abbrechen. Das muß für uns klar sein.

26.2. neuer Termin beim Kaderleiter

Dr. Y. (vertraulich): Sie werden merken, es gibt hier zwei Arten von Menschen: die einen dürfen überall hin fahren und die anderen dürfen noch nicht einmal Kontakte haben.
(diktiert:) "Mit Aufnahme meiner Tätigkeit an der THI werde ich alle außerdienstlichen Beziehungen und Kontakte ins NSW abbrechen."

Ich unterschreibe.

Dr. Y.: Diese Forderung steht überall in der Industrie - wir merken das immer wieder.

Freitag, 2. Vorsprache bei Dr. E. (Sektionsvertreter in der Kaderkommission)

Dr. E.(unwillig): Was wollen Sie denn von mir?

Ich möchte wissen, welche Entscheidung auf der Sitzung der Kaderkommission am Mittwoch gefällt wurde.

Dr. E.: Ich bin nicht befugt, Auskunft zu erteilen!
Ich kann Ihnen aber andeuten, daß Sie wahrscheinlich bleiben können.
Sie werden aber durch die Kaderkommission benachrichtigt.

Inzwischen hatte ich mich in anderen Sektionen nach Möglichkeiten erkundigt, dort anzufangen. Es stellte sich heraus, daß dort die "objektiven Anforderungen" bei weitem nicht so waren, und ich hatte einen Forschungsleiter gefunden, der mich auch ohne die absurde Verpflichtung nehmen würde.

Zu dem Zeitpunkt tauchte plötzlich ein Arbeitsvertrag für mich auf.

6. Mai, Gespräch mit Dr. N., Dr. Ä.

Dr. N.: Dr. G. hat mich benachrichtigt, daß Sie ihren Arbeitsvertrag nicht unterschrieben haben. Wir haben dermaßen für Sie engagiert!! Sie müssen endlich reifer werden und wissen, was Sie wollen!

Ich erkläre, daß mit mir nie ein Einstellungsgespräch für eine Assistenz geführt worden ist, ich habe mich auch nicht an der Sektion beworben (es war immer ein Forschungsstudium beabsichtigt).

Dr. Ä.: Was?!! Dann gehen Sie doch zum Arbeitsgericht und klagen Sie ihren Vertrag ein!

Den habe ich nicht unterschrieben.

Dr. N.: Dann entscheiden Sie sich bis morgen, was Sie wollen.

In eine andere Sektion (nur weg!).

Dr. Ä. (mit hochrotem Kopf, schreit): Dann geben wir ihren Arbeitsvertrag an die Kaderleitung zurück, Sie sind ja dort kein Unbekannter mehr! Glauben Sie nicht, daß Sie es dann woanders leichter haben! Wenn Sie sich so verhalten, geht Ihnen ein Ruf voraus, und zwar in der ganzen DDR!

Ich habe lange gezögert, ob ich dieses Grusical überhaupt wieder aufrollen soll. Vielleicht hatte ich auch Hoffnung, daß die betreffenden Personen so aufrichtig sind, selbst im Rahmen der inneren Evaluierung solche Geschehnisse aufzuarbeiten. Aber dazu sitzt wohl allen Beteiligten eine allzugroße Angst vor Zukunft und Vergangenheit im Nacken. (Bei einer einzigen Gelegenheit erlebte ich wenigstens Ansätze dazu. Allerdings in meinem neuen Bereich, und der Mann, der so ehrlich war, mußte inzwischen die Hochschule verlassen.)

Es geht mir nicht um Rache oder Schuldzuweisung. Da fängt die Frage nach den vielen kleinen Kompromissen schon bei mir selbst an. Warum hast du damals der Wehrdienst nicht verweigert, warum bist du an einer Hochschule geblieben, an der solche Geschichten normal sind? Immerhin hatte ich zwischenzeitlich diese kaputte Erklärung ja auch unterschrieben. Dieser Blick zurück soll einfach daran erinnern, wie schnell wir bereit sind, des eigenen Frieden willens ein absurdes Gesellschaftsspiel mitzuspielen.

Es geht schon wieder los.

Olaf

(aus: GURU, Ilmenauer Studentenzeitung, 2/93)

12. Gesundheitspolitischer Kongreß vom 14.01 bis 16.01.1994 in Leipzig

Der StuRa-Med. der Universität Leipzig hat die Ausrichtung des 12. Gesundheitspolitischen Kongresses (GPK) sowie für der inhaltliche Vorbereitung die Federführung übernommen. Veranstalter der GPK ist die **Bundesfachtagung Medizin**, der bundesweite Zusammenschluß der Medizin-Fachschaften.
Der 12. GPK wird vom 14.01. bis 16.01.1994 in Leipzig stattfinden. Sein **Arbeitstitel** lautet: ***Sind wir noch brauchbar?***
"Sind wir noch brauchbar? Wir sind stumme Zeugen böser Taten gewesen, wir sind mit vielen Wassern gewaschen, wir haben die Künste der Verstellung und der mehrdeutigen Rede gelernt, wir sind durch Erfahrung mißtrauisch gegen Menschen geworden und mußten ihnen die Wahrheit und das freie Wort oft schuldig bleiben, wir sind durch Konflikte mürbe oder vielleicht sogar zynisch geworden..."
Dieses Zitat zieht sich durch alle Themen, was formal sehr anspruchsvoll, verzweifelt und pathetisch klingen mag, sich uns aber als ost/westdeutsche Realität alltäglich erlebbar zeigt. Mit diesem Zitat von Dietrich Bonhoefer sei dies artikuliert und als Vorschlag/Ausgangslage für Leben und Widerstand in unserer Gesellschaft unterbreitet. Wir haben viele Ideen, wollen viel bewegen, Verantwortung übernehmen, aber wir rennen gegen Wände, gegen die Wände der Macht.
An diesem Zitat wird gleichzeitig deutlich, daß der Arbeitstitel nur Arbeitstitel sein kann. Wir werden nie den Anspruch dieses Mottos erreichen, wollen es aber als Richtschnur für die inhaltliche Vorbereitung nutzen. Dieser Arbeitstitel ist das Ergebnis einer Suche nach einem Motto, das Licht nicht nur auf die ostdeutsche, sondern unser aller Situation wirft.
Der Kongreß soll vor allem Ost-Themen behandeln, aber auch die generellen Schwierigkeiten bei der Veränderung zeigen. Dahingehend richten sich die Angebote an Studierende aus West und Ost gleichermaßen.
Ost-west muß der GPK dahingehend werden, daß westdeutscher Aktionismus, der sich oft als mitredendes Wegschauen entpuppt, ostdeutsche Aktionen nicht in den Schatten treten läßt.
Unsere Geschichte, die Geschichte der gelernten DDR-Bürger, zeigt sich mittlerweile oft als westdeutsch okkupierte Geschichte, ausgedrückt als Geschichte von Ideen- und Hoffnungsexport aber auch als Aggressions- und Unterdrückungsexport. Es ist aber gleichfalls wichtig festzuhalten, daß auch während und nach DDR-Zeiten in Ostdeutschland viele tragfähige Ideen und Hoffnungen vorhanden waren, die jedoch durch die Exportwelle weggespült wurden. Dahingehend wollen wir einen Kongreß veranstalten, der Themen vom/über den Osten in den Mittelpunkt stellt.
Bei den **Themen** sehen wir eine große Palette vor uns. Hier nun eine lose, bislang unvollständige Aufzählung:
Gescheiterte Studienreform in der ehemaligen DDR - schon ausgelernt? * Seminargruppen: soziale Chance, auch Restriktion? * Umweltforschung in der ehemaligen DDR * Militärmedizin und militärische Ausbildung im Studium * Wende: Risse und Brüche in Biographien? * Evaluation und Entlassung: Vergangenheitsbewältigung als Instrument von Gegenwartsbewältigung * Hochschule Ost: Transformierung von Systemkonformität * Polikliniken: Hoffnungen im Gesundheitswesen - Wo lagen die Kehrseiten? * "El Hospital": Was wurde aus Dritte-Welt-Projekten der ehemaligen DDR? * § 218 und seine Auswirkungen auf die Frauen in den fünf neuen Bundesländern * Gesundheitliche Probleme Arbeitsloser in den fünf neuen Ländern * Hilfe für ehemalige Ostblockstaaten - Alte Kontakte als Brückenschlag? * Scheuklappenwessis: Was sah und sehe ich vom Osten? * Hierarchie und demokratisches Selbstverständnis * Medizin in der Verantwortung * Perspektiven des Gesundheitswesen in der Neuen BRD

Der 12. Gesundheitspolitische Kongreß richtet sich an alle Interessierten, insbesondere natürlich an die Studierenden der Medizin. **Anmeldungen** erbeten an: Kongreßbüro GPK, c/o StuRa-Med., Universität Leipzig, Postfach 920, 04 009 Leipzig

DAAD-Förderungsprogramme für Aufenthalte deutscher Wissenschaftler in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa

Die Voraussetzungen für Studien-, Forschungs- und Lehraufenthalte in den östlichen Nachbarländern sind mit den dort vollzogenen Veränderungen günstiger geworden. Die Förderungsprogramme des DAAD für deutsche Wissenschaftler bieten Hilfe bei der Herstellung von Kontakten und bei der Finanzierung der Aufenthalte.

Hochschullehreraustausch

Im Rahmen von Kulturaustauschprogrammen und anderen Vereinbarungen hat der DAAD die Möglichkeit, deutsche promovierte, an Hochschulen und Forschungsinstituten tätige Wissenschaftler zur Förderung von Studien- und Forschungsaufenthalten durch ausländische Partnerinstitutionen für deren Zuständigkeitsbereich vorzuschlagen. Die angebotene Förderung sieht die Übernahme der internationalen Reisekosten durch den DAAD, der Aufenthaltskosten durch die ausländische Partnerinstitution vor. Anträge sollten spätestens drei Monate vor dem geplanten Aufenthalt, vorzugsweise aber vor Jahresbeginn für das folgende Kalenderjahr beim DAAD gestellt werden. Mit Bearbeitungszeiten bis zu 6 Monaten muß gerechnet werden.

Die beabsichtigte Aufenthaltsdauer sollte mindestens 14 Tage betragen. Kurzfristige Vortragsreisen sowie Konferenzbesuche können im Rahmen dieses Programms nicht gefördert werden.

Für Anfragen und Bearbeitung der Anträge zuständige DAAD-Referate:
323 (Tel. 882-494 bzw. 490): Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Ungarn;
324 (Tel. 882-420 bzw. 432): Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Jugoslawien, Kroatien, Makedonien, Rumänien, Slowenien;
325 (Tel. 882-422): Estland, Lettland, Litauen, Rußland, Ukraine, Weißrußland, Moldawien, Armenien, Aserbaidschan, Turkmenistan, Kyrgystan, Usbekistan, Kasachstan, Tadschikistan, Georgien.

Vermittlung von wissenschaftlichen Lehrkräften und Lektoren

Der DAAD vermittelt und fördert langfristige Lehrtätigkeiten jüngerer deutscher Germanisten im Rahmen seines Lektorenprogramms (Stellenausschreibungen im September jeden Jahres) sowie länger- und kürzerfristige Gastdozenturen von deutschen Hochschullehrern aller Fachrichtungen auf Einladung von ausländischen Hochschulen.

Für Anfragen und Bearbeitung der Anträge ist das DAAD-Referat 321 zuständig.

Stipendienprogramme für Studierende und Graduierte

Über die Stipendienprogramme für Studierende und Graduierte informiert die DAAD-Broschure "Auslandsstipendien für Deutsche", die bei den Akademischen Auslandsämtern der Hochschulen erhältlich ist

GELESEN

Horst Köpke, Friedrich-Franz Wiese: Mein Vaterland ist die Freiheit. Das Schicksal des Studenten Arno Esch. Hinstorff Rostock 1990

Johannes Weberling: Für Freiheit und Menschenrechte. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) 1945 - 1986. Walter Rau Verlag, Düsseldorf 1990

"Vor uns steht eine Festung. Der Name dieser Festung ist die Wissenschaft mit ihren unzähligen Wissenszweigen. Diese Festung müssen wir um jeden Preis nehmen." [1] Dieser Aufruf von J. W. Stalin wurde nach der Befreiung 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone eine gültige Maxime. Die neue Gesellschaft benötigte als eine der grundlegendsten Voraussetzungen ihrer Existenz eine "neue Intelligenz". Stalin bestimmte zu Beginn der dreißiger Jahre auch den Charakter, den die neue Intelligenz besitzen müsse: "Doch wir brauchen nicht beliebige Leiter, Ingenieure und Techniker. Wir brauchen solche Leiter, Ingenieure und Techniker, die fähig sind, die Politik der Arbeiterklasse unseres Landes zu begreifen, die fähig sind, sich diese Politik zu eigen zu machen, und die bereit sind, sie gewissenhaft zu verwirklichen." [2] Er führte auch aus, wie sich die "Arbeiterklasse" ihre eigene Intelligenz heranzog: "Selbstverständlich konnte die Sowjetmacht ... nur eine einzige Politik gegenüber der alten technischen Intelligenz verfolgen, die Politik der Zerschmetterung der aktiven Schädlinge, der Differenzierung der Neutralen und der Heranziehung der Loyalen." [3]

Die "Sowjetisierung" der ostdeutschen Hochschulen ist bislang kaum von der Forschung thematisiert worden. Vor allem fehlen große zusammenfassende Darstellungen, die auf empirischer Basis aufbauen. Den wenigen westdeutschen Ausnahmen gesellen sich einige, völlig unakzeptable Darstellungen hinzu, die die offiziöse Sicht der SED "wissenschaftlich" getarnt verbreiten sollten.

Auch seit dem Herbst 1989 sind nur wenige neuere Arbeiten vorgelegt worden. Und pikanterweise sind kaum öffentliche Veranstaltungen an den Universitäten durchgeführt worden, um den aus politischen Gründen verfolgten Studierenden und Hochschullehrern wenigstens eine gewisse moralische Genugtuung zukommen zu lassen. [4] Angesichts dieses Forschungsstandes ist jede Veröffentlichung zu begrüßen, die sich in der einen oder anderen Form dieser düsteren Kapitel annimmt.

Das Buch von Johannes Weberling über den "Ring Christlich-Demokratischer Studenten" (RCDS) leistet dazu insofern einen Beitrag, als daß die Vorgeschichte des RCDS, der 1951 gegründet wurde, unmittelbar mit der Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone und in Berlin verbunden war. Diese "Vorgeschichte" wird dann auch von Weberling gebührend beachtet. Weberling zeichnet in knappen Strichen die Situation an den Hochschulen und speziell die der Studierenden in der SBZ nach. Dabei legt er besonderen Wert auf den Widerstandskampf christlich-demokratischer Studenten. Zahlreiche Gründungsmitglieder jener christlich-demokratischen Hochschulgruppen mußten ihren Kampf "für Freiheit und Menschenrechte" mit dem Leben oder mit Gefängnishaft bzw. Deportation in sowjetische Zwangsarbeiterlager bezahlen.

Diese Arbeit wurde vor dem Herbst 1989 verfaßt, so daß der Autor auf wichtige Quellen, die in der DDR lagerten, nicht zurückgreifen konnte. Dennoch kann man sich hier schnell und informativ einen Überblick über die Nachkriegsentwicklung an den Hochschulen in Ostdeutschland holen.

Das Buch ist der Geschichte einer konservativen und parteilichen Studentenorganisation gewidmet, die in Deutschland zu den größten und einflußreichsten ihrer Art zählt. Im Gegensatz zu vielen anderen Studentenvereinigungen, man denke etwa an den "Sozialistischen Deutschen Studentenbund" (SDS), war bis zu der Darstellung von Weberling über den RCDS eher wenig bekannt.

Der Arbeit kommt zugute, daß Johannes Weberling von 1981 bis 1983 dem RCDS als Bundesvorsitzender vorstand. Dadurch hatte er Zugang zu Quellen und Unterlagen, der wohl kaum einem Außenstehenden gewährt worden wäre. Außerdem besitzt er Intimkenntnisse über die Verbandsstruktur, die Hauptfelder der politischen Arbeit, das Publikationswesen, die Finanzierung und das Verhältnis zur CDU/CSU. Dieses Ensemble von Vorteilen weiß Weberling geschickt zu nutzen, so daß sein Buch ohne jeden Zweifel für künftige Forschungen über die Geschichte der Studenten und Hochschulen in Deutschland seit 1945 unabdingbar sein wird.

Allerdings muß kritisch vermerkt sein, daß seine allzu große Nähe zum RCDS ihm sehr häufig den notwendigen kritischen Blick eines Außenstehenden versagen läßt. So ist es auch nicht verwunderlich, daß Weberling als Protagonist des RCDS im nachhinein nochmals Kämpfe ausficht, und wohl auch als vermeintlicher Sieger aus dem Ring zu steigen geneigt ist, die an den westdeutschen Hochschulen seit den sechziger Jahren geführt werden.

Aber diese politischen und wissenschaftspolitischen Eskapaden schmälern keineswegs den hohen Informationsgehalt des Buches. Das Buch taugt allerdings im Osten der BRD nicht für die hochschulpolitischen Auseinandersetzungen mit dem RCDS. Dies liegt nun wiederum nicht an der Darstellung Weberlings. Die Gründe sind vielmehr darin zu sehen, daß es der RCDS - im Gegensatz zu seinem großen Vorbild - noch immer nicht geschafft hat, sich in den neuen Jagdgründen zu etablieren.

Das andere anzuzeigende Buch widmet sich dem liberaldemokratischen Studenten Arno Esch, der am 20. Juli 1950 vom Sowjetischen Militärtribunal Schwerin zum Tode verurteilt wurde. Arno Esch war damals 23 Jahre alt.

In dem vorliegenden Band wird Arno Eschs Wirken in 15 Beiträgen gewürdigt. Die Texte sind überwiegend persönlich gehaltene Erinnerungen von Mitstreitern und Freunden Eschs. Einige davon haben selbst Jahre in sowjetischen Lagern verbringen müssen. Der bekannteste Autor ist Wolfgang Natonek, der der erste Vorsitzende des Studentenrates in Leipzig war und im November 1948 verhaftet wurde. Natonek wie Esch oder der Christdemokrat Georg Wrazdilo (Berlin) gehörten zu den schillerndsten studentischen Persönlichkeiten aus der unmittelbaren Nachriegsphase.

Arno Esch, der vor allem in Rostock, aber für die LDP auch weit darüber hinaus wirkte, hatte zwischen 1947 und 1949 an der Rostocker Universität die Hochschulgruppe der LDP aufgebaut.[5] Immer wieder wird in den Beiträgen sein überragendes rhetorisches und organisatorisches Talent betont, das wohl den Sowjetoffizieren wie ihren deutschen Genossen ein besonderes Dorn im Auge gewesen sein muß.

Der Band, den einige Texte aus der Feder

Arno Eschs komplettieren, verdeutlicht zwei für die ostdeutsche Nachkriegsentwicklung wichtige Problemfelder. Zum einen zeigt er Aspekte der Umgestaltung des gesamten Bildungswesens in der SBZ und weist auf die wichtige Rolle hin, die widerstandsfähige demokratische Studierende dabei spielten. Zum anderen macht er mit Nuancen vertraut, die das politische Wirken bürgerlicher Persönlichkeiten und bürgerlicher Parteien in der SBZ bestimmten.

Beide Bücher - so unterschiedlich sie von ihrer Anlage auch sind - vermitteln detaillierte Aufschlüsse über die unmittelbare ostdeutsche Nachkriegsentwicklung an den Universitäten bis zur Gründung der DDR. Sie erweisen sich als nützliche Wegweiser für weitere Forschungen. Nicht zuletzt aber wird aus den Intentionen der Autoren wie aus den geschilderten historischen Begebenheiten ersichtlich, daß der Kampf für Demokratie, Selbstbestimmung und Menschlichkeit in letzter Konsequenz niemals umsonst ist.

Ilko-Sascha Kowalczuk (Berlin)

Anmerkungen

[1] Zit. in: M. u. E. E. Müller: "... stürmt die Festung Wissenschaft!" Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945. Berlin 1953, S. 3.

[2] J. Stalin: Neue Verhältnisse - neue Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus. Rede auf der Beratung der Wirtschaftler, 23. Juni 1931, in: ders.: Fragen des Leninismus, Berlin 1955, 7. Aufl., S. 477.

[3] Ebenda, S. 480.

[4] Vgl. z. B. für eine Ausnahme: T. Rietzschel: Von der Erinnerung zur Erneuerung. Semesterbeginn in Leipzig: Die Universität gedenkt der Oppositionellen, die unter der SED reglementiert und verfolgt wurden, in: F.A.Z. vom 26. 10. 1992. An der Berliner Humboldt-Universität, an der nicht zuletzt Robert Havemann mit Lehrverbot belegt wurde, tat sich bis zum heutigen Tage in dieser Richtung kaum etwas. Lediglich an einzelnen Fachbereichen rangen sich einige zu einer Entschuldigung o. dgl. durch, was aber für die Universität als solche eher peinlich sein sollte denn als Vorzeigestück ihrer Erinnerungsarbeit herhalten könnte.

[5] Zu Esch vgl. auch: T. Ammer: Universität zwischen Demokratie und Diktatur. Ein Beitrag zur Nachkriegsgeschichte der Universität Rostock. Köln 1969, S. 48 - 53.

HANDBUCH FÜR AKTIVE FRAUENARBEIT AN HOCHSCHULEN

Die Verwirklichung der Gleichberechtigung verläuft bislang im Schneckentempo. An den Hochschulen findet sich die altbekannte geschlechtsständische Hierarchie, die Frauen in der Wissenschaft marginalisiert und Mitarbeiterinnen in Sackgassenberufen mit wenigen Aufstiegschancen verharren läßt. An vielen Hochschulen sind weit über 50 Prozent der Hochschulangehörigen Frauen, allerdings oft auf den untersten Stufen der Hierarchie: bei den Studierenden, im Schreibdienst, in der Krankenpflege usw.

Aktive Frauenförderpolitik ist also geboten, um die Forderung nach Gleichberechtigung und Gleichstellung an den Hochschulen zu realisieren. Generell muß bei der Konzeption von Frauenfördermaßnahmen der jeweils spezifischen Situation der Frauen in den jeweiligen Status- und Fächergruppen Rechnung getragen werden. Aktive Frauenförderung beschränkt sich nicht nur auf den wissenschaftlichen Bereich.

Das von Christine Färber, Vera Reiß-Jung, Brigitte Vollmer-Schubert und Ingeborg Wender vorgelegte **"Handbuch für aktive Frauenarbeit an Hochschulen"** ist ein Ratgeber für alle Frauen, die sich für die Durchsetzung von Chancengleichheit an den Hochschulen einsetzen. Insbesondere Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, Mitarbeiterinnen in Frauenbüros sowie Frauen in den Gremien für Frauenförderung und Gleichstellung an Hochschulen werden von diesem Handbuch profitieren; aber auch alle anderen Frauen erfahren Grundlegendes über die rechtlichen Grundlagen, Arbeitsfelder, Gesetzesinitiativen und organisatorische Strategien für eine aktive Gleichstellungspolitik.

Alle vier Autorinnen haben ein solches Amt an einer Hochschule inne, sie sind bzw. waren die Landessprecherinnen der Hochschulfrauenbeauftragten in Berlin, Rheinland-Pfalz, Hessen und Niedersachsen. Gemeinsam haben sie zusammengetragen, womit sie sich in ihrem Alltag als Frauenbeauftragte und Frauenreferentin beschäftigten und was ihnen in der Praxis hilfreich erscheint, und sie haben die eigenen Positionen durch die Erfahrungen und Perspektiven anderer Kolleginnen ergänzt. Ein Anhang mit Literatur und Adressen rundet dieses nützliche Buch ab.

ISBN 3-99472-092-1, 300 Seiten - Preis: 28,-- DM, Organisationspreis für GEW-Mitglieder 18,-- DM

Im Buchhandel erhältlich

oder unteren Abschnitt einsenden an den GEW-Hauptvorstand, Vorstandsbereich Hochschule und Forschung, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt am Main (für die Bestellung zum Organisationspreis)

Bestellung/Titel: **"Handbuch für aktive Frauenarbeit an Hochschulen"**

Name/Vorname

Straße/Ort

GEW-Mitglieds-Nr Unterschrift

PUBLIKATIONEN

THÜRINGER LANDESREGIERUNG, PRESSE- UND INFORMATIONSAMT (Hrsg.): ***Hochschulstrukur in Thüringen. Argumente*** [Rede des thüringischen Wissenschaftsministers Ulrich Fickel vor dem Landtag am 12. November 1992 zur Hochschulstruktur, insbesondere zur Umwandlung der Medizinischen Hochschule Erfurt in ein Krankenhaus der Maximalversorgung und ein Medizinisch-Biologisches Forschungszentrum sowie zur Gründung der Universität Erfurt im Jahre 1994]. o.O. o.J. (Erfurt 1992). 23 S. Kostenlos erhältlich bei: Thüringer Ministerium für Wissenschaft und Kunst, Öffentlichkeitsarbeit, Werner-Seelenbinder-Str. 1, O-5071 Erfurt.

KÖHLER, GERD/ RÖBBECKE, MARTINA (Hrsg.): ***Perspektiven - Positionen - Projekte. Auf der Suche nach Zukunftsentwürfen für die Neugestaltung von Hochschule und Forschung.*** *12. GEW Sommerschule. 30. August bis 5. September 1992, Akademie am Meer, Klappholttal/Sylt. Beiträge* (GEW Materialien und Dokumente Hochschule und Forschung Bd. 71).
[u.a. mit Beiträgen zu: HEP (Weegen), Hochschulpersonal-Ost im Wandel/ Zwischenbilanz (Burkhardt), Außeruniversitäre FuE in den neuen Bundesländern (Melis), Wie reformfähig sind die ostdeutschen Hochschulen? (Buck-Bechler), Restauration oder Reform im ostdeutschen Wissenschaftssystem? (Pasternack)]
o.O. o.J. (Frankfurt a.M. 1993). 204 S. Bestellungen an: GEW, Vorstandsbereich Hochschule und Forschung, PF 90 04 09, W-6000 Frankfurt a.M. 90.

DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT DFG: ***Jahresbericht 1992.*** Band 1: ***Aufgaben und Ergebnisse.*** 427 S. Band 2: ***Programme und Projekte.*** 1058 S. Bonn 1993. Kostenlos bei: DFG, Öffentlichkeitsarbeit, 53170 Bonn.

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER GROSSFORSCHUNGSEINRICHTUNGEN AGF (Hrsg.): ***Handbuch der Großforschung 1993/94.*** Bonn-Bad Godesberg 1993. 215 S. Kostenlos bei: Pressereferat der AGF, Postfach 201 448, 53144 Bonn.

BRANDENBURGISCHE LANDESKOMMISSION FÜR HOCHSCHULEN UND FORSCHUNGSEINRICHTUNGEN (Hrsg.): ***Empfehlungen und Stellungnahmen zur Entwicklung der Hochschul- und Forschungslandschaft in Brandenburg.*** Potsdam 1993. 143 S. Kostenlos bei: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Friedrich-Ebert-Str. 4, 14467 Potsdam.

JUSO-HOCHSCHULGRUPPEN, BUNDESKOORDINIERUNGSAUSSCHUSS (Hrsg.): ***Wissenschaftslandschaft Brandenburg*** (Texte und Dokumente, Materialien der Juso-Hochschulgruppen L1-6/1993). Bonn 1993. 19 S. Kostenlos bei: Juso-Hochschulgruppen, z.Hd. Johannes Wien, Ollenhauerstr. 1, W-5300 Bonn 1.

BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND WISSENSCHAFT/ BUNDESMINISTERIUM FÜR FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE (Hrsg.): ***Stärkung der Wissenschafts- und Forschungslandschaft in den neuen Ländern und im geeinten Deutschland. Bericht der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag.*** Bonn 1993. 26 S. Kostenlos bei: BMFT, Pressereferat, 53170 Bonn.

SENATSVERWALTUNG FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG BERLIN (Hrsg.): ***Hochschulen in Berlin.*** Berlin 1993. 207 S. Kostenlos bei: Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung, Pressereferat, Bredtschneiderstr. 5, 14057 Berlin.

SENATSVERWALTUNG FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG BERLIN (Hrsg.): ***Außeruniversitäre Forschung in Berlin.*** Berlin 1993. 132 S. Kostenlos bei: Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung, Pressereferat, Bredtschneiderstr. 5, 14057 Berlin.

FRANZKE, MICHAEL (Hrsg.): ***Die ideologische Offensive. Ernst Bloch, SED und Universität.*** Leipziger Universitätsverlag, 1992. 235 S. DM 22,-. Über den Buchhandel.

SCHOTTLAENDER, RAINER: ***Das teuerste Flugblatt der Welt. Dokumentation einer Großfahndung des Staatssicherheitsdienstes an der Berliner Humboldt-Universität***
[der Autor hatte vom November 1969 bis März 1970 mehrere hundert Flugblätter mit einem Aufruf zum Boykott der ML-Vorlesungen verstreut; in der im Selbstverlag herausgebrachten Publikation dokumentiert er anhand von MfS-Akten-Kopien die darauf einsetzenden - letztlich erfolglosen - geheimdienstlichen Aktivitäten]. Berlin 1993. 176 Seiten. DM 20,-. Bestellungen an: Rainer Schottlaender, Jastrower Weg 17, 12587 Berlin.

KAUFMANN, ULRICH/ MEUSINGER, ANNETTE/ STADELER, HELMUT (Hrsg.): ***Verbannt und verkannt. Studien & Porträts***
[Dokumentation einer Ringvorlesung am Institut für Germanistische Literaturwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena im Sommersemester 1991, die insbesondere einer Selbstbefragung der Jenaer Literaturwissenschaftler dienen sollte, da "direkt und konkret auch die Friedrich-Schiller-Universität Jena und einzelne Mitarbeiter der Sektion für Literatur- und Kunstwissenschaft verstrickt waren in die Vorgänge und die Schicksale von einigen Autoren..." (Vorwort d. Hrsg.)]. Saale-Verlag Jena-Nord, Jena 1992. 128 S. Über den Buchhandel.

GÜNTHER, HEINZ: ***Wie Spione gemacht wurden*** [der Autor, von 1965 bis 1989 Dozent am bzw. Leiter des Lehrstuhls "Recht und Sicherheit" der Schule der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS, beschreibt u.a. Struktur der, Ausbildung an und Endphase der Spionage-Hochschule]. Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin o.J. (1993). 185 S. DM 14,80. Über den Buchhandel.

FESTSCHRIFT Hochschule für Musik und Theater "Felix Mendelssohn Bartholdy" Leipzig. 150 Jahre Musikhochschule 1843 - 1993. Verlag Kunst und Touristik, Leipzig 1993. 272 S. DM 59,80. Über den Buchhandel.

FORNER, JOHANNES: ***Hochschule für Musik und Theater "Felix Mendelssohn Bartholdy" Leipzig.*** Verlag Kunst und Touristik, Leipzig 1993. 48 S. DM 9,80. Über den Buchhandel.

SCHWERES, MANFRED/ MANSKE, BERND (Hrsg.): *Integrative Durchsetzung arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse in die betriebliche Praxis.* Teil I: MANSKE, B./ SCHWERES, M.: ***Um- und Durchsetzung arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse im Lichte der deutschen Vereinigung*** (IADM-Mitteilungen, Bd. 3/I)
[u.a. Beiträge zu: Arbeitswissenschaften in der ehemaligen DDR: Anspruch und Wirklichkeit; Zur gegenseitigen (gemeint: DDR - BRD) Rezeption arbeitswissenschaftlicher Forschung und Praxis]. IADM-Verlag, Duisburg-Rheinhausen 1993. 61 S. Bestellungen an: Institut für Arbeitswissenschaft und Didaktik des Maschinenbaus (IADM), Universität Hannove, Im Moore 11 A, W-3000 Hannover 1.

FÖRDERUNGSGESELLSCHAFT WISSENSCHAFTLICHE NEUVORHABEN MBH (Hrsg.): ***Tätigkeitsbericht 1992 der geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte***
[mit einer Einführung zur Entstehungsgeschichte der - nur in Ostdeutschland existierenden - geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte, dann die einzelnen Tätigkeitsberichte: FSP Zeithistorische Studien Potsdam, FSP Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie Berlin, FSP Europäische Aufklärung Berlin, FSP Moderner Orient Berlin, FSP Allgemeine Sprachwissenschaft, Typologie und Universalienforschung Berlin, FSP Literaturwissenschaft Berlin, FSP Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas Berlin]. München o.J. (1993). 197 S. Kostenlos bei: Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH, Theatinerstr. 23, 80333 München.

FORSCHUNGSSCHWERPUNKT ZEITHISTORISCHE STUDIEN (Hrsg.): ***[Ohne Titel - Tätigkeitsbericht 1992].*** Potsdam o.J. (1993). o.S. (22 S.) [inhaltlich identisch mit dem entsprechenden Kapitel in: *Tätigkeitsbericht 1992 der geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte* - s.o.] Kostenlos bei: Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien, Am Kanal 4/4a, 14467 Potsdam.

Rektoren wollen alte Tradition neu beleben

Die Technische Universität München feierte am 24. Juni 1993 ihr 125jähriges Bestehen. Sie konnte sich dabei auf eine äußerst erfolgreiche Arbeit seit ihrer Gründung berufen. So hat sie z. B. einige Nobelpreisträger hervorgebracht, die Luft- und Raumfahrt nehmen in der Ausbildung und Forschung einen hohen Rang ein, und heute umfaßt ihr Potential 24000 Studierende vieler Fachrichtungen.

Aus Anlaß des Jubiläums fand im Vorfeld ein Symposium der Rektoren der europäischen Technischen Hochschulen und Universitäten zum Thema „Technik und Ethik" statt. Die Landeshauptstadt München gab zu Ehren der Universitätsangehörigen ein Sonderkonzert mit einem weltbekannten Dirigenten, und der Freistaat Bayern gab einen Empfang mit einer beeindruckenden Flugschau in der Flugwerft Oberhaching. Ein weiterer Höhepunkt war die Gratulationscour beim Präsidenten der TU, Prof. Dr. Meitinger, am Vortag des eigentlichen Festaktes, wo Rektoren aus aller Welt, festlich bekleidet mit Talar und Amtskette, ihre Glückwünsche überbrachten. Der Festakt wurde in Gegenwart des Bundespräsidenten, des Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern, der Oberbürgermeister von München und Freising (2. Standort der TU München) und des Bischofs äußerst feierlich begangen. Eine studentische Singegruppe umrahmte die vielen Festreden mit der Gestaltung von „Carmina Burana" von Orff. Zum ersten Mal seit Kriegsende trugen in

Mal seit Kriegsende trugen in München die Rektoren wieder Talare. Das alles verlieh der Festveranstaltung im neu erbauten Auditorium maximum einen ganz besonderen Glanz. Der Präsident der TU München, Prof. Meitinger, betonte stolz, daß die reich geschmückten Umhänge und phantasievollen Hüte gute Traditionen neu beleben werden und nicht die Asche bewahren sollen, sondern die Flamme. Sollte es nicht auch uns ein Signal sein, die wohl verwahrten (1893 vom Königshaus der damaligen Technischen Hochschule geschenkten) Insignien, so wie es noch 1953 zur 125-Jahrfeier unserer Hochschule geschah, wenn es der Anlaß gebietet, anzulegen, zur Freude aller und zur Ehre unserer Alma mater. Seien wir uns unseres Wertes wieder bewußt.

Prof. Dr. G. Landgraf

aus: Dresdner Universitätsjournal 14/1993.
Der Autor mitverantwortet seit dreieinhalb Jahren maßgeblich die Erneuerung der Technischen Universität Dresden als deren Rektor.

Wissenschafts- und Hochschulgeschichte der DDR * Kritische Begleitung des Umbauprozesses * Perspektiven der ostdeutschen Forschungs- und Hochschullandschaft * Analysen * aktuelle Berichte * Rezensionen * Literaturinformation * Dokumentation

hochschule ost

bisherige Themen:

Die ostdeutschen Hochschulgesetze * Lage der Sozialwissenschaften in (Ost-) Deutschland * Die Erneuerung und ihre Kriterien * DDR-Wissenschaftsgeschichte * Hochschulstruktur in Sachsen * Heinrich Fink und der Umgang mit unserer Vergangenheit * Anhörung des Bundestagsausschusses Bildung und Wissenschaft: Perspektiven der Hochschul-entwicklung * Ostdeutsche Geschichtswissenschaft zwischen Gestern und Morgen * Jürgen Teller Honorarprofessor * Fortsetzung zum "Fall Fink" * Hochschulrahmenrecht nach der deutschen Neuvereinigung * Europa-Universität Frank-furt/Oder * Ehrenpromotion Hans Mayer in Leipzig * HRG-Genesis im Westen und Wirkung im Osten * Kirchliche Hochschulen zwischen Nische und Fusion * BdWi-Frühjahrsakademie: Kritische Geistes- und Sozialwissenschaften nach dem Ende des Sozialismus * Wissenschaft Ost 1989/90 * Europäische Universität Erfurt * Streitsache Latinum * Drei Jahre Wissenschaftsumbau in Berlin-Ost * 2. Deutschlandkongreß habilitierter Wissenschaftler * Frauen in der Ostwissenschaft * SPD-Wissenschaftsforum * Sächsische Hochschulerneuerung aus Oppositionsperspektive * Ostdeutsche Studentengemeinden - Geschichte und Funktionswandel * Hochschulen und MfS - der Umgang mit einem unbequemen Erbe * Vorschläge zur Hochschulreform * Methodologische Wende? * Hochschule als Institution und Landeshochschulrecht * Verbände (-Schicksale) im Osten * Ostdeutsche Entwicklungsländerforschung in der DDR und danach * Positionen zum Sächsischen Hochschulgesetz * Aspekte der Personalstruktur-Neugestaltung in der ostdeutschen Wissenschaft * Die ostdeutschen Archive * Forschung und Technologie in Osteuropa * Sozial- und Geisteswissenschaft Ost: Zwischenbilanzen des Umbaus

AutorInnen:

Wolfgang Nitsch, Bernd Okun, Horst Poldrack, Rosemarie Will, Matthias Middell, Georg Nolte, Larissa Klinzing, Kurt Nowak, Peer Pasternack, Fritz Klein, Wolfgang Küttler, Wolfgang Ernst, Jürgen Teller, Frank Geißler, Ilko-Sascha Kowalczuk, Torsten Bultmann, Rudolf von Thadden, Hans Joachim Meyer, Christoph Kähler, Rudolf Mau, Martin Onnasch, Monika Gibas, Horst Klinkmann, Uta Starke, Marlis Dürkop, Hermann Klenner, Hans-Uwe Erichsen, Edelbert Richter, Cornelius Weiss, Alfred Förster, Peter Porsch, Hans-Heinz Emons, Eberhard Tiefensee, Hans-Jörg Sandkühler, Hartmut Elsenhans, Günther Wartenberg, Sonja Brentjes, Martin Robbe, Günter Eiselt, Michael Daxner, Ulrich Geyer, Hansgünther Meyer, Wolfgang Schluchter u..a.

Kopiervorlage

Bestellung

Bitte senden Sie mir "hochschule ost":
1. ein Exemplar zum Kennenlernen
2. .....mal das Journal im Normal-Abonnement für 55,- DM
3. .....mal im Abo für ostdeutsche PrivatbezieherInnen/ StudentInnenabonnement für 33,- DM
4. .....mal im Abonnement für in der akademischen / studentischen Selbstverwaltung in den FNL aktive Studierende (tätig in folgendem Gremium .....) für 20,- DM

Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft.
Habe ich mich für Variante 2., 3. oder 4. entschieden, so erkläre ich mich damit einverstanden, daß sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist kündige.

.....
Name
.....
Adresse
.....

.....(Datum) .....(Unterschrift)

Es ist mir bekannt, daß meine Bestellung erst wirksam wird, wenn ich sie gegenüber dem Anbieter nicht innerhalb von sieben Tagen (Poststempel) schriftlich widerrufe.

.....(2. Unterschrift)

Bitte senden an: Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit beim StuRa Uni Leipzig, Augustusplatz 9, PSF 920, O - 7010 Leipzig